SORA

Internet und Demokratie in Österreich

Grundlagenstudie

Corinna Mayerl, Florian Oberhuber, Paul Ringler, Werner Sturmberger, Valentin Sützl

Wien, Mai 2018

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary 5

Einleitung 12

1 Stand der Forschung 14

1.1 Politische Partizipation im Internet 14
1.2 Social Media und Politik 23

2 Internet und Demokratie im öffentlichen Diskurs 28

2.1 Der mediale Diskurs zu E-Government 29
2.2 Der mediale Diskurs zu E-Demokratie 34

3 Ergebnisse der quantitativen Bevölkerungsbefragung 39

3.1 Methodische Vorgangsweise 39
3.2 Internet-Nutzungsverhalten 40
3.2.1 Internetnutzung und Nichtnutzung 40
3.2.2 Soziodemografie von InternetnutzerInnen und OfflinerInnen 42
3.2.3 Services im Internet 43
3.3 Informationen öffentlicher Stellen im Internet 45
3.3.1 Bewertung von help.gv.at im Detail und Faktoren für die NutzerInnen-Zufriedenheit 47
3.3.1.1 Beurteilung von help.gv.at durch „geübte NutzerInnen“ .. 48
3.3.1.1 Beurteilung von help.gv.at durch „ungeübte NutzerInnen“ 50
3.4 Politisches Informationsverhalten im Netz 53
3.4.1 Typologie des politischen Informationsverhaltens im Social Web 54
3.4.2 Überblick über die Typologie 54
3.4.3 Beschreibung der Typen 56
3.5 Politische Partizipation 59
3.5.1 Wichtigkeit der politischen Mitsprache über das Internet .. 61
3.5.1 Zufriedenheit mit politischen Mitbestimmungs-möglichkeiten in Österreich 63
3.5.1 Bedenken gegenüber E-Voting 64
3.5.2 Direktdemokratische Beteiligung 66
3.5.3 Beteiligung am politischen Diskurs 68
3.6 Einstellungen zur Demokratie 71
3.6.1 Demokratieverständnis nach Altersgruppen 81
3.6.2 Demokratieverständnis nach formaler Bildung 83
3.6.3 Demokratieverständnis nach politischem Informationskonsum im Social Web 85

4 Ergebnisse der qualitativen Interviews 87
4.1 Methodische Vorgangsweise 87
4.2 Wie Politik unterschiedlich erlebt wird: Politik-Affine versus Politik-Distante 88
4.2.1 Politik-Affine: positives Politikverständnis und politisch aktiv 89
4.2.2 Politik-Distante: negatives Politikverständnis und politisch passiv 91
4.3 Erfahrungen im Jugendalter prägen das politische Interesse 93
4.4 Informationsquellen zum politischen Geschehen 95
4.5 Social Media als politische Informationsquelle 96
4.6 Öffentliche Stellen und Informationen im Netz 99
4.7 Politik- und Demokratieverständnis 102
4.7.1 Partizipation und direkte Demokratie 105
Literaturverzeichnis 107
Tabellenverzeichnis 111
Abbildungsverzeichnis 112

Daten zur Untersuchung

Thema:	Internetnutzung, öffentliche Informationen im Netz, politische Kultur
AuftraggeberIn:	Bundeskanzleramt
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Wissenschaftliche Leitung:	Dr. Florian Oberhuber
AutorInnen:	Mag[a]. Corinna Mayerl, Dr. Florian Oberhuber, Mag. Paul Ringler, Mag. Valentin Sützl, Mag. Werner Sturmberger
Erhebungsgebiet:	Österreich
Methodik:	Modul 1: Quantitative Befragung, Grundgesamtheit öst. Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, Stichprobenumfang n=1977, CATI-CAWI Methodenmix, Durchführungszeitraum 26.09.-11.10.2017. Modul 2: Qualitative, problemzentrierte Interviews mit n=15 online-affinen ÖsterreicherInnen, durchgeführt im November 2017. Modul 3: Discourse Scan der Medienberichterstattung zu den Themen E-Government sowie Internet und Demokratie in österreichischen Printmedien sowie ORF-TV und -Radio im Zeitraum 1.1.2016 bis 1.11.2017.

Executive Summary

Digitalisierung ist ein technischer und sozialer Megatrend, dessen Auswirkungen auch für Politik, Verwaltung und Demokratie von eminenter Bedeutung sind. Bereits in den Jahren 2012/13 hat das SORA-Institut im Auftrag des Bundeskanzleramts eine erste Grundlagenstudie zum Thema Internet und Demokratie durchgeführt (Ringler et al 2013). Die vorliegende Studie erfüllt auf der einen Seite die Funktion eines Monitorings und beleuchtet in Zeitvergleichen wesentliche Veränderungen in der Internetnutzung und in den Einstellungen der ÖsterreicherInnen. Auf der anderen Seite wurden in das Studiendesign auch neue Fragestellungen aufgenommen, insbesondere zur Nutzung öffentlicher Informationsquellen im Netz und zur Rolle der Sozialen Medien.

Datengrundlagen der Studie sind eine Aufbereitung des wissenschaftlichen Forschungsstands, eine Analyse medialer Diskurse rund um E-Government und E-Demokratie in den Jahren 2016/17, eine repräsentative Bevölkerungsbefragung (n=1.977, September/Oktober 2017) sowie ergänzende, qualitative Interviews mit n=15 online-affinen Personen.

Internet als Teil der Informationslandschaft fest etabliert

Laut jährlichen Erhebungen der Statistik Austria ist der Anteil der InternetnutzerInnen[1] in der österreichischen Wohnbevölkerung im Alter von 16-74 Jahren von 80% im Jahr 2012 auf 88% im Jahr 2017 angestiegen. Das Altersspektrum der InternetnutzerInnen umfasst mittlerweile die gesamte Bandbreite der österreichischen Bevölkerung, wobei die unter 45-Jährigen mit 57% Anteil deutlich in der Mehrheit sind. OfflinerInnen sind hingegen zu 72% Prozent über 64 Jahre alt, etwas mehr als ein Fünftel (22%) ist zwischen 55 und 64 Jahre alt.

Im Detail zeigt die vorliegende Studie:

- Social Media Nutzung ist mittlerweile Mainstream: Rund die Hälfte aller ÖsterreicherInnen verwenden Social Media Plattformen nach eigener Angabe intensiv.
- Eine ähnlich wichtige Rolle spielen Online-Nachrichten, 6 von 10 der Befragten nutzen diese zumindest gelegentlich, 4 von 10 nutzen sie intensiv.
- Immerhin 3 von 10 ÖsterreicherInnen nutzen Fernsehen bzw. Videos im Internet intensiv, insgesamt nutzen aber 7 von 10 ÖsterreicherInnen solche Dienste.

[1] Zumindest einmalige Nutzung innerhalb von drei Monaten vor Befragungszeitpunkt.

- Behördeninfos oder Online-Kommunikation mit Behörden werden insgesamt von etwa 7 von 10 ÖsterreicherInnen genutzt, der Anteil intensiver NutzerInnen dieser Dienste ist in der Bevölkerung ab 16 aber deutlich geringer (14% bzw. 16%).

E-Partizipation ergänzt, aber ersetzt Offline-Partizipation nicht

Das Angebot an Partizipationsmöglichkeiten im Netz ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Dies spiegelt sich auch im Mediendiskurs wider: Konkrete Beteiligungsformen, wie etwa Online-Petitionen oder kommunale Beteiligungsprojekte, nahmen 2016/17 in den Medien bereits wesentlich mehr Platz ein als noch 2012/13.

Hinsichtlich der Formen von Online-Partizipation zeigt sich international wie auch in Österreich eine große Vielfalt, die in Befragungen auch durchaus auf Interesse der Bevölkerung stoßen. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, dass die konkrete Nutzung von E-Partizipation in der Regel hinter dem geäußerten Interesse zurückbleibt. Zudem ist Beteiligung soziodemographisch ungleich verteilt:

- Wesentliche Faktoren für die Nutzungsintensität sind Alter, Bildung und politisches Interesse, d.h.: Politische Partizipation online ist unter jüngeren, gebildeteren und politisch interessierten NutzerInnen stärker ausgeprägt.
- Auf der anderen Seite zeigt eine aktuelle deutsche Studie (Soßdorf 2016), dass auch unter Jugendlichen zur politischen Information weiterhin überwiegend Offline-Quellen verwendet werden und das Internet die politische Meinungsäußerung und Beteiligung offline nicht ersetzt.

Politische (E-)Partizipation und Meinungsäußerung in Österreich

Nach wie vor ist in Österreich die Teilnahme an Wahlen die am weitesten verbreitete Form der politischen Beteiligung. Mit deutlichem Abstand dahinter folgten das Unterzeichnen einer Petition zu einem politischen Thema.

Werden über diese Beteiligungsmöglichkeiten hinaus verschiedene Formen der politischen Meinungsäußerung breiter betrachtet, zeigt sich, dass sich über acht von zehn ÖsterreicherInnen (84%) im weitesten Sinn am politischen Diskurs beteiligen, d.h. mindesten eine von 6 abgefragten Formen der Meinungsäußerung nutzen. Etwa die Hälfte (52%) ist politisch aktiver und hat bereits drei oder mehr Möglichkeiten genutzt.

Dabei spielt das Internet für einen Teil der Bevölkerung als zusätzliche Möglichkeit der politischen Aktivität eine unterstützende Rolle:

- Etwa 6 von 10 der befragten InternetnutzerInnen haben bereits eine von sechs abgefragten Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Diskurs online genutzt.
- Das Internet ist für diese Beteiligungsformen von unterschiedlicher Bedeutung: Sieht man vom Teilen und Weiterleiten von politischen Artikeln in den Sozialen Medien ab, was ausschließlich online passiert (insg. 29% Nutzung), ist das weitverbreitete Unterschreiben von Petitionen auch die am stärksten digitalisierte Beteiligungsform (insg. 38% Onlinenutzung). Andere Beteiligungsformen (politische Überzeugungsarbeit, Mobilisierung für Wahlen oder politische Aktivitäten oder Kontakt zu Politikern) sind weiterhin stark im Bereich der Offline-Partizipation angesiedelt (Anteil d. Online Nutzung insgesamt zwischen 6% und 13%).

Erfolg von E-Partizipation wird in der Forschung skeptisch beurteilt

Für Deutschland haben Studien gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Partizipationsangebote, allen voran Online-Petitionen, in der Regel nur einen kleinen Kreis von UnterzeichnerInnen finden. Aber auch staatlich organisierte Online-Bürgerbeteiligung konnte in den meisten Fällen ihre Ziele – bessere Planung, mehr Akzeptanz des Verwaltungshandelns, Überwindung der politischen Legitimationskrise – nicht erreichen.

Als Erfolgsfaktoren identifiziert Kubicek (2014) in einer Sekundäranalyse von 12 Studien drei Aspekte:

- klare Zielsetzungen,
- ein Thema von hoher Dringlichkeit
- und ausreichende Ressourcen.

Die vorliegende Studie legt nahe, dass in Österreich insbesondere die kommunale bzw. regionale Ebene Möglichkeiten für die digitale Kommunikation zwischen Politik und BürgerInnen bzw. für E-Partizipation bieten:

- Eine Mehrheit der Befragten (76%) ist an der Beteiligung auf Ebene der eigenen Gemeinde oder des eigenen Bezirks interessiert.
- Immerhin drei von zehn haben laut eigener Angabe bereits selbst an einer lokalen Bürgerbeteiligung teilgenommen.
- Und auch medial erreichen Online-Beteiligungsprojekte auf kommunaler Ebene eine hohe und durchwegs neutrale bis positive Präsenz.

Öffentliche Informationen im Netz vertrauenswürdig und positiv beurteilt

Der UN-E-Participation-Index stellt Österreich im Bereich der E-Information (online verfügbare Informationen) mit einem Wert von 94 Prozent ein gutes Zeugnis aus. Hinsichtlich der Nutzung dieser Angebote belegt die vorliegende Studie:

- Über 8 von 10 (71%) ÖsterrereicherInnen ab 16 haben bereits selbst öffentliche Informationsquellen online genutzt.[2]
- Insbesondere die Seiten von Städten/Gemeinden sowie die Seiten help.gv.at weisen hohe Nutzungsraten auf, mit jeweils über 50% InternetnutzerInnen die angeben, dass sie diese Seiten bereits selbst genutzt haben.

Dabei ist die überwiegende Mehrheit der Befragten mit den öffentlichen Informationsangeboten zufrieden.

- Den öffentlichen Seiten wird ein hohes Vertrauen entgegen gebracht und sie erfüllen damit gerade angesichts wachsender Skepsis gegenüber Online-Informationen die Funktion einer verlässlichen Anlaufstelle im Netz.
- Die von 52% der Befragten genutzte Website help.gv.at weist hier mit 90% zufriedenen NutzerInnen hervorragende Werte auf.
- Die Seite wird als nützlich, gut aufbereitet und glaubwürdig eingeschätzt.
- Dabei zeigt die nähere Analyse: Weniger geübte oder weniger netzaffine NutzerInnen können dann gut angesprochen werden, wenn Seiten eine einfache Benutzerführung und eine gut verständliche Aufbereitung und Sprache bieten.

Social Media wirken vor allem als Push-Medium

Seit der Vorgängerstudie zu „Internet und Demokratie“ aus dem Jahr 2012 haben Social Media für die politische Kommunikation deutlich an Bedeutung gewonnen. Die wissenschaftliche Literatur betont dabei insbesondere den „Push-Effekt“ von Sozialen Medien, d.h. anders als im Web 1.0 kommen die NutzerInnen im Web 2.0 über Newsfeeds und Werbung auch dann in Kontakt mit politischen Inhalten, wenn sie diese nicht selbst suchen und aktiv ansteuern.

Die Sozialen Medien eröffnen also insbesondere für AktivistInnen und professionelle Kampagnen neue Möglichkeiten. Im medialen Diskurs 2016/17 wurden diese Möglichkeiten allerdings mit Blick auf aktuelle Thematiken wie Fake-News und die Manipulation von Wahlkämpfen überwiegend negativ dis-

[2] D.h. mindestens eine von acht abgefragten Webseiten öffentlicher Institutionen.

kutiert. Anders als noch 2012/13 ist daher der Ruf nach einer stärkeren Kontrolle bzw. Regulierung der großen Internet-Konzerne im Dienste von Me-Medienqualität und Demokratie deutlich lauter geworden.

Dieses mediale Meinungsbild spiegelt sich auch in einer skeptischen Haltung der Bevölkerung und einem Misstrauen gegenüber politischen Informationen auf Sozialen Medien. In den im Rahmen dieser Studie geführten qualitativen Interviews (n=15) zeigt sich, dass die Befragten ihre eigene Meinung lieber nicht in Sozialen Medien kundtun. Sie präferieren klar den Austausch im Bekanntenkreis, in persönlichen Gesprächen bzw. unter Gleichgesinnten. – Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass Diskussionen und Kommentare im Web 2.0 auch in Zukunft keineswegs ein Raum für den politischen Diskurs der breiten Bevölkerung sein bzw. deren Meinung repräsentieren werden.

Nur kleine Gruppe mit regelmäßiger Nutzung politischer Informationen im Social Web

Hinsichtlich der Rolle des Social Web für den politischen Diskurs im Netz erlaubt die vorliegende Studie eine differenzierte Analyse:

- Nur 9% der InternetnutzerInnen nutzen politische Informationen im Social Web intensiv, ebenso viele nutzen diese verbreitet. Sozio-demographisch sind diese NutzerInnen überdurchschnittlich jung und männlich.
- Die Mehrheit der OnlinerInnen (rund sechs von zehn) nehmen hingegen kaum politische Inhalte im Social Web wahr bzw. sind auch allgemein weniger an Politik interessiert.
- Rund ein Fünftel (19%) der österreichischen OnlinerInnen nutzten laut eigener Angabe gar keine Social Media. Politisch interessierte Personen aus dieser Gruppe umgehen die Sozialen Medien und ihre spezielle Form der Informationsverbreitung und informieren sich stattdessen online ausschließlich über die Websites traditioneller Nachrichtenmedien. Drei Viertel dieser Gruppe sind über 45 Jahre alt.
- Formale Bildung spielt in diesem Zusammenhang nur eine geringe Rolle, d.h.: Sowohl unter intensiven als auch unter geringen NutzerInnen politischer Informationen im Social Web finden sich sowohl Personen mit niedriger als auch mit hoher formaler Bildung (Matura, tertiärer Abschluss).

Thema Datensicherheit und wachsende Bedenken gegenüber E-Voting

Im Zeitvergleich gegenüber 2012/13 haben im medialen Diskurs 2016/17 die Themen Datenschutz und (Daten-)Sicherheit an Bedeutung dazugewonnen – wohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund zahlreicher nationaler und internationa-

ler Ereignisse in den vergangenen Jahren. Mittlerweile äußern bereits 45% der befragten ÖsterreicherInnen Bedenken gegenüber E-Voting.

- Seit 2012 stiegen gerade unter OnlinerInnen die Bedenken von 29% auf 45% an.
- Diese Bedenken sind unter den intensivsten KonsumentInnen politischer Informationen im Social Web besonders ausgeprägt.

Politik- und Demokratieverständnis der ÖsterreicherInnen im Kontext der Digitalisierung

1. Die große Mehrheit der Befragten unterstützt das demokratische politische System, insofern nur etwa 5% der Bevölkerung Demokratie als die beste Regierungsform klar ablehnen. Doch gibt es einzelne Indikatoren, die zeigen, dass etwa ein Fünftel der Bevölkerung potentiell auch autoritäre Staatsformen unterstützen würde, denn etwa 20% stimmen der Idee eines starken Führers, der sich nicht um das Parlament kümmern muss, zu. Der Anteil Befragten, die manifest autoritäre Maßnahmen wie Demonstrationsverbote für gerechtfertigt halten liegt zudem zwischen 15% und 19%.
2. Außerdem: Rund die Hälfte der Befragten äußert eine manifeste Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung („Politikverdrossenheit“ bzw. politischer Protest).
3. Die Unterstützung der demokratischen Staatsordnung ist unabhängig von der Internetnutzung, d.h. gleich groß sowohl unter intensiven als auch geringen NutzerInnen.
4. Mit einem höheren politischen Informationskonsum online geht ein höheres Interesse an direktdemokratischer Beteiligung und eine geringere Politikverdrossenheit einher.
5. Hochwertige und verlässliche öffentliche Informationsangebote sowie Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten online erreichen daher insbesondere politik- und online-affine NutzerInnen und können deren Vertrauen in das politische System und die eigenen Beteiligungsmöglichkeiten weiter stärken.

Wie die im Rahmen dieser Studie durchgeführten qualitativen Interviews (n=15) ergänzend zu diesen Daten zeigen, hängt das Politikverständnis und die Einstellungen zur Demokratie stark von persönlichen biographischen Erfahrungen in Familie und Jugendzeit sowie von der persönlichen Lebenssituation ab, also zum Beispiel den finanziellen Ressourcen und der eigenen Arbeitsmarktsituation. Dementsprechend können zwei Personengrup-

pen identifiziert werden, die sich sowohl hinsichtlich ihres sozialen Status[3] als auch ihres Politikverständnisses unterschieden:

- Politik-affine Personen bringen in der Regel positive biographische Erfahrungen mit Politik mit, sie haben ein positives Politikverständnis, ein höheres politisches Interesse und sind politisch tendenziell aktiver.
- Politik-distante Personen haben in der Regel keine positiven bzw. eher negative biographische Erfahrungen mit Politik gemacht. Sie haben ein eher negatives Politikverständnis, fühlen sich politisch schlecht vertreten, äußern ein geringeres politisches Interesse und sind tendenziell politisch eher passiv oder aber enttäuscht bis wütend. Hintergrund dieser Einstellungen ist in der Regel ein geringerer sozialer Status (z.B. geringeres Einkommen, prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen usw.).[4]

Für die Demokratie resultiert aus dieser Ausgangslage eine ungleiche politische Beteiligung der beiden Gruppen bzw. die Herausforderung, Personen mit geringeren Ressourcen und sozialem Status besser in die Demokratie zu inkludieren. Dieser *Democratic bzw. Participatory Divide* wird durch die Digitalisierung nicht geschlossen, sondern fortgeschrieben. Dies gilt auch für einen Ausbau der E-Partizipation, sofern nicht durch begleitende Maßnahmen eine Teilnahme möglichst breiter Bevölkerungskreise sichergestellt werden kann.

[3] Sozialer Status meint hier im Sinne der Schichtungssoziologie die unterschiedliche Ausstattung von Personen auf Statusdimensionen wie Einkommen, Vermögen, Bildung, Prestige.

[4] Diesen Befund bestätigen repräsentative Studien, wonach in Österreich die Chancen auf politische Partizipation in hohem Ausmaß von der sozialen Herkunft abhängen (vgl. Zandonella/Hacker 2016); ähnliche Befunde für Westeuropa vgl. Gilens / Page 2014.

Einleitung

Digitalisierung ist ein technischer und sozialer Megatrend, dessen Auswirkungen auch für Politik und Verwaltung von eminenter Bedeutung sind. Das Internet in seiner Funktion als politisches Informationsmedium bietet Raum für öffentliche Debatten und erreicht über soziale Medien breite Bevölkerungsgruppen. Es ist nicht nur ein Gegenstand der Politik, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Darüber hinaus sind die dem Internet zugrundeliegenden Informations- und Kommunikationstechnologien Basis für weitreichende Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung.

Bereits in den Jahren 2012/13 haben Ringler et al (2013) vom SORA-Institut im Auftrag des Bundeskanzleramts eine erste Grundlagenstudie zum Thema Internet und Demokratie durchgeführt. Damals standen rund um die Themen E-Government, E-Participation und E-Democracy im öffentlichen Diskurs vor allem die Chancen im Vordergrund. Mittlerweile finden sich aufgrund aktueller Entwicklungen auch negative Aspekte der Internetnutzung, wie die zunehmende Polarisierung und die Verbreitung von Fake- und Hate-News, in öffentlichen Diskussionen wieder. – Diese Veränderung im öffentlichen Diskurs zeigt exemplarisch die hohe Dynamik der Digitalisierung und unterstreicht die Relevanz einer regelmäßigen sozialwissenschaftlichen Beobachtung.

Die vorliegende Studie erfüllt auf der einen Seite die Funktion eines Monitorings: Die Ergebnisse von 2012/13 werden, soweit möglich, aufgegriffen und mittels Zeitvergleichen folgende Fragen beantwortet:

- In welchen Bereichen haben sich Verhalten und Einstellungen der ÖsterreicherInnen rund um Internet und Demokratie verändert, und welche Entwicklungsperspektiven zeigen diese Veränderungen an?
- Und in welchen Bereichen zeigen Zeitvergleiche auf der anderen Seite wenig Veränderung und weisen daher auf hohe soziale Stabilität hin?

Auf der anderen Seite wurden in das Studiendesign auch neue Fragestellungen aufgenommen, die in den Jahren 2012/13 noch nicht oder nicht in diesem Detailgrad untersucht werden konnten:

- Wie werden Informationsquellen öffentlicher Stellen und insbesondere help.gv.at von den ÖsterreicherInnen genutzt und bewertet?
- Welche Rolle spielen Soziale Medien für die politische Information und Beteiligung?
- Welche Aspekte charakterisieren das Demokratieverständnis der ÖsterreicherInnen und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Digitalisierung?

Diese Forschungsfragen werden in folgenden drei Kapiteln beantwortet:

In Kapitel 1 wird der Stand der bisherigen Forschung zu Internet und Demokratie zusammengefasst, mit einem Fokus auf die Themen politische Teilhabe sowie die Relevanz von Social Media für die Demokratie.

Kapitel 2 präsentiert eine Analyse der öffentlichen, medialen Diskurse rund um E-Government und E-Demokratie in den Jahren 2016 und 2017, wobei insbesondere die Veränderung der öffentlichen Diskussion seit der ersten Grundlagenstudie aus den Jahren 2012/13 im Vordergrund steht.

Kapitel 3 umfasst die Ergebnisse einer österreichweiten quantitativen Erhebung zur Internetnutzung im Zusammenhang mit politischem Informationsverhalten, politischer Beteiligung sowie dem Demokratieverständnis der Österreicherinnen und Österreicher.

In Kapitel 4 werden diese Ergebnisse schließlich durch eine Analyse von qualitativen, problemzentrierten Interviews mit 15 online-affinen ÖsterreicherInnen ergänzt und vertieft.

1 Stand der Forschung

Dieses Kapitel baut auf der Analyse des State-of-the-Art der wissenschaftlichen Forschung der Grundlagenstudie 2012/13 (Ringler et al 2013) auf und widmet sich insbesondere der aktuellen, seitdem publizierten Forschung.

Dabei ist eingangs zu bemerken, dass die Digitalisierung eine Schnelllebigkeit und expansive Dynamik aufweist, die mit der vergleichsweise langsamen Verarbeitungsgeschwindigkeit sozialwissenschaftlicher Analyse und Reflexion nur bedingt vereinbar ist. So finden sich etwa kaum zeitnahe Studien zu aktuellen demokratie- und partizipationsrelevanten Netzphänomenen wie Fake-News, Shitstorms oder den Dynamiken sozialer Netzwerke.

Auch elektronische Partizipationsmöglichkeiten unterliegen dieser hohen Dynamik. Das Angebot an Online-Partizipationsmöglichkeiten von staatlich-administrativer sowie privater Seite wandelt sich beständig. Dies erschwert es, einen aktuellen und umfassenden Überblick über das Angebot und dessen Nutzung zu gewinnen: Einer vergleichsweise geringen Anzahl repräsentativer Studien steht eine Vielzahl von Case-Studies mit engem Fokus oder Artikel, die sich im Wesentlichen in taxonomischen Aufzählungen bestehender Angebote erschöpfen, gegenüber. Viele Beiträge beschäftigen sich auch in spekulativer Hinsicht mit den Potentialen und Gefahren von IKT und Internet oder spezifischen Ideen und Konzepten, wie etwa „Liquid Democracy“ (vgl. Reicher, Panek 2014). Dennoch lassen sich einzelne Trends ausmachen (etwa Bürgerhaushalte in Deutschland, vgl. Voss 2014 / Kersting 2014 / Kubicek 2014), die im Folgenden beschrieben werden.

1.1 Politische Partizipation im Internet

Anders als zu Beginn der E-Demokratie-Debatte als man einerseits von einer Online-Agora träumte oder vor massiven Gefahren für die Demokratie warnte, sind diese netz-optimistischen bzw. netz-pessimistischen Vorstellungen weitgehend netz-realistischen Betrachtungsweisen gewichen. Exemplarisch seien dafür etwa Salzborn und Maegerle genannt, die eine „Normalisierung des Internethypes“ fordern und bei der Betrachtung des Internets dazu aufrufen, stärker die Form von Inhalten zu trennen, denn:

> Das Internet, so trivial die Erkenntnis auch klingen mag, so wichtig scheint sie uns doch auch zu explizieren, ist genauso demokratisch oder antidemokratisch, wie jedes andere Medium auch, entscheidend ist nicht die Funktion, sondern die Substanz. (Salzborn, Maegerle 2016, 229)

Dabei ist das Angebot an Partizipationsmöglichkeiten im Netz in den vergangenen Jahren stetig gewachsen.[5] Die systemischen Hindernisse, die vor allem zu Beginn des Jahrhunderts als Hemmschuh für E-Partizipation vermutet wurden, scheinen sich abgeschwächt zu haben bzw. haben sich Politik und Verwaltungen den Erfordernissen von E-Partizipation angepasst (Molinari 2006, 104 / Märker 2009, 51 / Siedschlag 2002, 6ff; vgl. Märker et al. 2005, 198 / Albrecht et al. 2008, 9).

Klassifizieren lassen sich die Online-Angebote genau wie ihre Offline-Pendants etwa anhand der Ebenen, auf der sie angesiedelt sind, ihrer konkreten Inhalte und anhand ihrer Adressaten. Kersting geht bei seiner Betrachtung dagegen nicht von den Adressaten, sondern den InitiatorInnen aus und unterscheidet zwischen vom politischen System („invited places“) und von den BürgerInnen und NGOs initiierten Plätzen („invented spaces“). „Dabei ist der Invented Space in der Regel unverfasst, punktuell, individuell und unkonventionell. Der Invited Space ist dagegen meist verfasst, kontinuierlich und basiert häufig auf organisierten Interessen.“ (Kersting 2014, 55)

Abbildung 1: Ebenen und Formen politischer Partizipation



Quelle: Kubicek et al. 2007, 8.

[5] Dies spiegelt sich auch im Mediendiskurs wieder, in dem konkrete Beteiligungsformen wie etwa Online-Petitionen oder kommunale Beteiligungsprojekte 2016/17 bereits wesentlich mehr Platz einnehmen als noch 2012/13.

Eine Studie des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft zur Verbreitung von Online-Partizipation unterscheidet zwischen acht politischen und fünf ökonomischen Partizipationsmöglichkeiten im Netz. Zu den politischen zählen dabei: Abstimmungen über politische Sachverhalte, Beratungen über Bürgerhaushalte, das Unterzeichnen bzw. Erstellen von Online-Petitionen, Beitritt zu politischen Netzwerken (Gruppen in sozialen Netzwerken), Beteiligung an Online-Konsultationen, das Verfassen politischer Beiträge in den sozialen Medien und die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen (vgl. AHIIG 2014, 14).[6]

Erfolgsfaktoren von E-Partizipation

Die Akzeptanz und der Erfolg von Beteiligungsangeboten scheinen stark zu variieren. Für den Bereich staatlich organisierter Online-Bürgerbeteiligung hält Kubicek fest, dass diese in den meisten Fällen ihre Ziele – bessere Planungen, mehr Akzeptanz des Verwaltungshandelns, Überwindung der politischen Legitimationskrise – nicht erreichen konnte. (ebenda, 286). Das macht es umso wichtiger, Erfolgskriterien zu identifizieren.

Mittels einer Sekundäranalyse von 12 Studien identifizierte Kubicek drei Erfolgsfaktoren als essentiell für das Erreichen aller Erfolgskriterien:

- klare Zielsetzungen,
- ein Thema von hoher Dringlichkeit
- und ausreichende Ressourcen.

> „Andere Erfolgsfaktoren wurden nur im Zusammenhang mit einzelnen Erfolgskriterien festgestellt und bei andern nicht. Bemerkenswert ist, dass in der akademischen Diskussion immer wieder betonte Faktoren wie die Anschlussfähigkeit und die Verbindlichkeit der Konsultationen nur auf den hinteren Rangplätzen landeten.“ (ebenda, 291)

Auch für zivilgesellschaftliche Partizipationsangebote, allen voran Online-Petitionen, gibt es durchwegs massive Unterschiede in Punkto Beteiligungszahlen und Erfolg: „Zwar gibt es durchaus Leuchtturm-Petitionen mit sehr hohen Beteiligungszahlen, aber das Gros der Petitionen verzeichnet nur einen sehr überschaubaren Kreis von Unterzeichnern.“ (Voss 2014, 17). E-Petitionen gehören aber mittlerweile zu den verbreitetsten Partizipationsformen (s. auch Kapitel 2.2). Oftmals werden sie von professionellen Kampagnennetzwerken (Avaaz, Change.org, Campact) durchgeführt und ermöglichen politische Teilhabe mit minimalem Aufwand (vgl. Baringhorst 2014,

[6] Man könnte argumentieren, dass diese Aufzählung auch um die Nutzung von Open (Government) Data als staatlichem Partizipationsangebot erweitert werden könnte, da es „… über den bloßen lesenden Zugang zu amtlichen Informationen in Form von Dokumenten in mehrfacher Hinsicht …“ hinausgeht und Beteiligungs- und Transparenzansprüche verknüpft (vgl. Kubicek 2014 270 / Kersting 2014, 79).

99ff). Auch der Deutsche Bundestag bietet ein eigenes E-Petitionsportal an. Handelt es sich bei E-Petitionen zwar, gemessen an den teils sehr hohen TeilnehmerInnenzahlen, um eine vergleichsweise erfolgreiche Protestform, so doch auch um eine mit einem sehr niedrigen Grad der Involvierung der UnterstützerInnen. In diesem Kontext wird so auch von „Slacktivism“ oder „Clicktivism“ gesprochen (vgl. Voss 2014 (2), 156 / Baringhorst 2014, 105).

Generell scheinen die Online-Partizipationsangebote mit ihrer Verbreitung aber auf ein Dilemma zuzusteuern, nämlich der Diskrepanz zwischen der „nahezu unendlichen Aufnahmekapazität des Netzes“ auf der einen und der „gleichbleibenden Aufnahmekapazität der Nutzer“ auf der anderen Seite.

> „Die Inflation von Selbstdarstellungen, Problembeschreibungen und Handlungsaufrufen zwingt die Nutzer zu einer rigorosen Selektion und/oder begünstigt Abstumpfungseffekte.“ (Rucht 2014, 119)

Für den Bereich der Online-Partizipation würde dies generell bedeuten, dass mit einer steigenden Anzahl an UnterstützerInnen „… die Beiträge der aktiven Nutzer auf noch mehr Plattformen verteilt werden.“ (AHIIG 2014, 40).

Österreich im internationalen Vergleich

Im UN-E-Participation-Index belegt Österreich den 14. Rang, hinter Spitzenreiter Großbritannien, den Niederlanden, Spanien, Italien, Finnland und Frankreich und vor Polen, Litauen, Montenegro, Serbien, Estland, Malta, Kroatien, Deutschland, Norwegen und Schweden (die drei letztgenannten rangieren ex aequo auf Platz 27) (vgl. UN 2016, 55f). Der Index misst E-Partizipation basierend auf einem Drei-Stufen-Modell, das zwischen E-Information (online verfügbare Informationen), E-Konsultation (Einholen der öffentlichen Meinung durch geeignete Online-Instrumente) und E-Entscheidungsfindung (Beteiligung der BürgerInnen am Entscheidungsprozess) unterscheidet. Die Bewertung erfolgt anhand des Vorhandenseins entsprechender Online-Tools für die drei betrachteten Bereiche: Gesamt erreicht Österreich einen Wert von 88,3 Prozent. Der höchste Wert ergibt sich dabei für den Bereich E-Information (94,1 Prozent), gefolgt von E-Konsultation (84,2 Prozent) und E-Entscheidungsfindung (71,4 Prozent).

Positiv wird im entsprechenden Bericht die Entwicklung eines Online-Verzeichnisses für offene Konsultationsverfahren herausgestellt (vgl. UN 2016, 56ff). Warum sich Österreich im Vergleich zum letztmaligen Betrachtungszeitpunkt 2014 (Platz 40) um 26 Plätze verbessert hat, wird im Bericht allerdings nicht dargelegt (ebenda, 61).

Wie verändert das Internet politische Teilhabe?

„Das Internet verändert die Rahmenbedingungen für kommunikatives Handeln, dadurch verschieben sich die Relationen von Kosten und Nutzen politischer Kommunikation. Der Aufwand für Information, Diskussion und Partizipation wird radikal gesenkt." (Vowe 2014, 32). Dieses Argument würde prinzipiell die Nutzung von On- versus Offline-Angeboten begünstigen. BürgerInnen treten aber nicht als reine Kosten-Nutzen-AbwägerInnen auf, gerade kommunikative Praxen sind stark von Gewohnheitshandeln geprägt.

„Die Spannung von zweckrationalem Handeln und Gewohnheitshandeln stellt sich je nach Lebensalter unterschiedlich dar. Bei Älteren haben sich die Gewohnheiten tief eingeprägt, auch in ihrer politischen Kommunikation. Bei Jüngeren ist das in der Regel schwach ausgeprägt, darum können sie unbefangener Kosten und Nutzen von Optionen kalkulieren." (Vowe 2014, 32). Dementsprechend müsste mit der steigenden Anzahl an allgemein Digital Natives und der Inkorporierung von IKT-Technologien und -Angeboten in das Alltagshandeln ein positiver Effekt bei der Nutzung politischer Online-Angebote erkennbar sein.

Basierend auf einer Panel-Studie (2002 – 2009) über politische Kommunikationsaktivitäten (Rezeption, Diskussion, Partizipation offline und online) erkennt Vowe (2014, 36ff) allerdings nur moderate Veränderungen in der individuellen politischen Kommunikation. Diese sind nicht sozial neutral, sondern selektiv: entscheidende Unterschiede für die Nutzung von Online-Möglichkeiten zum Zwecke politischer Kommunikation ergeben sich entlang der Dimensionen Alter, Bildung und politisches Interesse, d.h.: Politische Partizipation online ist unter jüngeren, gebildeteren und politisch interessierten NutzerInnen stärker ausgeprägt – ein Befund, der auch in anderen Studien bestätigt wurde.

Im Zeitverlauf diagnostiziert Vowe in seiner Längsschnittstudie folgende Tendenzen:

- Generell werden Online-Quellen intensiver und regelmäßiger genutzt, Print sinkt dagegen, jedoch nicht abrupt, sondern allmählich.
- Die Häufigkeit von Diskussionen sowohl face-to-face als auch vermittelt von sozialen Medien ist leicht im Steigen begriffen (vgl. Abschnitt 1.2).
- Die Intensität der politischen Beteiligung nimmt bezogen auf die Gesamtbevölkerung leicht zu.

Eine Abkehr von politischer Kommunikation durch die Wirkung des Internets ist nicht festzustellen. Eine oftmals erhoffte breite Mobilisierung durch dieses bleibt aber ebenso aus – bisher politische Inaktive nutzen nicht plötzlich Online-Beteiligungsmöglichkeiten und nur ein kleiner Anteil der OnlinerInnen äußert sich politisch im Netz.

Vowe spricht davon, dass es trotz aller Kontinuitäten aufgrund habitualisierter Verhaltensweisen einzelne Gruppe gibt, die besonders innovativ mit IKT-Technologien umgehen und Treiber dieser Entwicklung sind. Er beschreibt sie als „Digital Citizens“: „Sie gehen zwar auch wählen, lesen aber keine gedruckte Zeitung, schreiben keine Leserbriefe und besuchen auch keine Versammlungen.“ (ebenda, 41). Diese Gruppe würde ca. 15 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung umfassen und zeichnet sich vor allem durch ihr niedriges Alter aus und rekrutiert sich aus überdurchschnittlich gut gebildeten Digital Natives. Hier sieht Vowe auch ein neues Elitensegment im Entstehen begriffen. Traditionelle politische Kommunikationseliten hätten sich dieser neuen Online-Möglichkeiten noch nicht bemächtigt. Zu diesem Sachverhalt gibt es aber auch klar abweichenden Meinungen – die alten Medieneliten hätten mittlerweile gelernt auch die neuen Kanäle zu bedienen (vgl. Abschnitt 1.2).

Etwa gut ein weiteres Drittel der Bevölkerung sei politisch überdurchschnittlich interessiert und aktiv. An der politischen Kommunikation dieser Gruppe würden die Online-Medien aber nur wenig verändern. Die „Schweigende Mehrheit“ schließlich beschreibt jene größte Bevölkerungsgruppe (rund die Hälfte), die kaum politisch interessiert oder aktiv ist (ebenda, 40).

Die Studie beruht auf sieben Befragungswellen im Zeitraum zwischen 2002 und 2009. Es erscheint also plausibel, dass die Auswirkungen sozialer Medien (ab 2008 abgefragt) noch nicht im vollen Umfang zu beobachten waren – allein schon deshalb, weil sich das Angebot im Zeitverlauf auch verändert und in den 2010er-Jahren deutlich reichhaltiger geworden ist. Auf diese Entwicklung und Wirkung wollen wir im Abschnitt 1.2 gesondert eingehen.

Wie verbreitet ist E-Partizipation?

Für aktuellere Ergebnisse zur Verbreitung von Online-Partizipation bieten sich die Ergebnisse des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft aus dem Jahr 2014 an.[7] Als aktivste NutzerInnen von Online-Partizipations-Angeboten weist die Studie 18- bis 36-jährige Befragte mit Hochschulabschluss aus, was sich auch mit den Erkenntnissen von Vowe deckt.

Eine besonders beliebte und bekannte Beteiligungsform sind Online-Petitionen: Fast die Hälfte der Befragten, die diese Form der Beteiligung kennen, haben sie auch bereits genutzt. Die Möglichkeit selbst Petitionen zu starten wird dagegen deutlich seltener wahrgenommen. Vergleichsweise ge-

[7] Die Ergebnisse beruhen auf einem Panel von TNS Infratest. Die Stichprobengröße beträgt n=504. Die Stichprobe gilt als repräsentativ für die deutsche Online-Bevölkerung.

ring ist die Bekanntheit von und Beteiligung an Bürgerhaushalten und Online Konsultationen (vgl. AHIIG 2014, 27). Die AutorInnen erklären dies mit der zeitlichen und lokalen Begrenzung dieser Angebote.

Im Rahmen der Studien wurden auch Interessen und Motivationen (entlang der Dimension extrinsisch und intrinsisch) der Befragten bezüglich Online-Partizipation erhoben. Fazit: „Alle Formen der Online-Partizipation weisen eine wesentlich größere Anzahl von Personen auf, die sehr großes Interesse berichtet haben, als die Zahl der Personen, die das Angebot auch nutzen, bis auf politische Sachverhalte abstimmen und Online-Petition mitzeichnen." Die AutorInnen kommen zum Schluss, dass „… die nötige Beteiligungsdauer eine wichtige Ressource ist und der Übersetzung von Interesse in Aktivität in gewisser Weise entgegensteht." (ebenda, 41). Auf bloßen „Clicktivism" lässt sich Online-Beteiligung allerdings nicht reduzieren: Es finden sich auch NutzerInnen, die mehr Zeit in komplexere Tätigkeiten investieren.

Die Studienautoren berichten darüber hinaus von einem selbst-verstärkenden Effekt bei den TeilnehmerInnen von Partizipationsangeboten: „Die Ergebnisse zeigen, dass mit steigender Anzahl genutzter Partizipationsformen auch die Selbstwirksamkeitserwartung und Kreativität der Befragten wächst." (AHIIG 2014, 7).

Des Weiteren lassen sich basierend auf der Studie Aussagen über die Organisation der online-aktiven BürgerInnen dahingehend tätigen, dass sich diese nicht primär anhand von politischer Aktivität im Netz organisieren: „… je nach Interessensgegenstand und Plattform werden unterschiedliche Teilgruppen aktiv." Eine „Netzgemeinde", im Sinne einer durch persönliche Bekanntheit begründeten Gruppe, wie der Ausdruck suggeriert, gibt es nicht (ebenda, 38).

E-Partizipation von Jugendlichen

Kommunikationsverhalten wird nicht nur durch Kosten/Nutzen-Abwägungen, sondern auch stark durch Gewöhnungseffekte bestimmt. Greift man diese These auf, dann bedeutet das, dass das zukünftige Nutzungsverhalten der Bevölkerung in weiten Teilen jenem entspricht, das sich Menschen im Zuge ihrer ersten Lebensabschnitte angewöhnen. Die Betrachtung des gegenwärtigen Beteiligungsverhaltenes Jugendlicher würde es so erlauben, einen, wenn auch vagen, Blick in die Zukunft politischer Online-Partizipation zu werfen.

Soßdorf geht in ihrer Studie zur politischen Partizipation Jugendlicher[8] davon aus, dass für diese, „ … die sich ohnehin mit den neuen Medien alltäglich und

[8] Die Studie basiert auf qualitativen Gruppendiskussionen (10 Gruppen à 4 bis 8 SchülerInnen) und einer quantitativen Fragebogen-Erhebung (631 SchülerInnen der 9. bis 12. Schulstufe) (vgl. Soßdorf 2016, 141).

durch alle Aspekte ihre Lebens ziehend beschäftigen, auch die politische Sphäre onlinevermittelt stattfindet.“ (Soßdorf 2016, 27)

Für das konkrete Nutzungsverhalten der Jugendlichen kommt sie zu folgenden Schlüssen: (ebenda, 286ff / 309f)

- Analog zur Gesamtbevölkerung zeigt sich auch bei Jugendlichen, dass Partizipationsmöglichkeiten eher genutzt werden, solange der Aufwand gering ist. Je höher der Aufwand, desto weniger bereit sind Jugendliche sich zu beteiligen.
- Jugendliche sind in Punkto Politik weniger online-affin als man erwarten würde. Zu Informationszwecken werden überwiegend Offline-Quellen (Schule, Fernsehen) herangezogen. Online-Informationssuche ist automatisierter, unintendierter und damit zufälliger – etwa über soziale Netzwerke und Streaming-Plattformen. Auch Gespräche über Politik finden eher off- als online und allgemein seltener als bloße Informationsbeschaffung statt.
- Offline-Beteiligung ist vor allem für Jugendliche mit ausgeprägten kommunikativen und kognitiven Fähigkeiten attraktiv. Weitere Faktoren des politischen Engagements sind politisches Interesse und ein Netzwerk, das zur Beteiligung motiviert. Offline aktive Jugendliche sind politisch besser informiert, eingebunden und aktiver.
- Online beschäftigen sich mit Politik eher bildungsfernere Jugendliche mit geringerem sozioökonomischen Status. Politische Online-Partizipation ist häufig voraussetzungsloser, mit weniger Aufwand verbunden, eher mit dem Alltag von Jugendlichen in Einklang zu bringen und eher unterhaltungs- und spaßorientiert.
- Als häufigste Aktivitäten geben die Jugendlichen das Liken, Weiterleiten und Kommentieren von Inhalten in sozialen Netzwerken an sowie das Unterzeichnen von Petitionen. Wenn politische Teilhabe zu Ihnen kommt und mit geringem Aufwand verbunden ist, nehmen sie diese auch wahr, egal ob on- oder offline.
- Zu den favorisierten Themen der Jugendlichen zählen Bildung, Beruf, generell Jugendthemen und globale Sachverhalte (Umwelt). Damit dominieren Bereichen, die sich aus der eigenen Erfahrungswelt erschließen lassen. Gesellschaftliche und soziale Themen rücken erst mit steigendem Alter in den Fokus – Komplexität und Relevanz dieses Bereichs scheinen sich also erst allmählich zu erschließen. Analog dazu sind Jugendliche eher bereit, sich für Interessen von Jugendlichen in Schule oder Vereinen zu engagieren. Relevante Bereiche des politischen Engagements stellen aber auch Tier- und Umweltschutz sowie Menschen in Armut und Not dar. Humanitäre Anliegen werden aber mehrheitlich von Mädchen und älteren Jugendlichen genannt.

Vom Digital zum Participatory Divide?

Mit Bezug auf Vowes These der Habitualisierung von politischer Teilhabe lässt sich in Hinblick auf die Ergebnisse von Soßdorfs Studie festhalten, dass Internet und soziale Medien zukünftig fixer Bestandteil politischer Beteiligung sein werden, diese aber nicht vollständig virtualisiert werden wird. Das Internet wird auch nicht zu einer massiven Steigerung der Partizipation breiter Bevölkerungsschichten führen, selbst wenn alle online sein werden. Völliger Verzicht auf die Nutzung des Internets oder mangelnde technische Fertigkeiten im Umgang mit Online-Applikationen werden aber zukünftig kaum noch Hinderungsgründe darstellen.

Wiederum in Hinblick auf Soßdorfs Ergebnisse lässt sich also formulieren, dass sich zwar der Digital Divide weiter schließen wird, der Participatory Divide davon aber nicht im gleichen Ausmaß betroffen ist. Das rückt den Fokus wiederum auf jene Faktoren, die Menschen davon abhalten sich einzubringen.

Eine Vielzahl von Online-Beteiligungsprojekten berichten davon, dass viele der NutzerInnen vergleichsweise jung und überdurchschnittlich gebildet sind. Stellvertretend heißt es etwa in der AHIIG-Studie: „Die Ergebnisse zeigen, dass die 18- bis 36-Jährigen und insbesondere Internetnutzer mit einem Hochschulabschluss die aktivsten Online-Partizipierenden sind." (AHIIG 2014, 7). In der Gruppe der Befragten mit dem höchsten Bildungsabschluss partizipieren 65 Prozent der Befragten. Dagegen zählen nur 19 Prozent aller BürgerInnen mit Volks- oder Hauptschulabschluss zu den aktiv Partizipierenden (ebenda, 38).

Zu einem ähnlichen Befund gelangt die Analyse zweier skandinavischer E-Partizipationsprojekte. Die Studienautoren beschreiben die demographische Zusammensetzung der Projektteilnehmer als nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung: Diese seien oftmals jünger und formal höher gebildet – und oftmals auch kritischer als die Durchschnittsbevölkerung, d.h. unzufrieden mit den etablierten demokratischen Prozessen. Die Überrepräsentation dieser Gruppe bedeute daher auch, dass E-Partizipation dazu beitragen kann, diese Gruppe wieder in politische Prozesse zu involvieren (vgl. Aström, Karlsson 2016, 92). Generell lassen sich in der Literatur zahllose Beispiele für die Kombination hoch gebildet und jung als besonders aktive demographische Gruppe von E-Partizipationsprojekten finden (vgl. Ertiö et al. 2016).

Das Alter ist dabei oftmals eine Chiffre für technische Fertigkeiten im Umgang mit den neuen Medien. Es ist davon auszugehen, dass dieser Alterseffekt zukünftig stärker in den Hintergrund treten wird. Der Bildungseffekt wird dagegen wohl aufrecht bleiben. Kompetenzen werden als Vorbedingung von Teilhabe durch das Internet nicht aufgehoben. „Partizipation in ihren verschiedenen Formen (von der Wahlteilnahme bis zur Mitarbeit an Bürgerinitiativen)

lässt sich vor allem erklären durch den sozioökonomischen Status, berechnet aus Bildung, Einkommen und beruflicher Position.“ (Vowe 2014, 44). Je höher der Status, desto wahrscheinlicher ist es, dass auch intensivere Beteiligungsformen genutzt werden. Denn mit sozioökonomischen Status sind Ressourcen wie Kompetenzen und Zeit verbunden, argumentiert Vowe.

E-Partizipationsprojekte, Social Media und die Nutzung von Smartphones können hier Möglichkeiten darstellen, um Gruppen mit knappen Zeitressourcen[9] effektiv einzubinden. Vor allem spezifische auf Partizipationsprojekte zugeschnittene Apps scheinen hier ein Potential bereit zu halten, dass es erlaubt, auch intensivere Partizipationsformen abseits von bloßem „Clicktivism“ anzuregen (vgl. Ertiö et al. 2016).

Als Conclusio kann daher formuliert werden, dass die Stärkung von BürgerInnen in Beteiligungs- und speziell in E-Partizipation-Prozessen eine unverändert anspruchsvolle Aufgabe darstellt. Zwar finden sich immer mehr Tools, die fluide, effiziente und intensive Formen der Beteiligungen erlauben können sowie NutzerInnen, die über entsprechende Fertigkeiten verfügen, diese auch zu nutzen. Es muss aber auch dafür Sorge getragen werden, dass BürgerInnen über die politischen und sozialen Kompetenzen verfügen, um sich in der Informationsgesellschaft organisieren und involvieren zu können (vgl. Fuchs et al. 2006, 35). Während bei den technologischen Fertigkeiten eine schrittweise Demokratisierung zu beobachten ist, stellen die Unterschiede in Bildungsniveau und politischem Interesse nach wie vor ein Hindernis beim Entwurf effektiver und gut funktionierender Partizipationsangebote dar (vgl. Ferro, Molinari 2010, 66).

1.2 Social Media und Politik

Bezugnehmend auf die aktuelle Studienlage konstatieren Hohmann und Faas, dass vor allem jüngere Menschen soziale Medien überwiegend zu Kommunikations- und Unterhaltungszwecken nutzen (Hohmann, Faas 2014, 251). Ältere NutzerInnen würden aber allmählich bei der Nutzungsrate aufholen. In Punkto Bildung gibt es, bis auf eine kleine Verzerrung hin zu höheren Bildungsniveaus, kaum Unterschiede.

Mit Soßdorf lässt sich argumentieren, dass sich die Unterscheidung von Internet und Social Media bei jungen Bevölkerungsgruppen überlebt hat, da heutige Jugendliche im Regelfall mit dem Internet und in einem Zeitabschnitt aufwachsen, „… in der die E-Mail, das Bloggen und Foren überholt und durch

[9] Aström und Karlsson argumentieren, dass gerade Zeit für junge Menschen ein sehr wertvolles Gut ist, das auch die Form der politischen Teilhabe verändert: „they would rather spend money than time and support democratic principles but are critical of how democracy currently works, and they engage in politics but are not fond of party politics and joining traditional organisations.” (Aström, Karlsson 2016, 90)

neuere, schnellere und vielseitigere Kommunikations- und Verbreitungsformen ersetzt wurden (Facebook, Twitter und Co.). Für sie war es von Anbeginn selbstverständlich, dass das Internet kein unidirektionales Medium von wenigen Sendern an viele Empfänger war." (Soßdorf 2016, 27). Sprich: Soziale Medien sind das Internet und gehören mittlerweile zum Alltag der Jugendlichen. Auch hier gilt, dass sich das Nutzungsverhalten von jüngeren und älteren OnlinerInnen aufgrund des demographischen Wandelns allmählich angleichen wird.

Bei politischen Werthaltungen gibt es kaum Unterschiede zwischen der gesamten Online- und der Social Media-Population. Dies liegt zum einen daran, dass diese Unterscheidung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen offensichtlich nicht mehr haltbar ist, zum anderen an der allgemein steigenden Zahl von in den sozialen Medien aktiven Menschen. Die Schnittmenge der Internet- und Social Media-NutzerInnen wird also immer größer und die Gruppen sich damit immer ähnlicher. Hinzu kommt, dass die sozialen Medien nicht per se politisch sind oder politisierend wirken (vgl. Soßdorf 2016, 308). Die NutzerInnen unterscheiden sich daher in ihrem politischen Selbstverständnis und ihren Werthaltungen kaum von der gesamten Online-Population: Sie sind weder besonders politisch interessiert noch aktiv. Politik spielt, gesamt betrachtet, eine untergeordnete Rolle (Hohmann, Faas 2014, 250f, 254).

Bezüglich der vergleichsweise jungen NutzerInnen von sozialen Medien folgern Hohmann und Faas aber: „Soziale Online-Netzwerke öffnen also einen Spalt für politische Akteure, um mit einer Zielgruppe in Kontakt zu treten, die generell für Politik und klassische Massenmedien als schwer erreichbar gilt." (ebenda, 258). Voraussetzung dafür ist, dass die gepushten Inhalte entsprechend der Logik der sozialen Netzwerke aufbereitet sind. Vowe (2014, 46f) charakterisiert diese als

- Viralität (können geliked, geteilt und kommentiert werden),
- Volatilität (schneller Takt der Kommunikation macht diese flüchtiger) und
- Pluralität (leichtere, ortsunabhängige Organisation politischer Anliegen).

Unintendierte Politisierung durch Newsfeeds

Aus diesen Befunden ist allerdings nicht abzuleiten, dass soziale Netzwerke politisch folgenlos wären, denn die sozialen Medien konfrontieren ihre NutzerInnen anders als das Internet 1.0 mit politischen Inhalten. Das klassische Internet ist weitgehend ein „Pull-Medium": „Aus eigenem Antrieb heraus kommt ein Nutzer im Internet nämlich nur mit jenen Inhalten in Kontakt, die er selbst aktiv ansteuert." (Hohmann, Faas 2014, 249). Da Politik für viele BürgerInnen kein Thema von großem Interesse sei, könne man daher nicht davon

ausgehen, dass BürgerInnen diese Informationen auch gezielt aufsuchen würden.

Mit dem Web 2.0 und den sozialen Medien verändert sich das in einem zentralen Punkt. Online-Plattformen sind zwar per se nicht politisch, aufgrund der Logik von Newsfeeds werden NutzerInnen aber ohne deren aktives Zutun politische Inhalte vorgesetzt, insbesondere etwa in Wahlkampfzeiten.

Hohmanns und Faas‘ Resümee, dass politisches Handeln auf Facebook nicht allzu weit verbreitet sei, muss vielleicht in Hinblick auf das verwendete Datenmaterial und dessen Erhebungszeitpunkt (2011) ein Stück weit relativiert werden.[10] Es lässt sich argumentieren, dass die Kampagnen-Tätigkeit unterschiedlichster politischer Akteure auf sozialen Medien (vgl. folgender Abschnitt) in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Der Push-Effekt von sozialen Medien hat sich sicherlich allein schon durch die Aktivitäten dieser Akteure und das Schalten gezielter Werbung noch einmal deutlich verstärkt. Eine Analyse zur Nutzung sozialer Medien anlässlich der ersten Runde der österreichischen Bundespräsidentenwahl 2016 erkennt etwa ein hohes politisches Interesse der österreichischen Social-Media-Community.[11] Studien aus den USA zeigen, dass rege politische Debatten, etwa anlässlich der Präsidentschaftswahlen, in den sozialen Medien geführt werden. (Soo 2013, 17).

Filterblase oder Kaffeehaus?

Nach wie vor werden das Internet und seine Anwendungen von der Sorge begleitet, es könnte zur Bildung ideologisch abgeschotteter oder überhaupt privater Informationsblasen kommen – etwa durch selektiven Medienkonsum. Kersting spricht in diesem Kontext von einer Segmentierung der Öffentlichkeit und erkennt einen „… Trend zu kleinräumigen Informationsgemeinschaften (information bubbles), in denen sich Gleichgesinnte häufig hermetisch abriegeln. … Im Gegensatz zum offenen Ideenaustausch des Kaffeehauses kommt es zu geschlossenen Diskursen, die gegensätzliche Meinungen eher verdrängen als zulassen und Andersdenkende ausgrenzen (out-group hostility).“ (Kersting 2014, 81).

Mit dem Web 2.0 ist dieser Sachverhalt noch etwas komplexer geworden. Einerseits tendieren Algorithmen sozialer Medien dazu, Inhalte viel stärker als

[10] Die Daten stammen aus verbundenen Projekten, die im Kontext der Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März 2011 sowie des Volksentscheids zu Stuttgart 21 vom 27. November 2011 durchgeführt wurden. (Hohmann, Faas, 2014; 253)

[11] http://www.metacommunication.com/de/aktuelles/blog/article/2016/02/11/bpw2016-social-media-analyse-zur-bundespraesidentenwahl , zuletzt abgerufen am 19.11.2017, 14:23

etwa herkömmliche Suchmaschinen[12] auf unsere Präferenzen und Verhaltensspuren abzustimmen, was das Entstehen von sogenannten Filterblasen begünstigt.

Umgekehrt führen die Feeds auch zu „crosscutting exposure“:[13] Durch die Logik der Algorithmen werden NutzerInnen auch mit abweichenden politischen Meinungen in den sozialen Medien konfrontiert (vgl. Soo 2013, 17). Ermöglicht werde dieser Effekt durch eine höhere Anzahl sozialer Kontakte und die Wirkungsweise der sozialen Netzwerke, losere soziale Beziehungen zwischen Personen zu verdichten. NutzerInnen werden so mit Meinungen konfrontiert, die in den engeren sozialen Kreisen nicht vertreten werden.

Soo kommt in seiner Studie[14] zu dem Schluss, dass „crosscutting exposure“ das Entstehen von politischen Diskursen eher fördert denn erstickt. „This finding is particular interesting, in that it suggests that the dynamics in social media cultivate a discursive environment distinct from face-to-face interaction, allowing individuals to freely express their political viewpoints.” (ebenda, 24)

Soziale Medien im Wahlkampf

Wie die jüngsten Wahlkämpfe anlässlich der Bundespräsidentenwahlen 2016[15] und der Nationalratswahl 2017[16] zeigten, haben die etablierten Parteien gelernt die neuen Medien für ihre Zwecke zu nutzen. Davon zeugen die Kampagnen auf Facebook, Youtube oder Instagram: „Via Social Media finden Inhalte schnell in den öffentlichen Diskurs, zentrale Botschaften erlangen weite Verbreitung, Unterstützer werden zusätzlich mobilisiert. Der direkte Dialog mit den Wählern vermittelt Authentizität und Volksnähe. Und ist öffentlichkeitswirksamer als jedes Werbeplakat.“[17]

[12] http://www.slate.com/articles/news_and_politics/the_big_idea/2011/06/bubble_trouble.html, zuletzt abgerufen am 18.11.2017, 16:33;
https://www.wsj.com/articles/SB10001424052748703421204576327414266287254, 18.11.2017, 16:47

[13] Ebenso herrscht über die Qualität der online geführten Debatten Uneinigkeit, wenngleich auch die Datenlage dazu dünn ist: Die Befunden reichen von einer allgemeinen geringen Diskursqualität bis hin zu einem hohen Niveau sachlicher und argumentativer Kommunikation für Online-Beteiligungsangebote auf Bundesebene. (vgl. Kersting 2014, 81 / Kubicek 2014, 278)

[14] Online-Survey unmittelbar nach den koreanischen Präsidentschaftswahlen 2012; N=205. (Soo 2013, 19)

[15] https://kurier.at/politik/inland/analyse-so-endet-der-social-media-wahlkampf-zwischen-hofer-und-van-der-bellen/199.804.699, zuletzt abgerufen am 19.11.2017, 14:23 /
http://www.metacommunication.com/de/aktuelles/blog/article/2016/02/11/bpw2016-social-media-analyse-zur-bundespraesidentenwahl , zuletzt abgerufen am 19.11.2017, 14:23

[16] https://blog.storyclash.com/nationalratswahl-2017-auf-social-media-fpoe-fuehrt-im-finale-vor-spoe, zuletzt abgerufen am 19.11.2017, 14:25 /
https://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5287069/Wahlkampf_Parteien-setzen-auf-Facebook-auch-Dark-Posts-ein, 19.11.2017, 14:25

[17] http://www.metacommunication.com/de/aktuelles/blog/article/2016/02/11/bpw2016-social-media-analyse-zur-bundespraesidentenwahl , zuletzt abgerufen am 19.11.2017, 14:23

Die Forschung zur Effektivität sozialer Medien in der Meinungsbildung steht allerdings noch in den Startlöchern: Es gibt aber Hinweise darauf, dass WählerInnen klassischen Online-Nachrichten mehr Vertrauen schenken als Sozialen Medien (vgl. Faraon, Stenberg, Kaipainen 2014, 244f.).

Vowes These von der Entmachtung der alten Medieneliten scheint im Angesicht der jüngsten Entwicklungen verkürzt, denn: „Die medialen Gatekeeper und klassischen Politakteure sind weiterhin präsent bzw. haben es zunehmend verstanden, soziale Netzwerke als weiteren Kanal für ihre Kommunikationsstrategien zu nutzen. Zwar scheinen NGOs in der politischen Online-Kommunikation Landgewinne zu verzeichnen, dennoch gelingt es ihnen aber nur in absoluten Ausnahmefällen, eine gewichtige Stellung im Netzwerk zu erlangen.“ (Kneuer, Salzborn 2016, 2).

Der vorhegesagte Machtverlust dieser Akteure lässt sich also nur für jene traditionellen Medien-Outlets (Zeitungen, Fernseh- und Radiostationen) nachvollziehen, die den Schritt online nicht erfolgreich gehen. Die sozialen Medien stehen zwar prinzipiell einzelnen BürgerInnen offen, der Macht korporativer Akteure und deren Ressourcen haben Sie im Netz aber nur wenig entgegenzusetzen.

2 Internet und Demokratie im öffentlichen Diskurs

SORA hat im Auftrag des Bundeskanzleramts bereits in der Vorläuferstudie der vorliegenden Untersuchung (Ringler et al 2013) eine Analyse öffentlicher Diskurse rund um E-Government, Internet und Demokratie durchgeführt.

Dieses Kapitel greift die genannten Ergebnisse auf und untersucht, wie sich der öffentliche Diskurs seit dem Jahr 2011/2012 verändert und weiter entwickelt hat. Im Mittelpunkt steht dabei erneut die Frage nach den diskutierten Themen, nach Pro- und Contra-Argumenten, Forderungen, Kritikpunkten, Hoffnungen und Befürchtungen im Zusammenhang mit E-Government sowie E-Demokratie.

Vorbemerkung zur Methodik

Die folgende empirische Untersuchung basiert auf etablierten Ansätzen der qualitativen Textanalyse (vgl. Mayring 2000, Kuckartz 2007, Altheide 1996) und der Wiener diskurs-historischen Schule. Im Sinne der methodischen Grundlagen dieser Ansätze (Fairclough, Wodak 1997, 258-284, vgl. Wodak,Meyer 2001) wird nicht von vorgefertigten, standardisierten Analysekategorien ausgegangen, sondern werden dem Gegenstand angemessene analytische Verfahren in der Auseinandersetzung mit dem Material entwickelt. Sowohl corpus-building als auch Auswertung entwickeln sich prozesshaft.

Ziel der qualitativen Analyse ist einerseits der breite Überblick über den Diskurs zu „Internet und Demokratie“ in den untersuchten Diskursebenen, andererseits eine gegenstandsnahe Analyse ausgewählten, besonders aussagekräftigen Textmaterials. Aussagen über die statistische Verteilung von Merkmalen (Themen, Bewertungen, Argumentationen) im Korpus werden hingegen nicht angestrebt.

Einem probabilistischen Sampling wird folglich das stark auf inhaltliche Relevanz abzielende *theoretical sampling* vorgezogen. Diese im Jahr 1967 von Barney Glaser und Anselm Strauss entwickelte Methodik zeichnet sich durch ein schrittweises Verfahren des *corpus-building* (d.h. der Suche und Auswahl relevanten Textmaterials) aus, wobei von einer anfänglichen Offenheit der Suchkriterien im Verlauf des Forschungsprozesses zu einem fokussierteren Sampling übergegangen wird. Ausgewählt wird daher Material, das (a) ein Maximum an Information (sowohl quantitativ als auch qualitativ) hinsichtlich der Analysekategorien beinhaltet und (b) eine möglichst große Vielfalt unterschiedlicher Typen innerhalb der Kategorien einbringt.

2.1 Der mediale Diskurs zu E-Government

Bereits in der genannten Diskursanalyse aus dem Jahr 2011/12 wurde festgehalten, dass E-Government für Massenmedien keine besonders zugkräftige Schlagzeile ist. Dieser Befund bleibt auch fünf Jahre später aufrecht: 127 Treffer ergab eine Stichwortsuche nach „E-Government“ in der Suchmaschine APA Online Manager Library in österreichischen Tages- und Wochenzeitungen[18] für den Zeitraum 1.1.2016 bis 25.10.2017. – Zum Vergleich: In demselben Zeitraum ergibt etwa das Stichwort „Datenschutz“ 1.398 Treffer.

Tabelle 1: Umfang des Korpus 2011/12 und 2016/17

Stichwort	Treffer
„E-Government“ 1.1.2011 – 25.10.2012	103
„E-Government“ 1.1.2016 – 25.10.2017	124

Anm.: Basis der Tabelle sind jeweils Datenbanksuchen den denselben Printmedien Der Standard, Die Presse, Falter, Heute, Kleine Zeitung, Kurier, Neue Kronen Zeitung, News, Österreich, Profil, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Wiener Zeitung.

Die thematische Analyse des aufgrund der Stichwortsuche nach „E-Government“ gebildeten Korpus[19] ergibt – in absteigender Reihenfolge – folgende Hauptthemen der Berichterstattung:

- Neue Services und ihr Nutzen (Vereinfachung, Effizienz, Bürgernähe, umfassende Information etc.)
- Datenschutz und (Daten-)Sicherheit sowie (in geringerem Ausmaß) das Thema staatlicher Überwachung
- BürgerInnenbeteiligung und Demokratie (s. dazu Abschnitt 2.2)
- Notwendigkeit von Internetkompetenzen bei den BürgerInnen – eine Herausforderung für das Bildungssystem
- Sonstige Themen: Blockchain, die Digitalisierung des Justizwesens, Usability, nötige Investitionen in Infrastrukturen und Technologien

Im Zeitvergleich bleibt in der Debatte damit das Nutzenargument (E-Government bringt Effizienz und Kostenersparnis) zentral, auf der anderen Seite haben aber die Themen Datenschutz und (Daten-)Sicherheit an Bedeu-

[18] Gesuchte wurde in folgenden Medien (Anzahl der Datenbanktreffern in Klammern): Die Presse (32), Wiener Zeitung (24), Kurier (15), Der Standard (12), Kleine Zeitung (11), Tiroler Tageszeitung (10), Kronen Zeitung (7), Salzburger Nachrichten (6), Heute (4), Wirtschaftsblatt (3), Falter (1), News (1), Profil (1).

[19] In die Analyse aufgenommen wurden insgesamt 160 bis zum 1.11.2017 erschienene Texte. Über die genannten Medien hinaus wurden auch Artikel in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ sowie Beiträge in ORF-Fernsehen und ORF-Radios (Basis: Transkripte in APA Online Manager Library) berücksichtigt.

tung dazugewonnen – wohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund zahlreicher nationaler und internationaler Ereignisse in den vergangenen Jahren.

Darüber hinaus hat sich der Diskurs thematisch ausdifferenziert, d.h. neue Themen wie die elektronische Identität, Internetkompetenzen, Blockchain oder die Digitalisierung des Justizwesens sind hinzugekommen.

Nutzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Wie bereits in der Analyse des Diskurses rund um E-Government in den Jahren 2011/12 ist auch im Korpus 2016/17 das Nutzenargument zentral. E-Government wird also kaum mit gesellschaftlichen Werten oder moralischen Fragen in Verbindung gebracht, sondern rein zweckrational bewertet, wobei ein Nutzen sowohl für die Verwaltung selbst als auch für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger gesehen wird.

Für die Wirtschaft stehen dabei in den untersuchten Medienbeiträgen vor allem die Vereinfachung von Vorgängen und die damit verbundene Kostenersparnis im Vordergrund. Aber auch der Faktor Zeit spielt eine Rolle, denn E-Government mache Vorgänge für die Unternehmen schneller. Häufig wird in diesem Kontext von *Effizienzsteigerungen* und *Effizienzgewinnen* gesprochen – insgesamt 23 Mal kommt der Wortstamm „effizient“ im untersuchten Korpus vor. Weitere positive Effekte auf die Wirtschaft, etwa im Sinne von neuen Märkten oder Innovationen, werden hingegen nur vereinzelt angesprochen.[20]

Auch für die Verwaltung bringe E-Government Vereinfachung und Kostenersparnis. Darüber hinaus würden aber auch neue Formen der Zusammenarbeit möglich, sowohl innerhalb der Verwaltung, als auch zwischen der öffentlichen Hand und privaten Partnern. – Sorgen hinsichtlich Jobverlust werden in diesem Zusammenhang im Korpus nicht thematisiert.

Für die Bürgerinnen und Bürger tritt zu dem genannten Effizienzgedanken noch der Komfortaspekt hinzu: E-Government erspare Amtswege, stehe rund um die Uhr zur Verfügung und spare beim Bürger daher Zeit und Mühe.

> „Es geht darum, den Menschen das Leben leichter zu machen.“[21]

Vereinzelt wird im untersuchten Korpus schließlich auch Kritik geübt und Zweifel an der Kostenersparnis von E-Government geäußert.

- So stünde den Einsparungen auf der einen Seite auf der anderen Seite ein Bedarf an Investitionen in Infrastruktur und Kompetenzen gegenüber.[22]

[20] Beispiel: Andrea Lehky, Leviathan sucht Geschäftsideen. Die Presse, 16.09.2017, 78.
[21] Interview mit Muna Duzdar. Wiener Zeitung Nr. 108, 03.06.2017, 17.

- Die Verwaltung gebe Einsparungen nicht an Betriebe und Bürger weiter.[23]

Internationale Position: Österreich noch an der Spitze?

Internationale Vergleiche spielen im untersuchten Korpus eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Qualität der österreichischen Verwaltung in Sachen E-Government einzuschätzen und zu bewerten.

Grundsätzlich herrscht dabei in den untersuchten Medien ein positiver Tenor vor – E-Government ist kein Themenbereich, wo die Journalistinnen und Journalisten harsche Kritik an Politik und Verwaltung austeilen würden. Das gilt sowohl für die Bundesebene, als auch die genannten Landes- und Stadtverwaltungen. Als objektive Referenzpunkte für diese gute Bewertung werden unter anderem die Erhebungen der EU-Kommission herangezogen, so die „E-Government Benchmark 2016“ und der „Digitalisierungs-Index“ 2017. Insbesondere das gute Abschneiden im Vergleich zu Deutschland wird dabei medial mehrfach herausgestrichen.

Auf der anderen Seite gibt es auch kritischere Einschätzungen, wonach Österreich zwar in der Vergangenheit „Vorreiter“, „Pionier“ und Exporteur von E-Government gewesen sei, aber mittlerweile in Teilbereichen an Boden verloren habe:

> Wo stehen wir jetzt? Laut OECD hinkt Österreich nach, liegt in vielen Punkten aber trotzdem über dem Schnitt der 35 Industrienationen. "Österreich war Anfang der 2000er-Jahre Europameister beim E-Government. Die anderen Länder haben dann durch hohe Investitionen weite Sprünge gemacht, während wir uns seither langsamer vorwärts bewegen", erklärt Wirtschaftsminister Mahrer – selbst ein Freund des handgeschriebenen Notizbuches und der Papierzeitung.[24]

Als neue Vorbilder in diesem Bereich wird zum einen Großbritannien genannt,[25] zum anderen die Länder Estland und Finnland, die immer wieder auch von VertreterInnen der Verwaltung selbst als führend genannt werden.

[22] Beispiel: „Laut Studien hält sich das Einsparungspotenzial durch Digitalisierung für den Staat aber in Grenzen, erklärt Mahrer: ‚Was man am Verwaltungsapparat einspart, sollte man 1:1 in Innovationen investieren. Darüber hinaus braucht es laufend hohe Summen, um für unsere Schulen, Betriebe und Gesundheitseinrichtungen die bestmögliche Technologie bereitzustellen und am Ball zu bleiben.“ (Kurier, 21.08.2017, 3)

[23] Beispiel: „Dass E-Zustellung nur die Hälfte des 20-Gramm-Briefs kosten soll, regt die Wirtschaftskammer auf, sie sieht darin eine Diskriminierung des teureren analogen Behördenwegs. Auch gebe die Verwaltung die via E-Government lukrierten Einsparungen nicht in Form von Abgaben- und Gebührensenkungen an Betriebe und Bürger weiter. Im Gegenteil, die Betriebe blieben auf den umstellungsbedingten Kosten sitzen.“ (Der Standard, 27.02.2017, 13)

[24] Staat braucht Schubs in die Zukunft, Kurier, 21.08.2017, 3.

[25] Web-Plattform statt Amtsstube. Kurier, 27.03.2017, 13.

Smarter Staat braucht smarte BürgerInnen

Seit der Diskursanalyse 2011/12 wurden E-Government-Anwendungen weiter ausgebaut und haben weitere Teile der Gesellschaft durchdrungen. Vermutlich ist es eine Folge dieser Entwicklung, dass im Mediendiskurs der Jahre 2016/17 erstmals auch das Thema der Internetkompetenzen aufgeworfen wird: „Eine smarte Gemeinde braucht smarte Gemeindemitglieder", heißt es etwa in einem Artikel in der Wiener Zeitung vom 19.7.2017.[26]

Hier verknüpft sich der Diskurs über E-Government mit einem breiteren Diskurs über Bildung, Digitalisierung und die notwendigen Kompetenzen. So fand sich im Wahlprogramm der ÖVP zur Nationalratswahl 2017 u.a. die Vermittlung von digitalen Grundkompetenzen für ältere Menschen sowie für Klein- und Mittelbetriebe. SPÖ, Grüne und NEOS forderten digitale Grundbildung an den Schulen bzw. die Vermittlung von Medienkompetenz.

Digitalisierung wird in diesem Zusammenhang als fortschreitender und unaufhaltsamer Prozess gesehen, an den sich die Gesellschaft und ihre Institutionen letztlich anpassen müssen. Bildung und Weiterbildung sind ein Teil davon. Sie sollen einerseits die Humanressourcen heben und andererseits dafür sorgen, dass die Bevölkerung an den neuen Entwicklungen möglichst breit teilhaben kann.

Zentrale Sorgen: Sicherheit und Datenschutz

Die Diskussion von Themenbereichen des E-Government in Verbindung mit Sicherheitsbedenken und Fragen des Datenschutzes steht im Zusammenhang mit einem breiten Diskurs über Internet- und Datensicherheit, der immer wieder durch aktuelle Ereignisse wie Hackerangriffe und Fälle von Cyber-Kriminalität angetrieben wird.

In den Untersuchungszeitraum fällt beispielsweise der massive Cyberangriff durch die Schadsoftware „WannaCry" im Mai 2017. Angriffe wie dieser liefern weiteres Futter für die in der Bevölkerung seit Jahren bestehenden Sorgen und bleiben auch medial im Gedächtnis, wie beispielsweise ein Bericht von Heinz Waller im Profil vom 11.9.2017 zeigt:

> … die Cyber-Attacke machte der ganzen Welt erschreckend klar, wie verwundbar die digitalisierte Gesellschaft inzwischen geworden, wie leicht sie in Geiselhaft zu nehmen ist. Je mehr die Vernetzung durch das Internet der Dinge, durch Smartphones, Smart Homes, Smart Cities oder E-Cash und **E-Government** [Hervorh. durch SORA] voranschreitet, desto mehr wird auch offenbar, dass solche Angriffe wahrscheinlich erst der Anfang der Schreckensszenarien sind. Nicht

[26] Anke Knopp, Vernetzt, intelligent, digital. Wiener Zeitung Nr. 139, 19.07.2017, 11.

> auszudenken, wenn es den Hackern nicht bloß um Lösegeld (…) geht, sondern um die Lähmung kritischer Infrastruktur, wenn sie die Stromversorgung kappen, Züge entgleisen lassen, Spitäler abschalten, kurzum das öffentliche Leben zum Stillstand bringen.[27]

E-Government steht im untersuchten Korpus allerdings nicht im Zentrum dieses Diskurses und der entsprechenden Negativszenarien, sondern wird eher als Randthema erwähnt. Dennoch: An der Sicherheitsfrage kommt auch im Zusammenhang mit E-Government aktuell niemand vorbei, denn sie wird bei allen Fragen von neuen Services und Anwendungen immer mitgedacht: „Bleibt natürlich die Frage nach der Sicherheit", heißt es etwa in einem Artikel zum Thema elektronischer Identität in den Oberösterreichischen Nachrichten.[28] – Immer weniger dürfte es daher ausreichen, diese Sicherheit von E-Government-Anwendungen einfach nur zu behaupten, sondern: Sicherheitsstandards müssen tatsächlich transparent, nachvollziehbar und verständlich gemacht werden.

Weitere diskursive Ereignisse neben WannaCry, die im Untersuchungszeitraum mit Fragen von Sicherheit und Datenschutz in Zusammenhang gebracht wurden, waren die von der Regierung für Betriebe ab 2020 angestrebte verpflichtende elektronische Zustellung von Amtspost, das Pilotprojekt „Identity Austria" sowie die Ende April 2017 in Begutachtung geschickte Neufassung des E-Government-Gesetzes.

Kritische Äußerungen in diesem Kontext betreffen einerseits die Frage der Sicherheit vor Hacker- und Cyberangriffen, andererseits vor dem Missbrauch der Daten durch die Behörden selbst. Die Stimmen von kritischen Akteuren wie DatenschützerInnen bleiben in diesem Zusammenhang im untersuchten Korpus allerdings noch klar in der Minderheit.

Eine ganz andere Sorge wird schließlich vereinzelt von VertreterInnen der Verwaltung geäußert, nämlich dass die Auflagen für den Datenschutz den Grundgedanken der höheren Effizienz und Vereinfachung durch E-Government konterkarieren könnten.

[27] Heinz Waller, Die Todessterne der Hackergalaxis. Profil Nr. 37, 11.09.2017, 38.
[28] Führerschein und Pass auf Handy, Oberösterreichische Nachrichten, 05.05.2017, 28.

2.2 Der mediale Diskurs zu E-Demokratie

Drei zentrale Schlussfolgerungen wurden im Rahmen der 2011/12 durchgeführten Diskursanalyse zum Thema E-Demokratie formuliert:

- Die JournalistInnen der untersuchten österreichischen Medien bewerten elektronische Demokratie äußerst positiv und schreiben ihr große Potentiale zur Verbesserung der Demokratiequalität zu.
- Mögliche negative Aspekte werden hingegen in den untersuchten Medien 2011/12 kaum thematisiert.
- Der Diskurs zu diesem Thema ist noch wenig tief gehend und ausdifferenziert, d.h. er wird sich in den folgenden Jahren noch deutlich verändern.

Die aktuelle Analyse des Diskurses 2016/17[29] bestätigt diese für fünf Jahren formulierte These, denn in der Tat hat sich die mediale Debatte rund um elektronische Demokratie, Online-Partizipation bzw. Internet und Demokratie im Allgemeinen mittlerweile stark verändert.

Dies liegt nicht zuletzt an starken Veränderungen der politischen Kontexte: So waren vor fünf Jahren insbesondere der Aufstieg der Piratenpartei als neuem politischen Akteur sowie eine breite Debatte zur Demokratiereform, in deren Rahmen auch der Einsatz neuer Medien eine Rolle spielte, prägend gewesen.

Im Jahr 2017 ist hingegen die Piratenpartei zur österreichischen Nationalratswahl nicht mehr angetreten. Und Vorschläge zur elektronischen Demokratie spielten im Nationalratswahlkampf keine Rolle, während FPÖ und ÖVP in ihren Wahlprogrammen vielmehr klassische Formen der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild aufgenommen hatten.

Fake News und die Krise der „vierten Gewalt“

Die größte Veränderung des Kontextes bedeutete jedoch die zumindest seit 2015 global geführte Debatte rund um Fake News, Filterblasen, Social Bots und die gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung:

- So ergibt die Suche nach dem Stichwort „Fake News“ in österreichischen überregionalen Tageszeitungen und den ORF-Nachrichten[30] im Zeitraum

[29] Gesucht wurde im Zeitraum vom 1.11.2016 bis zum 1.11.2017 in den Medien Standard, Presse, Falter, Heute, Kleine Zeitung, Kronen Zeitung, Kurier, OÖ Nachrichten, Österreich, Profil, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Vorarlberger Nachrichten, Wiener Zeitung sowie den ORF-Transkripten. Verwendet wurden unterschiedliche Kombinationen der Stichworte Internet*, Social Media, Bürger*, digital*, Demokratie, E-Voting, online, Beteiligung, Partizipation und Mitbestimmung.

[30] Suche in der APA Online Manager Library, in den Zeitungen Standard, Presse, Kurier, Krone, Österreich sowie den ORF-Transkripten.

vom 1.1. bis zum 31.10.2013 lediglich 1 Treffer. – Im Zeitraum vom 1.1. bis zum 31.10.2017 beträgt die Trefferzahl hingegen 880 Artikel.

Dieses Thema und entsprechende Enthüllungen zum Beispiel im US-Wahlkampf oder rund um die Brexit-Abstimmung in Großbritannien haben die Wahrnehmung elektronischer Demokratie deutlich verändert. Der große technologische Optimismus der Jahre 2011/12 – der Internet-Demokratie gehöre die Zukunft – ist einer vorsichtigen bis kritischen Auffassung gewichen: „Die Manipulationsmöglichkeiten und die Fragmentierung der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien haben die Hoffnung auf neue direktdemokratische Möglichkeiten durch ‚elektronische Demokratie' bis auf Weiteres zerstört", so etwa der Historiker Thomas Angerer in einem Gastkommentar in der Presse vom 21.9.2017.[31]

Die hier formulierte Enttäuschung prägt den untersuchten Diskurs über weite Strecken, wie folgende beispielhafte Zitate zeigen:

> (…) die "demokratische Utopie" von einer Belebung der Demokratie durch das Internet sei abgesagt. "Auch im Netz wirken die Emotionen und Schlüsselreize wie Neid, Angst, Gier, Fremdenfeindlichkeit, während die Sachinformation es schwer hat", sagte der OÖN-Chefredakteur.[32]

> Aus dem globalen Marktplatz der Ideen und der Telepolis, auf der die Bürgerinnen und Bürger sich zusammenfinden und in einer neuen Art der „liquid democracy" ihre Interessen wahren und vom Konflikt zur Kooperation finden, ist nix geworden. Anstatt eines lebhaften Diskurses, in dem die Userinnen und User respektvoll miteinander umgehen, diskutiert man heute über Cyberbullying und Hass im Netz.[33]

> Das Internet hat unsere Gesellschaft auf den Kopf gestellt und alle Lebensbereiche massiv verändert. Das gilt auch für Sprache und deren Verwendung. Neben neuen Wörtern hat ein alarmierendes Phänomen in Foren Einzug gehalten: Hasspostings und Fake News. Jeder kann so gut wie alles behaupten und ungeprüft Halbwahrheiten, Falsch-und Horrormeldungen weltweit verbreiten.[34]

> Es geht uns wie dem Zauberlehrling. Die rechtlichen, technischen und vor allem ethischen Voraussetzungen für den Umgang mit diesen Neuen Medien fehlen größtenteils.[35]

> Das Internet, das gestartet ist als Mobilisierungsmittel der Demokratie, hat sich in eine Vernebelungsmaschine verwandelt, die die demokratische Öffentlichkeit zu zerstören droht.[36]

[31] Thomas Angerer, Mehr Demokratie oder nur mehr Demagogie?, Die Presse, 21.9.2017, 28.
[32] „Wozu überhaupt noch Medien?", Oberösterreichische Nachrichten, 27.09.2017, 3.
[33] „Digitale Hausbesetzer", Wiener Zeitung, 16.8.2017, 21.
[34] Susanna Riess, „Österreich hat wichtigen Schritt nach vorn getan", Die Presse, 24.06.2017, 2.
[35] Hannes Androsch, „Es geht uns wie dem Zauberlehrling", Die Presse, 24.06.2017, 3.

Drei Themenkomplexe werden in diesem Zusammenhang im untersuchten Zeitraum insbesondere diskutiert:

6. **Medienqualität**: Gegenüber Internet und Social Media erscheinen die klassischen Medien aus heutiger Sicht vielfach als Ort des seriösen Journalismus und der zivilisierten Debatte. Diese Qualitätskriterien gelte es einerseits zu bewahren bzw. zu stärken. Andererseits sollten sie soweit wie möglich auch auf Online-Medien ausgeweitet werden.
7. **Kontrolle und Regulierung**: Skrupellose Akteure würden den derzeit weitgehend unkontrollierten Raum des Internet gezielt nutzen, um mittels Gerüchten und Unwahrheiten die öffentliche Meinung zu manipulieren. Hier gelte es, durch Regulierung und Kontrolle entgegen zu wirken um die Aushöhlung der Demokratie hintanzuhalten.
   Hier gelte es unter anderem auch, mit den Mitteln des Strafrechts neue Phänomene wie Cybermobbing oder Hass und Hetze im Netz in den Griff zu bekommen.
8. **Die Macht der Internet-Konzerne**: Die Digitalisierung habe die demokratische Machtverteilung verschoben und mit Konzernen wie Google und Facebook neue Machtzentren hervorgebracht, die es im Sinne der BürgerInnen einzuschränken gelte.

Digitalisierung ermöglicht mehr Partizipation und Bürgernähe

Während die Diskussion um Internet und Demokratie im Allgemeinen im Vergleich zu 2011/12 eine deutlich negative Schlagseite angenommen hat, sind auf der anderen Seite auch zahlreiche konkrete Beispiele der gelungenen Online-Partizipation im medialen Diskurs präsent.

Dies sind erstens Beispiele der digital vermittelten Kommunikation zwischen Politik bzw. Verwaltung und BürgerInnen – beispielsweise durch die Nutzung von Social Media oder durch Handy-Apps.

Noch häufiger werden im untersuchten Korpus zweitens Beispiele der Online-Partizipation wie Bürgerbefragungen oder Online-Petitionen genannt:

- Sieben solche Beteiligungs-Beispiele finden sich auf Bundesebene, fünf auf Länderebene und sogar 17 Beispiele auf kommunaler Ebene.

Damit sind Formen der Online-Partizipation insbesondere auf kommunaler Ebene gegenüber 2011/12 medial deutlich präsenter geworden. Insgesamt 65 Mal kommt etwa die Wortverbindung „Online-Petition“ im untersuchten Korpus vor – das ist noch deutlich häufiger als „Fake News“ mit 26 Vorkommen.

[36] „Die liberale Demokratie ist in der Zwickmühle“, Salzburger Nachrichten, 04.02.2017, 3.

Die Valenz der Berichterstattung über diese konkreten Formen der Online-Partizipation reicht von neutral bis positiv. Das Internet gilt hier beispielsweise als ein Mittel, um bestimmte Zielgruppen wie Jugendliche besser in die Politik einzubinden und generell die Teilhabe zu erhöhen:

> Seit Kurzem können sich die Österreicher direkt in die Begutachtung eines Gesetzesentwurfs einbringen und ihre Anmerkungen hinterlassen. Weitere Modelle der politischen Teilhabe wären laut Grünbuch möglich, zum Beispiel bei der Stadtplanung. Auch Mayer glaubt, dass es mehr „direktdemokratische Elemente" braucht. Im 21. Jahrhundert dürften Politiker keine Angst vor Bürgerbeteiligung haben. Grenzen sollte es dennoch geben.[37]

Sicherheit, Datenschutz und Überwachung

Ein dritter Themenkomplex, der im Zusammenhang mit E-Demokratie diskutiert wird, dreht sich schließlich um Fragen von Sicherheit, Datenschutz und (staatlicher) Überwachung.

Anders als die beiden oben zusammengefassten Themenbereiche handelt es sich hier um einen schwächer ausgeprägten und wenig konturierten Diskurs, d.h. es haben sich hier noch keine starken und weit verbreiteten Argumente herauskristallisiert.

Die Valenz des Diskurses ist generell kritisch, d.h. es werden mögliche Bedrohungen der Demokratie hervorgehoben. Die wichtigsten sind:

1. **Sicherheit/Kriminalität**: Mit der Digitalisierung werden auch unsere demokratischen Institutionen und Verfahren angreifbar. So können beispielsweise Hacker und Kriminelle gezielt Wahlkämpfe manipulieren.[38]
2. **Privatheit**: „Schutz der Privatheit heißt Schutz der Demokratie", so Welf Schröter, Leiter des Forum Soziale Technikgestaltung des DGB , in einem Standard-Interview.[39] Kritisch diskutiert werden in diesem Zusammenhang Maßnahmen der staatlichen Überwachung wie Spionagesoftware und Vorratsdatenspeicherung, aber auch der Schutz personenbezogener Daten im Allgemeinen.[40]

[37] „Digitalisierung macht vor der Demokratie nicht Halt", Vorarlberger Nachrichten, 04.10.2017.

[38] „Ebenso müsste Angriffen auf demokratische Prozesse oder politische Institutionen entgegengewirkt werden. Hohe Sicherheitsstandards, aber auch Schulungen für Parlamentarier oder öffentlich Bedienstete seien nötig, um Hackern oder Schadsoftware Einhalt zu gebieten." (Vorarlberger Nachrichten, 04.10.2017)

[39] Der Standard, 23.09.2017, 3.

[40] „Etwa muss ich sicher sein können, dass meine Daten geschützt sind, denn sie verraten alles über mein Leben. Wenn sie offen sind, gebe ich anderen Macht über mein Leben." (Interview mit Yvonne Hofstetter, Wiener Zeitung, 28.12.2016, 24)

E-Voting kontrovers diskutiert

Seit der erstmaligen Durchführung von E-Voting bei den ÖH-Wahlen im Mai 2009 wurde dieses Thema in den österreichischen Printmedien nur kursorisch und mit geringer Intensität thematisiert.

Erst mit der Aufhebung des zweiten Wahlgangs der Bundespräsidentschaftswahl 2016 erlebte E-Voting unter anderem aufgrund von Vorschlägen der ÖVP eine Rückkehr auf die mediale Agenda.[41]

Entsprechende Vorschläge wurden in der Folge von den politischen Parteien und in den Medien kontrovers diskutiert. Eine Einigung auf konkrete Reformen in diese Richtung konnte allerdings nicht erzielt werden.

Die Analyse des medialen Diskurses im Jahr 2017 spiegelt dabei ein hochgradig diverses Meinungsbild wider, das von prononcierter Befürwortung über Erörterungen von Pro und Contra bis zur pauschalen Ablehnung reicht.[42]

Von BefürworterInnen wird in diesem Zusammenhang immer wieder als Positivbeispiel Estland angeführt und argumentiert, dass E-Voting langfristig der modernen, digitalen Gesellschaft am besten entspreche. Auch eine Erhöhung der Wahlbeteiligung und die Erleichterung der Wahl für AuslandsösterreicherInnen werden als Argumente eingebracht.

KritikerInnen verweisen hingegen auf Sicherheitsbedenken, mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung und technologische Schwierigkeiten.

Nach einem letzten Höhepunkt dieser Debatte im Mai 2017 ist es inzwischen um E-Voting in den Massenmedien wieder ruhig geworden. Es kann allerdings erwartet werden, dass dieses Thema bei entsprechenden neuen Anlässen bzw. Forderungen wichtiger Akteure wiederum mit ähnlichen Pro- und Kontra-Argumenten auf die Agenda kommen wird.

[41] Zwischen 1.6.2016 und 31.10.2017 ergibt eine Suche in der APA Online Manager Library nach „E-Voting“ in den Medien Standard, Presse, Krone, Kurier, Österreich und den ORF-Transkripten 118 Treffer.

[42] Vgl. auch ein Symposium des Bundesrats zum Thema Digitalisierung und Demokratie im Oktober 2017 (https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171004_OTS0239/br-symposium-zu-digitalisierung-und-demokratie-e-voting-umstritten-partizipation-soll-forciert-werden).

3 Ergebnisse der quantitativen Bevölkerungsbefragung

3.1 Methodische Vorgangsweise

Für die hier vorgestellte quantitative Studie wurden sowohl InternetnutzerInnen (OnlinerInnen) als auch NichtnutzerInnen (OfflinerInnen) in Österreich befragt. Um diese beiden Zielpopulationen in ausreichend großer Zahl zu erreichen, wurde ein Methodenmix von telefonischer Befragung (Computer-Assisted-Telephone-Interviews, CATI) und Online-Befragung (Computer-Assisted-Web-Interviews, CAWI) gewählt. Als Zielgruppe wurde die österreichische Wohnbevölkerung ab 15 Jahren definiert.

- Die Gesamtstichprobe beträgt n=1977 Personen, die im Zeitraum 26.09.-11.10.2017 befragt wurden.[43]
- Aufgrund dieses Befragungszeitraums im Vorfeld der Nationalratswahl 2017 ist von einer erhöhten Aufmerksamkeit der Befragten für Politik und einer erhöhten Beteiligung am politischen Diskurs auszugehen.[44]

Gewichtung

Die Befragungsdaten wurden im Rahmen eines dreistufigen Gewichtungsverfahrens zuerst nach repräsentativen soziodemografischen Kriterien[45] (Alter, Geschlecht und Bildung, entsprechend den aktuellsten verfügbaren Daten) gewichtet. Zusätzlich wurden die soziodemografischen Merkmale der Befragten aus der CATI-Stichprobe zur Parallelisierung der CAWI-Stichprobe herangezogen, da SORA davon ausgeht, dass die telefonische Erhebung die soziodemographischen und individuellen Merkmale der Grundgesamtheit besser reproduzieren kann als eine reine CAWI-Stichprobe, die aufgrund des vorab durchgeführten Rekrutierungsprozesses in ein Online-Panel keine reine Zufallsstichprobe ist.

Schlussendlich wurde das Verhältnis von InternetnutzerInnen und NichtnutzerInnen durch Zuhilfenahme repräsentativer Vergleichsdaten[46] an den Stand der Internetnutzung im Jahr 2016 (die zum Zeitpunkt der Studienerstellung aktuellsten verfügbaren Daten) angepasst. 2016 nutzten 84% aller ÖsterreicherInnen das Internet.

Die Ergebnisse der quantitativen Studie sind geeignet, detaillierte Profile von InternetnutzerInnen in Österreich hinsichtlich Nutzungsintensität, Zugangsweisen,

[43] Davon n=700 CATI und n=1.277 CAWI.
[44] Auch die Vorgängerstudie (22.1. bis 12.2.2013) wurde im Kontext eines bundesweiten Urnengangs, nämlich der Volksbefragung über die Wehrpflicht vom 20.1.2013 durchgeführt. Die Nationalratswahl fand in diesem Jahr am 29.9.2013 statt.
[45] Quelle: Statistik Austria: Mikrozensus 2015, Bildungsstandsregister 2015.
[46] Quelle: Statistik Austria: IKT-Einsatz in österreichischen Haushalten 2016.

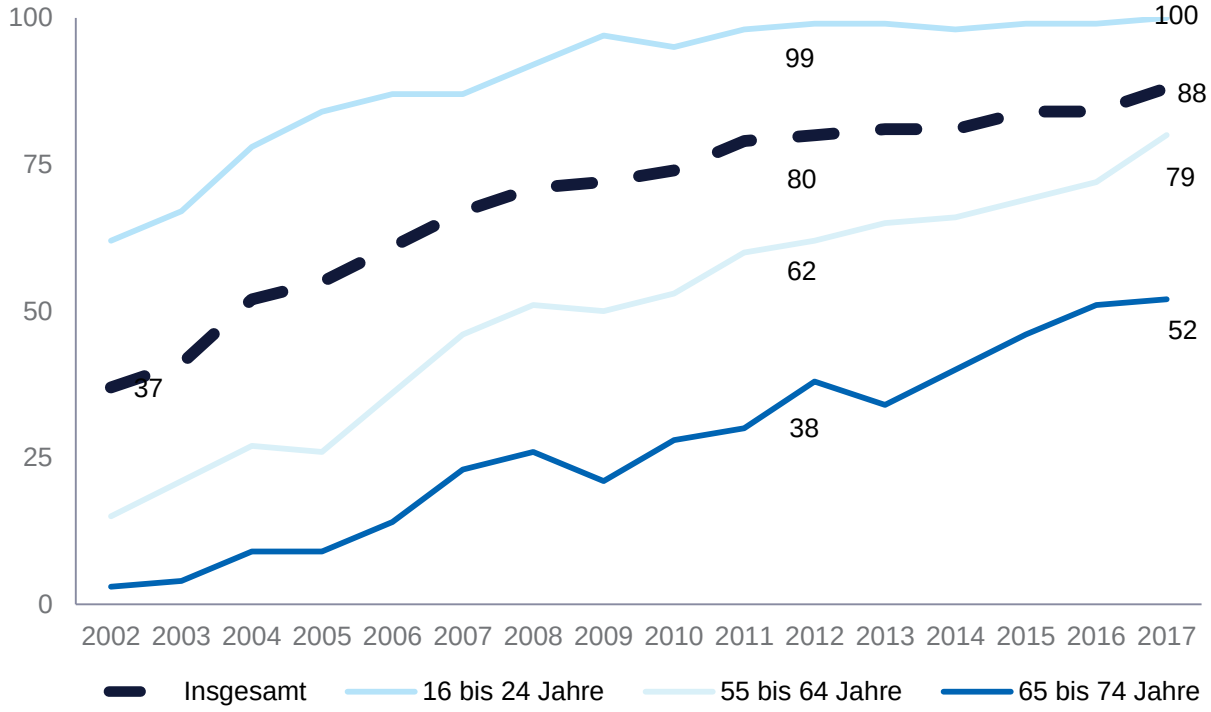
Informationsverhalten, aber auch politisch relevanten Einstellungen und Verhaltensweisen zu erstellen. Innerhalb der gebildeten Typologien können Häufigkeitsverhältnisse und statistische Zusammenhänge als repräsentativ für die jeweilige Gruppe angesehen werden. Auch Vergleiche der Gruppen untereinander sind möglich. [47] Zeitvergleiche mit der SORA-Vorgängerstudie von Ringler et al (2013) können aufgrund von unterschiedlichen Gewichtungsansätzen und Unterschieden bei der Definition der OfflinerInnen nur innerhalb der Subgruppen von OnlinerInnen und OfflinerInnen vorgenommen werden, jedoch nicht für die Gesamtbevölkerung.

3.2 Internet-Nutzungsverhalten

3.2.1 Internetnutzung und Nichtnutzung

Die Statistik Austria publiziert regelmäßig Daten zur IKT-Nutzung in Haushalten (Statistik Austria 2017), die zum Teil auch in der vorliegenden Studie als Hintergrundinformationen genutzt wurden. Die Ergebnisse der Statistik Austria beziehen sich auf die österreichische Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren.

Abbildung 2: Internetnutzung in Österreich 2002-2017



[47] Aufgrund des hohen Anteils der CAWI-Methodik in der Stichprobe ist eine vorsichtige Interpretation der Daten dann angezeigt, wenn Aussagen nicht nur über InternetnutzerInnen, sondern über die Gesamtbevölkerung (inklusive Offliner) getroffen werden sollen.

Anm.: Quelle: Statistik Austria IKT-Einsatz in Haushalten 2002-2017. Grundgesamtheit: Österreichische Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren.

Demnach ist die Internetnutzung in Österreich seit 2002 stark gestiegen. 2012 gaben 80% der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren an, das Internet in den letzten drei Monaten genutzt zu haben. Drei Viertel dieser Bevölkerungsgruppe taten dies jeden oder fast jeden Tag, 19% mindestens ein Mal und 5% weniger als ein Mal die Woche.

Zwischen 2012 und 2017 ist der Gesamtanteil der InternetnutzerInnen unter der österreichischen Bevölkerung noch einmal um weitere 8 Prozentpunkte auf rund 88% angestiegen. Der Anstieg vollzog sich besonders in den älteren Bevölkerungsschichten: Bei den 55- bis 64-Jährigen stieg die Internetnutzung um 17 Prozentpunkte auf 79% an. Bei den 65- bis 74-Jährigen betrug der Anstieg 13 Prozentpunkte, das entspricht einem Drittel mehr InternetnutzerInnen in dieser Altersgruppe.

Dabei verwenden bereits 84% der NutzerInnen das Internet unterwegs (d.h. außerhalb des Haushalts oder der Arbeit) über Laptops, Tablets oder Smartphones.[48]

[48] Quelle: Statistik Austria IKT-Einsatz in Haushalten 2002-2017. Grundgesamtheit: Österreichische Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren

3.2.2 Soziodemografie von InternetnutzerInnen und OfflinerInnen

Die wesentlichen Unterschiede zwischen österreichischen InternetnutzerInnen und NichtnutzerInnen im Jahr 2017 betreffen Alter, Geschlecht und Bildung, sowie in weiterer Folge Berufstätigkeit.

Das Altersspektrum der InternetnutzerInnen umfasst mittlerweile die gesamte Bandbreite der österreichischen Bevölkerung, wobei die unter 45-Jährigen mit 57% Anteil deutlich in der Mehrheit sind. OfflinerInnen sind hingegen zu 72% Prozent über 64 Jahre alt, etwas mehr als ein Fünftel (22%) ist zwischen 55 und 64 Jahre alt. OfflinerInnen unter 55 sind mit 5% sehr selten. Wenig überraschend sind Offlinerinnen dementsprechend sehr häufig (zu 83%) in Pension, während dies nur auf ein knappes Fünftel (18%) der InternetnutzerInnen zutrifft.

Während der Bildungsstand der InternetnutzerInnen im weitesten Sinne der Gesamtbevölkerung entspricht, weisen OfflinerInnen insbesondere eine geringere AkademikerInnenquote und einen deutlich höheren Anteil an Personen mit Pflichtschulabschluss auf.

Tabelle 2: Soziodemografie von OnlinerInnen und OfflinerInnen

		2017		
		OnlinerInnen (n=1.692)	OfflinerInnen (n=285)*	Gesamt
Geschlecht	männlich	52%	34%	50%
	weiblich	48%	66%	50%
Alter	15 bis 24	17%	0%	14%
	25 bis 34	20%	0%	17%
	35 bis 44	20%	1%	18%
	45 bis 54	19%	4%	17%
	55 bis 64	13%	22%	15%
	65 und älter	10%	72%	19%
Alter und Geschlecht	Männer unter 45	29%	0%	25%
	Frauen unter 45	28%	1%	25%
	Männer 45+	23%	34%	24%
	Frauen 45+	20%	64%	26%
Bildung	max. Pflichtschule	22%	41%	25%
	Lehre	33%	28%	32%
	Berufsschule	14%	17%	14%
	Matura	15%	11%	15%
	Hochschule	15%	4%	14%
Berufstätigkeit	berufstätig	59%	12%	52%
	in Pension	18%	83%	28%
	alle anderen	22%	5%	20%

Anm.: Basis: Alle Befragten. Frage zur Ermittlung des NutzerInnenstatus im Wortlaut: „Wann haben Sie zuletzt das Internet genutzt, egal ob zu Hause, am Arbeitsplatz oder an anderen Orten?“ Definition OnlinerInnen: Letzte Internetnutzung liegt nicht länger als 4 Wochen zurück.
*Kleine Fallzahl!

3.2.3 Services im Internet

Das Internet ist seit seiner Entwicklung zum Massenmedium unter dem Stichwort „Web 2.0“ mehr als ein Informationsmedium, es ist gleichzeitig ein soziales Medium („Social Media“). Stand der Technik im Web 2.0 ist, dass NutzerInnen eine Fülle von Möglichkeiten zur Interaktion miteinander erhalten und auch das Erzeugen und Teilen von eigenen Inhalten (besonders Text und Fotos) mit einem Netzwerk von Kontakten für viele UserInnen zur täglichen Routine geworden ist. Diese beiden Funktionen haben mittlerweile eine unüberschaubare Vielfalt von spezialisierten Plattformen hervorgebracht, die sich auf bestimmte Teilaspekte beschränken. Seit Jahren stabil ist jedoch die prominente Stellung der drei bekanntesten und größten Social Media Platt-

formen Twitter, Facebook und Google (auf dem Wege der verschiedenen Einzeldienste des Internetgiganten, insbesondere Youtube)[49].

Abbildung 3: Die Landschaft der Social Media Plattformen 2016



Quelle: https://fredcavazza.net/2016/04/23/social-media-landscape-2016/

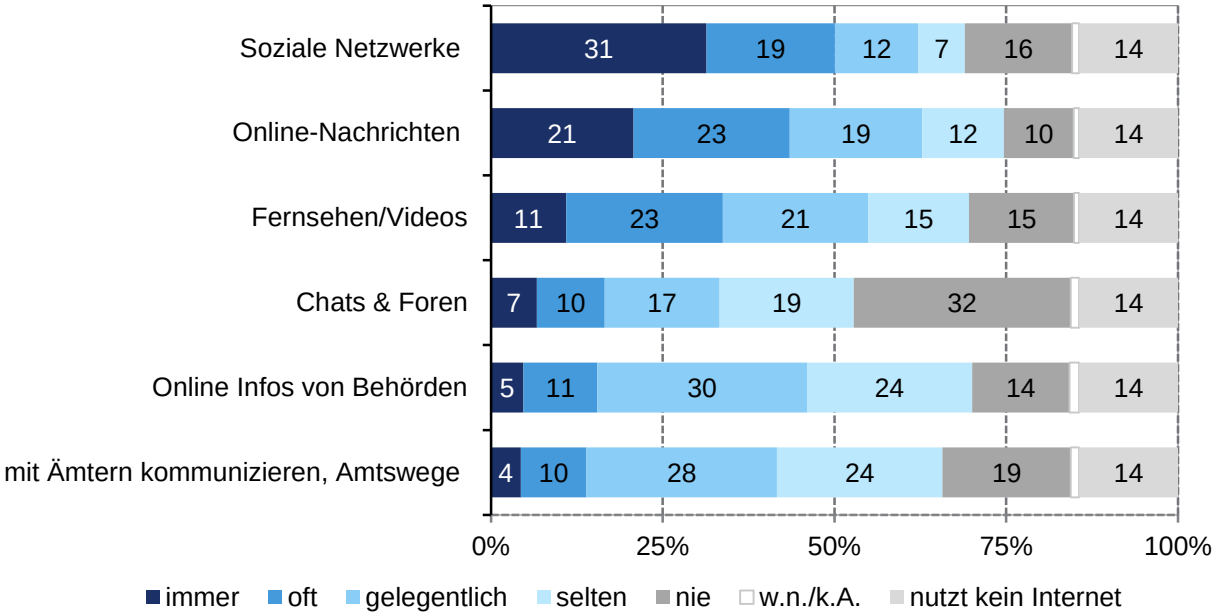
Social Media Plattformen stellen gewissermaßen eine Institutionalisierung der „Teilen"-Funktion dar: Ohne diese Funktion gäbe es diese Internetdienste nicht und sie sind mittlerweile Mainstream:

- 50% der ÖsterreicherInnen nutzen **Social Media Plattformen** „immer" oder „oft", insgesamt liegt die Nutzungsrate bei über 69%.
- Mit einer Gesamtnutzungsrate von 75% und einem Anteil von 44% intensiven NutzerInnen spielen **Online-Nachrichten**, seien das die Websites von etablierten Zeitungen und des Rundfunks oder Blogs oder Online-Nachrichtenportale, eine ähnlich wichtige Rolle.
- **Fernsehen bzw. Videos** im Internet werden ebenfalls von insgesamt 70% der Bevölkerung genutzt, der Anteil der intensiven NutzerInnen liegt mit 34% aber niedriger als bei den Social Media Plattformen, trotz der starken technischen, inhaltlichen und wirtschaftlichen Überschneidung zwischen den Anbietern von Sozialen Netzwerken und von Streamingdiensten (allen voran Youtube).
- **Chats und Internetforen** sind fester Bestandteil des Internet und zwar schon seit den 90ern, wurden aber mittlerweile auf ein Nischendasein reduziert. Es mangelt einfach an der vernetzten, multimedialen und automatisierten Fülle, die z.B. auf Facebook oder Twitter geboten wird. Internetforen fehlt weiters die lückenlose Echtzeit-Einbindung in

[49] https://fredcavazza.net/2016/04/23/social-media-landscape-2016/ (letzter Zugriff 1.12.2017)

Smartphones, während Chats (im Sinne der bis in die frühen 2000er-Jahre stark genutzten Internet-Relay-Chatrooms) mittlerweile als Teil von Messaging-Apps eine Renaissance erleben. Dementsprechend gering (17%) ist der Anteil derer in Österreich, die diese Dienste noch intensiv (also „immer“ und „oft“ nutzen), ihr Gesamtnutzeranteil liegt „nur“ mehr bei 53%.

Abbildung 4: Nutzung Services im Internet



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Ich lese Ihnen nun einige Services im Internet vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie diese in den letzten 3 Monaten immer, oft, gelegentlich, selten oder nie genutzt haben.“

- Die Gesamtnutzungsraten von **Online-Infos von Behörden** oder der **Online-Kommunikation mit Ämtern** liegen bei 70% bzw. 66%. Damit können diese Dienste insgesamt sogar mit Social Media Plattformen mithalten. Der Anteil intensiverer NutzerInnen liegt aber naturgemäß deutlich niedriger, bei 16% bzw. 14%. Im Vergleich zu den anderen Diensten mag das wenig erscheinen, doch liegt dies daran, dass die meisten Menschen nur unregelmäßigen Bedarf an diesen Diensten haben.

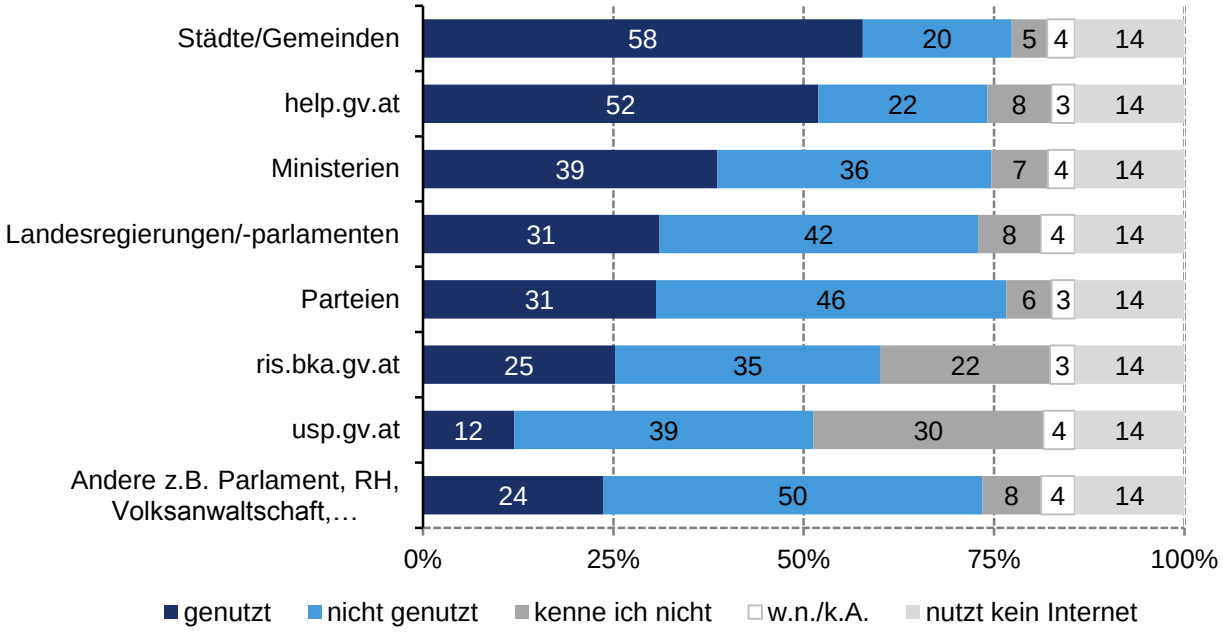
3.3 Informationen öffentlicher Stellen im Internet

Die Webauftritte von Behörden und Ämtern stellen einen sehr spezialisierten, nicht kommerziellen Teil des WWW dar. Der Hauptanspruch besteht in Information und im Zuge der zunehmenden Digitalisierung auch in der Erledigung von Amtswegen für BürgerInnen und Unternehmen.

Wie die vorliegende Studie zeigt, sind die öffentlichen Webauftritte nach Auskunft der Befragten durchwegs bekannt und werden genutzt.

- Etwa 8 von 10 (84%) der österreichischen InternetnutzerInnen (71% der österreichischen Wohnbevölkerung ab 16) haben bereits selbst zumindest eine der abgefragten öffentlichen Informationsquellen online genutzt.
- Mit 58% Nennungen weisen die Webauftritte von Städten oder Gemeinden die breiteste Nutzung auf. Knapp dahinter folgt die Website help.gv.at, die von 52% schon einmal genutzt wurde. Die Nutzungsrate von Ministeriumswebsites liegt deutlich niedriger bei 39%.

Abbildung 5: Nutzung öffentlicher Informationsquellen

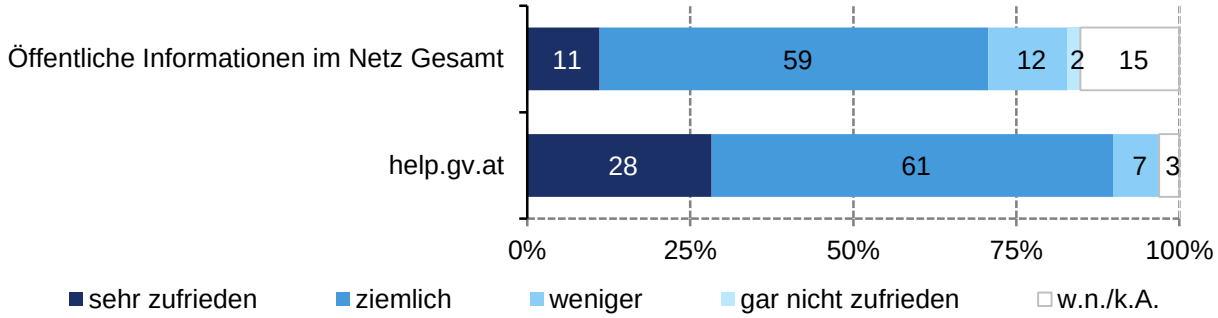


Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Welche der folgenden öffentlichen Informationsquellen haben Sie schon einmal genutzt?“

Im Allgemeinen kommen die von öffentlichen Institutionen zur Verfügung gestellten Informationen im Internet bei den österreichischen InternetnutzerInnen gut an: Sieben von zehn Befragten gaben in der vorliegenden Studie an, dass sie mit diesen Informationen (sehr/ziemlich) zufrieden sind, 12% sind „weniger zufrieden“ und 2% „gar nicht zufrieden“; 15 Prozent der Befragten machten keine Angabe.

Ergänzend wurden NutzerInnen von help.gv.at auch zu ihrer Zufriedenheit spezifisch mit diesem Service befragt. Hier gaben sogar neun von zehn Befragten an, dass sie mit help.gv.at „sehr bzw. ziemlich zufrieden“ sind; nur 7% gaben an, dass sie „weniger zufrieden“ sind, 3% machten keine Angabe.

Abbildung 6: Zufriedenheit mit Informationen öffentlicher Stellen im Netz



Anm.: Basis: OnlinerInnen (n=1.692), NutzerInnen von help.gv.at (n=1.027), Wortlaute im Fragebogen: „Sind Sie insgesamt mit den Informationen von öffentlichen Stellen im Internet sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zufrieden?“ Und: „Sind Sie insgesamt mit den Seiten help.gv.at sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zufrieden?“

3.3.1 Bewertung von help.gv.at im Detail und Faktoren für die NutzerInnen-Zufriedenheit

Im Rahmen der Studie wurden zu help.gv.at eine Reihe von Eigenschaften abgefragt, um die Wahrnehmung dieses Services durch die NutzerInnen im Detail festzustellen.

Im Folgenden wird diese Analyse für geübte und ungeübte NutzerInnen von öffentlichen Informationen getrennt dargestellt, da davon auszugehen ist, dass diese beiden Gruppen unterschiedliche Nutzungsmotivationen und möglicherweise auch Ansprüche an help.gv.at haben. Für den Zweck dieser Analyse werden geübte NutzerInnen folgendermaßen definiert:

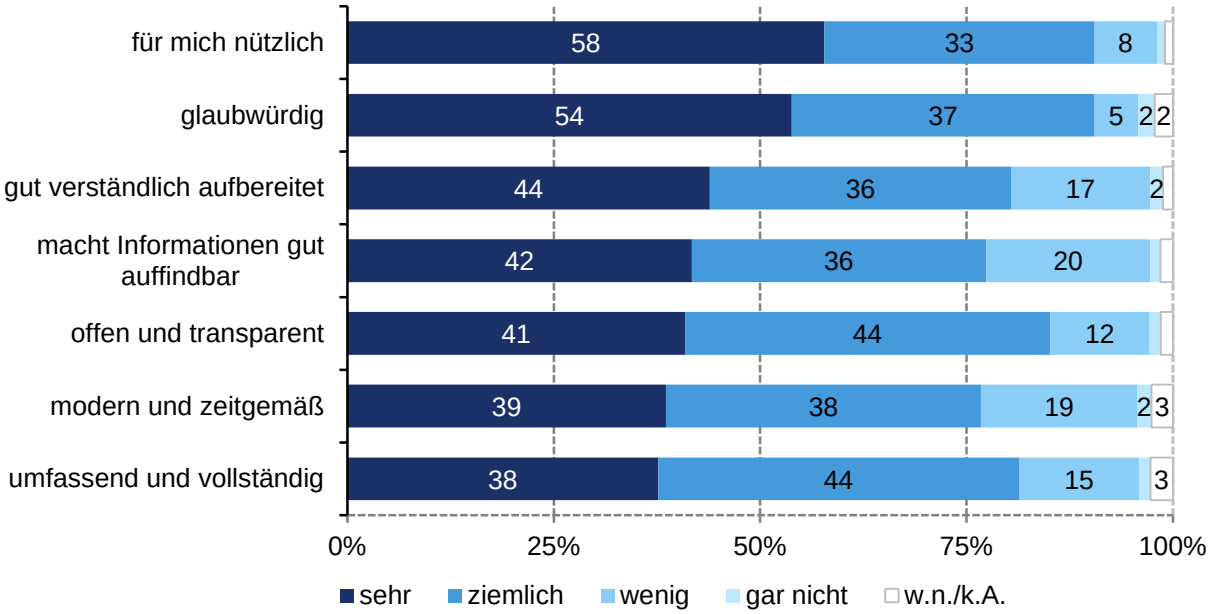
- Sie haben schon einmal help.gv.at genutzt und lesen zudem „immer“ oder „oft“ Behördeninfos online oder erledigen „immer“ oder „oft“ Amtswege bzw. die Kommunikation mit Ämtern online.
- Ungeübte NutzerInnen haben ebenfalls bereits help.gv.at genutzt, verfolgen aber generell Behördeninfos seltener online und erledigen auch Amtswege seltener online.

Geübte NutzerInnen machen 32% der Help.gv.at-NutzerInnen aus, 68% dieser Gruppe sind ungeübte NutzerInnen. Die beiden Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer demografischen Merkmale besonders dadurch, dass ungeübte NutzerInnen das Internet zu 62% hauptsächlich privat verwenden, während geübte NutzerInnen dies nur zu 48% tun. 52% der geübten NutzerInnen öffentlicher Informationen verwenden das Netz entweder hauptsächlich beruflich oder fürs Studium oder zu gleichen Teilen beruflich und privat.

3.3.1.1 Beurteilung von help.gv.at durch „geübte NutzerInnen“

Insgesamt werden die abgefragten positiven Merkmale jeweils von einer großen Mehrheit (zwischen 77% und 91%) der geübten NutzerInnen von öffentlichen Informationen als zutreffend betrachtet. Besonders hervorstechend sind für regelmäßige NutzerInnen der persönliche Nutzen und die Glaubwürdigkeit von help.gv.at (58% bzw. 54% bezeichnen diese Eigenschaft für sich als „sehr“ und „ziemlich“ zutreffend). Alle weiteren abgefragten Eigenschaften werden ebenfalls überwiegend als zutreffend betrachtet, allerdings in weniger hohem Ausmaß (s. Abbildung 7).

Abbildung 7: Geübte NutzerInnen von öffentlichen Infos: Eigenschaften help.gv.at



Anm.: Basis: Geübte NutzerInnen (n=315): Lesen immer/oft Infos v. Behörden online oder führen immer/oft Amtswege online durch und haben bereits help.gv.at genutzt, Wortlaut im Fragebogen: „Wenn Sie jetzt an die Seiten help.gv.at denken: Treffen die folgenden Eigenschaften auf help.gv.at sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

In einem weiteren Analyseschritt hat SORA statistisch ermittelt, welche der abgefragten Merkmale von help.gv.at am wichtigsten für die Zufriedenheit der NutzerInnen sind.[50]

[50] Das verwendete Verfahren ist die multiple Regressionsanalyse, ein statistisches Verfahren zur Ermittlung der wesentlichen Einflussfaktoren auf eine, von diesen Faktoren abhängige Eigenschaft (in diesem Fall: Zufriedenheit mit der Website „help.gv.at“).

Die wichtigste Eigenschaft für eine hohe Zufriedenheit unter geübten NutzerInnen ist demnach „umfassend und vollständig“. Dahinter folgen „gut verständlich aufbereitet“, „offen und transparent“ sowie „glaubwürdig“ (s. Tabelle 2).

- Die ohnehin große Zufriedenheit von geübten NutzerInnen der Website kann insbesondere dadurch gestärkt werden, wenn NutzerInnen sicher sein können, wirklich alle Informationen zu den sie interessierenden Fragen auf help.gv.at vorzufinden. Sie stehen oft in Online-Kontakt mit Behörden oder nutzen Websites wie help.gv.at sehr oft, weshalb für sie die Vollständigkeit der vorhandenen Informationen besonders wichtig ist.
- Help.gv.at dürfte für diese Gruppe gewissermaßen ein Nachschlagewerk darstellen. Der bedeutende Zeitaufwand, den diese NutzerInnen mit Behördeninformationen verbringen, könnte erklären, warum auch von Bedeutung ist, dass diese gut verständlich aufbereitet sein sollen: Dies spart Zeit und Energie. Weiterentwicklungen in diese Richtung haben das Potential, die Zufriedenheit von geübten NutzerInnen noch weiter zu steigern.
- Eigenschaften wie „macht Information gut auffindbar“, „modern und zeitgemäß“, oder „persönlicher Nutzen“ sind hingegen Eigenschaften, deren weitere Steigerung nicht auch zu einer gesteigerten Zufriedenheit von geübten NutzerInnen führen dürfte. Diese Eigenschaften werden gewissermaßen als selbstverständlich vorausgesetzt, sollten aber nicht vernachlässigt werden, da mangelnder persönlicher Nutzen oder der Eindruck, die Website sei inhaltlich oder funktional nicht am Stand der Zeit dazu führen kann, dass die geübten NutzerInnen unzufrieden werden.

Tabelle 3: Geübte NutzerInnen: Einfluss Eigenschaften auf die Zufriedenheit

Merkmal	Einfluss
umfassend und vollständig	**,208**
gut verständlich aufbereitet	**,188**
offen und transparent	**,166**
glaubwürdig	**,148**
macht Informationen gut auffindbar*	,064*
modern und zeitgemäß*	,021*
für mich nützlich*	,019*

Anm.: Ergebnis der Regressionsanalyse, höhere Koeffizienten bedeuten stärkeren Einfluss. Basis: Nur Befragte die immer/oft Behördenwege online erledigen oder Behördeninfos online lesen.

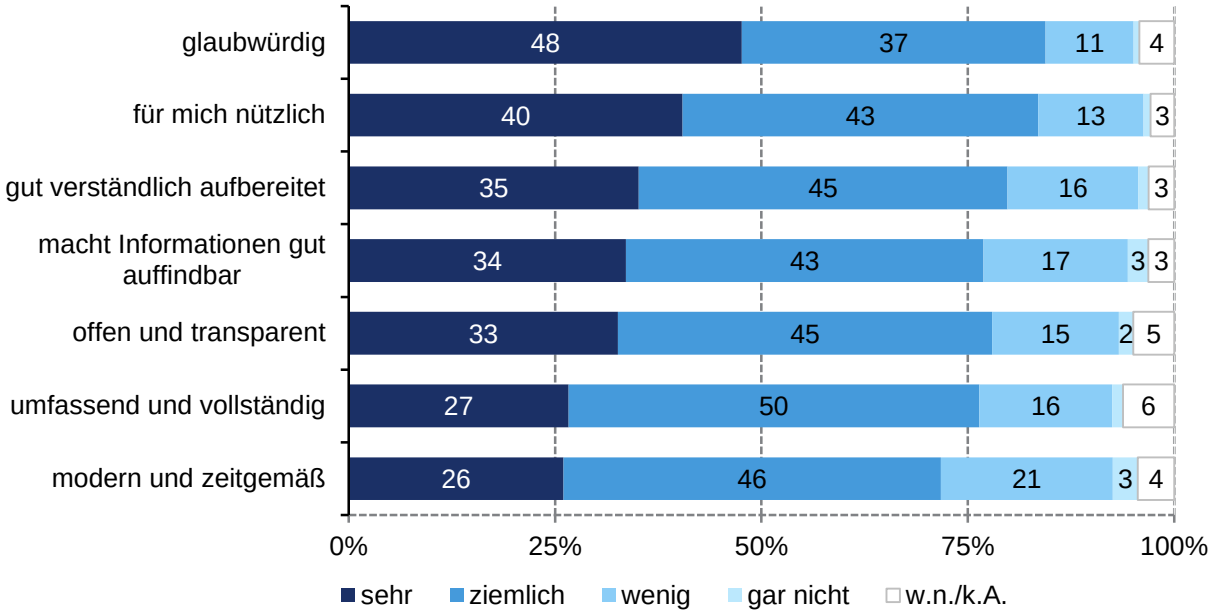
*Einfluss statistisch nicht signifikant (p > 0,05)

3.3.1.1 Beurteilung von help.gv.at durch „ungeübte NutzerInnen“

Ungeübte NutzerInnen von help.gv.at beurteilen die Website ebenso wie geübte NutzerInnen in der Regel sehr positiv, wobei das Ausmaß der positiven Bewertungen insgesamt etwas geringer ist. Die am positivsten wahrgenommen Eigenschaften von help.gv.at sind „glaubwürdig“ und „für mich nützlich“ (für 85% bzw. 83% treffen diese beiden Eigenschaften „sehr“ und „ziemlich“ zu). Ebenfalls sehr stark bewertet werden die Eigenschaften „gut verständlich aufbereitet“ und „macht Informationen gut auffindbar“, mit 80% bzw. 77% Antworten „trifft sehr/ziemlich zu“.

Die am schwächsten bewertete Eigenschaft „modern und zeitgemäß“ weist mit 72% („trifft sehr/ziemlich zu“) immer noch eine sehr hohe Zustimmungsrate auf (s. Abbildung 8).

Abbildung 8: Ungeübte NutzerInnen von öffentlichen Infos: Eigenschaften help.gv.at



Anm.: Basis: Ungeübte NutzerInnen (n=661): Lesen immer/oft Infos v. Behörden online oder führen immer/oft Amtswege online durch und haben bereits help.gv.at genutzt, Wortlaut im Fragebogen: „Wenn Sie jetzt an die Seiten help.gv.at denken: Treffen die folgenden Eigenschaften auf help.gv.at sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Für ungeübte NutzerInnen gibt es insbesondere *eine* Eigenschaft, die besonders wichtig für eine hohe Zufriedenheit mit der Website ist: Informationen müssen gut auffindbar sein. Ebenfalls von Bedeutung, aber deutlich weniger wichtig sind die Eigenschaften „offen und transparent“, „modern und zeitgemäß“, „umfassend und vollständig“ und „für mich nützlich“. Die Bewertung der Eigenschaften „gut verständlich aufbereitet“ und „glaubwürdig“ hat keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Zufriedenheit (s. Tabelle 4).

- Für ungeübte NutzerInnen stellt die Benutzerführung also den Hauptfaktor für eine hohe Zufriedenheit mit der Website dar: Sie treten seltener mit Behörden in Online-Kontakt, weshalb sie über weniger Übung beim Auffinden der für sie wichtigen Informationen verfügen. Die „Wegweiser“-Funktion von Help.gv.at ist gerade für diese Gruppe essentiell. Andere Eigenschaften sind dagegen vergleichsweise weniger wichtig, auch wenn sie nicht vernachlässigt werden dürfen.

Tabelle 4: Ungeübte NutzerInnen: Einfluss Eigenschaften auf die Zufriedenheit

Merkmal	Einfluss
macht Informationen gut auffindbar	**,230**
offen und transparent	**,148**
modern und zeitgemäß	**,133**
umfassend und vollständig	**,129**
für mich nützlich	**,111**
gut verständlich aufbereitet*	,086*
glaubwürdig*	,039*

Anm.: Ergebnis der Regressionsanalyse, höhere Koeffizienten bedeuten stärkeren Einfluss. Basis: Nur Befragte, die maximal gelegentlich oder seltener Behördenwege online oder Behördeninfos online lesen.

*Einfluss statistisch nicht signifikant (p > 0,05)

3.4 Politisches Informationsverhalten im Netz

Informationsverhalten im Netz kann mittlerweile nicht nur mehr allein als der Konsum klassischer Nachrichtenwebsites begriffen werden. Für Nachrichtenmedien, JournalistInnen und BloggerInnen sind eigene Profile in Sozialen Netzwerken wie Twitter oder Facebook mittlerweile unerlässlich. Über die Kernfunktion des „Teilens“ und in Echtzeit befüllte „Timelines“ spielen Soziale Medien daher eine immer stärkere Rolle als Nachrichtenaggregatoren. Aufgrund Ihrer großen Reichweite und über ihre Kommentar- und Bewertungsfunktionen (Likes, Emoticons,…) fungieren sie zudem als Öffentlichkeit politischer Diskurse und beeinflussen die Meinungsbildung.

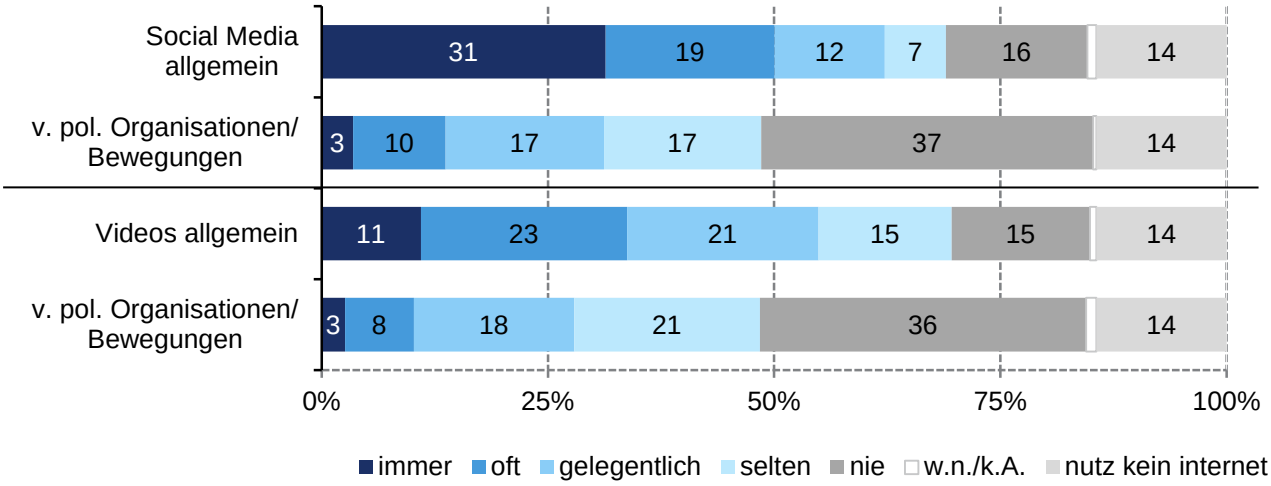
Soziale Netzwerke sind daher nicht mehr aus der Erforschung von Informationsverhalten allgemein und im Speziellen von politischem Informationsverhalten wegzudenken. Im Rahmen dieser Studie wurde daher ein Schwerpunkt auf die Nutzung von sozialen Netzwerken (z.B. Facebook, Twitter oder Instagram) gelegt:

- Insgesamt verwenden nach eigener Auskunft 69% aller ÖsterreicherInnen (oder 80% der InternetnutzerInnen) irgendeine Form von sozialem Netzwerk.

Der Konsum von Informationen von politischen Organisationen oder Bewegungen, sei es via Soziale Netzwerke oder in Form von Videos (zwischen den beiden Kategorien besteht eine gewisse Überschneidung), stellt einen kleinen, aber bedeutsamen Teil der allgemeinen Social-Media-Nutzung der österreichischen Bevölkerung dar:

- 13% der ÖsterreicherInnen geben an, „immer“ oder „oft“ politische Inhalte (z.B. Facebook-Postings oder Tweets) von politischen Organisationen über Social Media zu konsumieren.
- Im Fall von Videos sind es 11% der ÖsterreicherInnen, die hier eine regelmäßige Nutzung angeben („immer“/„oft“).

Abbildung 9: Politisches Informationsverhalten



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Ich lese Ihnen nun einige Services im Internet vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie diese in den letzten 3 Monaten immer, oft, gelegentlich, selten oder nie genutzt haben."

3.4.1 Typologie des politischen Informationsverhaltens im Social Web

Zwischen Sozialen Netzwerken, insbesondere Facebook und Twitter, und Online-Nachrichtendiensten bzw. Streaming-Diensten besteht mittlerweile so etwas wie eine Symbiose, bei der die Sozialen Netzwerke als Multiplikatoren und erweiterte Diskussionsforen für einzelne Nachrichtenartikel oder Videos dienen.

Im Rahmen dieser Studie wurde daher eine Typologie des Informationsverhaltens im Social Web erstellt. Sie gibt Aufschluss darüber, welche Rolle soziale Medien unter österreichischen OnlinerInnen als Quelle von politischen Informationen spielen. Je höher eine Person auf dieser Typologie eingestuft ist, umso intensiver ist ihr Konsum von politischen Informationen über soziale Medien. Niedrig eingestufte Personen dagegen beziehen online weniger politische Informationen über die sozialen Medien.

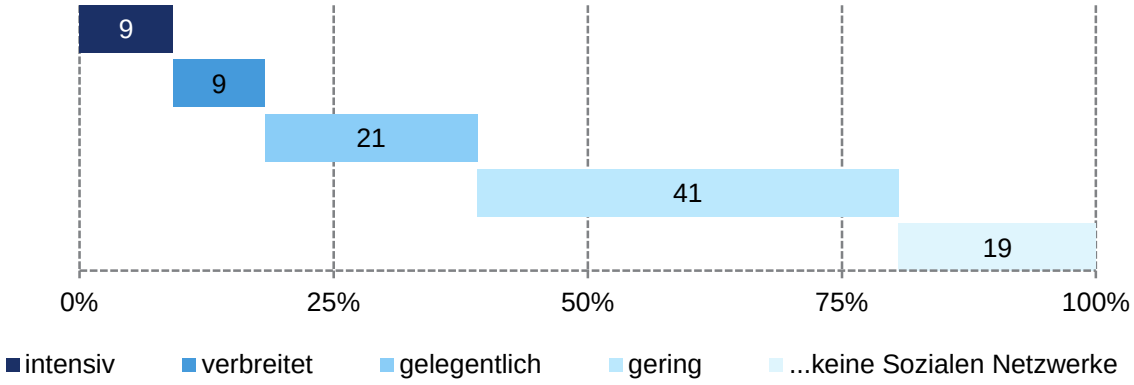
Als Kriterien für die Typenbildung dienten die Nutzungshäufigkeiten von politischen Angeboten in sozialen Netzwerken und in Form von Videos. Befragte werden also in dieser Typologie umso höher eingestuft, je häufiger diese beiden Angebotsformen genutzt werden.

3.4.2 Überblick über die Typologie

Nur eine kleine Gruppe von Befragten (9%) zählt zu den intensivsten NutzerInnen von politischen Informationen via Social Media, d.h. sie nutzen soziale Netzwerke *und* politische Videoangebote „immer" oder „oft" online. Weitere

9% nutzen wenigstens eines der beiden abgefragten Angebote „immer“ oder „oft“. Etwa ein Fünftel der Befragten (21%) nutzt diese beiden Angebote in der Regel „gelegentlich“ oder „selten“. Die größte Gruppe (41%) gibt an, politische Informationen beider Art höchstens „selten“ oder auch „nie“ zu nutzen. Die 19% der Befragten, die sich selbst nicht zu den Social Media NutzerInnen zählen, stellen eine eigene Gruppe dar (Abbildung 10).

Abbildung 10: Typologie Politischer Informationskonsum im Social Web



Anm.: Basis: nur OnlinerInnen (n=1.692)

Die Typologie bezieht sich inhaltlich zwar ausschließlich auf InternetnutzerInnen, die Größenordnungen der einzelnen Gruppen können jedoch auf die Gesamtbevölkerung umgelegt werden (Tabelle 5).

Tabelle 5: Politischer Informationskonsum im Social Web, prozentuiert auf die österreichische Wohnbevölkerung ab 16.

	Anteil
Intensiver Konsum	**8%**
Verbreiteter Konsum	**8%**
Gelegentlicher Konsum	**18%**
Geringer Konsum	**35%**
Keine sozialen Netzwerke	**17%**
OfflinerInnen	**14%**

Anm.: Basis: alle Befragten (n=1.977).

In Zusammenhang mit der Intensität des politischen Informationskonsums über soziale Medien steht auch das allgemeine Interesse für Politik, welches jedoch nicht die einzige treibende Kraft für die Nutzung von Social Media für politische Information ist. So ist in der Gruppe der intensiven NutzerInnen von politischen Informationen im Social Web zwar das allgemeine Interesse für

Politik besonders ausgeprägt: 93% der auf der Typologie „sehr hoch“ eingestuften Befragten geben an, sich sehr oder ziemlich für Politik zu interessieren. Doch auch unter jenen, die bestenfalls selten politische Postings oder Videos im Netz konsumieren, geben immer noch 51% an, „sehr“ oder „ziemlich“ an Politik interessiert zu sein. In der Gruppe der Social Media NichtnutzerInnen liegt der Anteil der politisch „sehr“ oder „ziemlich“ Interessierten sogar bei 68%. Eine Affinität zum Medium Internet bzw. zur Technik an sich dürfte ebenso eine Rolle spielen.

Je höher die Befragten auf der Typologie eingestuft sind, umso höher ist der Anteil von männlichen Befragten, umso jünger sind sie tendenziell und umso häufiger werden auch die anderen abgefragten Webservices genutzt.

3.4.3 Beschreibung der Typen

Intensivste Nutzung von politischen Informationen im Social Web (9% der OnlinerInnen, 8% der Gesamtbevölkerung):

Diese Gruppe umfasst die intensivsten KonsumentInnen von politischen Informationen im Social Web. Sie besteht aus jenen Befragten, die angeben, politische Angebote sowohl in sozialen Netzwerken *als auch* in Form von Videos „immer“ oder „oft“ zu konsumieren.

Unter den österreichischen OnlinerInnen weisen 9 Prozent einen sehr hohen Konsum politischer Informationen im Netz auf. Angehörige dieser Gruppe geben fast durchwegs (93%) an, ein sehr oder ziemlich großes Interesse an Politik zu haben. 79% konsumieren „immer“ oder „oft“ Nachrichten im Netz. Diese Gruppe ist sehr jung (42% sind unter 30 Jahre alt) und sehr männlich geprägt, der Frauenanteil liegt bei 39%. In dieser Gruppe nutzen 88% „immer“ oder „oft“ Soziale Netzwerke (sowohl für politische Information als auch für andere Zwecke).

Verbreitete Nutzung (9% der OnlinerInnen, 8% der Gesamtbevölkerung):

Diese Gruppe umfasst alle Personen, die entweder politische Angebote in sozialen Netzwerken oder politische Videos wenigstens „gelegentlich“ nutzen. D.h. es können sowohl intensive als auch NichtnutzerInnen eines der beiden Dienste zu dieser Gruppe gehören.

9% der OnlinerInnen gehören zu dieser Gruppe. Unter ihnen sind 80% sehr oder ziemlich an Politik interessiert, 71% sind intensive Konsumenten von Online-Nachrichten. Diese Gruppe ist ebenfalls sehr jung, 42% sind jünger als 30 Jahre, der Frauenanteil liegt bei 44%. Der Anteil von intensiven NutzerInnen sozialer Netzwerke (unabhängig vom Nutzungszweck) liegt in dieser Gruppe bei 80%.

Gelegenheits-Nutzung (21% der OnlinerInnen, 18% der Gesamtbevölkerung):

Diese Gruppe umfasst alle Personen, die politische Angebote in sozialen Netzwerken oder politische Videos maximal „gelegentlich“ oder auch „selten“ nutzen.

In dieser Gruppe, geben noch 77% an, sehr oder ziemlich an Politik interessiert zu sein, der Anteil jener, die „immer“ oder „oft“ online Nachrichten lesen liegt bei 55%.

Diese Gruppe ist etwas älter als die beiden anderen Gruppen (der Anteil der unter 30-Jährigen liegt nur bei 37%), das Geschlechterverhältnis ist mit 47% Frauenanteil etwas ausgewogener.

Geringe Nutzung (41% der OnlinerInnen, 35% der Gesamtbevölkerung):

Diese Gruppe umfasst alle Personen, die angeben, politische Informationen via Social Media oder in Videoform höchstens „selten“ oder auch „nie“ zu nutzen. Sie ist mit 41% Anteil unter den Befragten die größte.

Unter Angehörigen dieser Gruppe gibt immer noch ca. die Hälfte (51%) an, ein sehr oder ziemlich großes Interesse an Politik zu haben, 43% sind intensive NutzerInnen von Online-Nachrichten im Allgemeinen. Diese Gruppe weist die breiteste Altersstreuung und den höchsten Frauenanteil (52%) aller Gruppen auf.

Social Media-NichtnutzerInnen (19% der OnlinerInnen, 17% der Gesamtbevölkerung):

Diese Gruppe umfasst all jene Personen, die Soziale Medien gar nicht nutzen, unabhängig von ihrem sonstigen Nutzungsverhalten. Sie macht mit 19% beinahe ein Fünftel aller OnlinerInnen aus.

Ihr Profil nimmt eine Sonderstellung ein: In dieser Gruppe geben 69% an, sich sehr und ziemlich für Politik zu interessieren und 42% lesen „immer“ oder „oft“ Online-Nachrichten. Politisch interessierte Personen aus dieser Gruppe umgehen die Sozialen Medien und ihre spezielle Form der Informationsverbreitung und informieren sich stattdessen ausschließlich über die Websites traditioneller Nachrichtenmedien. Dennoch gibt es in dieser Gruppe auch eine kleine Anzahl von Personen, die politische Videos konsumiert: 2% geben an, dies „immer“ oder „oft“ zu tun, 12% tun dies „gelegentlich“.

Drei Viertel (75%) dieser Gruppe sind über 45 Jahre alt, 28% haben entweder Matura oder ein abgeschlossenes Studium.

Tabelle 6: Typologie des politischen Informationskonsums im Social Web

Politischer Informationskonsum Online	Intensiv*	Verbreitet*	Gelegentlich	Gering	Social Media NichtnutzerInnen
Anteil an InternetnutzerInnen in Österreich	9%	9%	21%	41%	19%
Social Media Nutzung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
Social Media (immer/oft)	88%	80%	72%	68%	0%
Online-Nachrichten (immer/oft)	79%	71%	55%	43%	41%
politisch interessiert (sehr/ziemlich)	93%	80%	77%	51%	69%
politische Angebote auf Social Media immer/oft	100%	75%	0%	0%	0%
gelegentlich	0%	22%	89%	0%	0%
selten/nie	0%	3%	10%	100%	0%
politische Videos immer/oft	100%	25%	0%	0%	2%
gelegentlich	0%	47%	68%	0%	12%
selten/nie	0%	28%	32%	100%	85%
Fernsehen/Videos online (immer/oft)	65%	54%	49%	35%	20%
Infos von Behörden online (immer/oft)	59%	34%	14%	12%	9%
Behördenwege online (immer/oft)	42%	23%	16%	13%	9%
Chats & Foren (immer/oft)	48%	37%	19%	17%	3%
Anteil Frauen	39%	44%	47%	52%	46%
Alter 15-29 Jahre	42%	42%	37%	27%	5%
30-44 Jahre	27%	32%	35%	32%	20%
45-49 Jahre	21%	13%	18%	28%	41%
+60 Jahre	11%	13%	10%	13%	34%
Matura/Studium	33%	31%	28%	33%	28%

Anm.: nur OnlinerInnen (n=1.692)

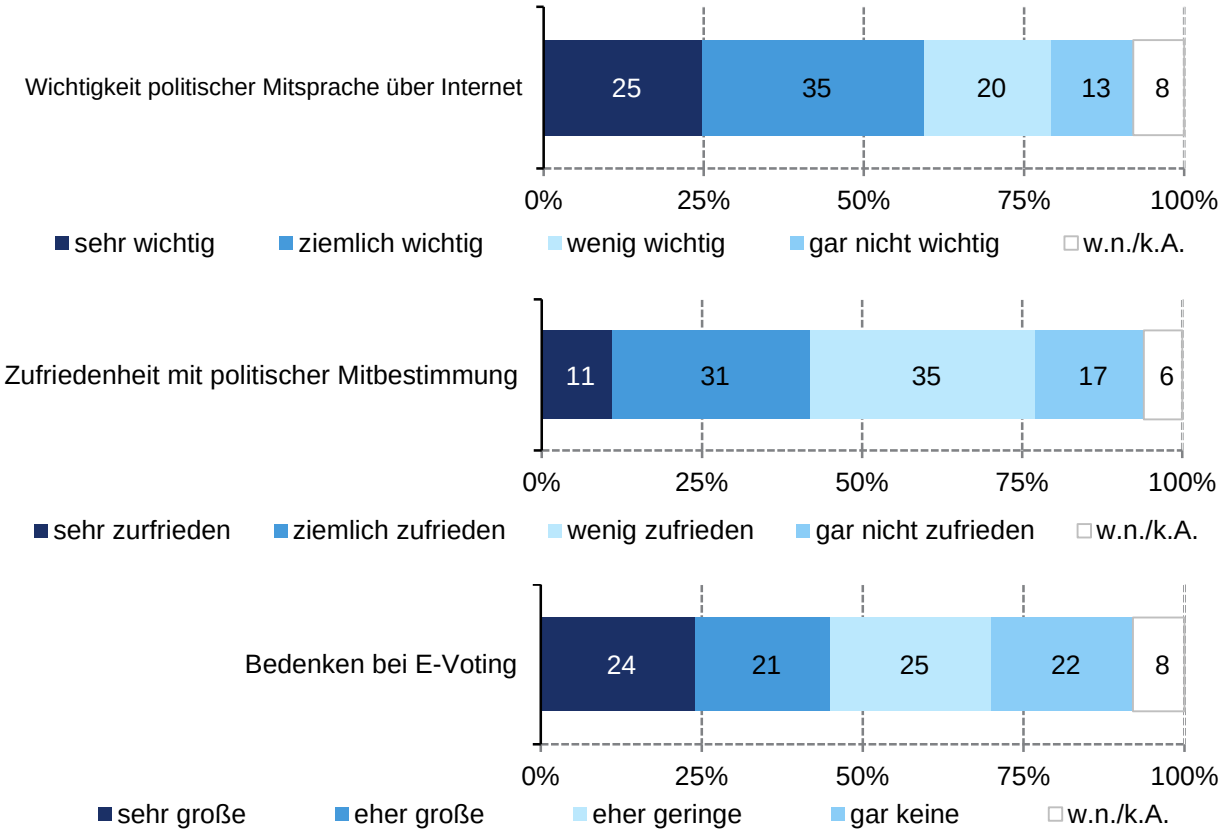
*Kleine Fallzahl! (**Intensiv** n=156, **Verbreitet** n=153)

3.5 Politische Partizipation

Seit den frühesten Tagen des Internet sind die dadurch eröffneten Potentiale zur politischen Mitbestimmung ein Gegenstand von Forschung und politischen Diskussionen. Die Bevölkerungsbefragung zeigt, dass die prinzipielle Möglichkeit zur politischen Mitsprache via Internet einen hohen Stellenwert hat. Trotz der starken Ausweitung von konkreten offiziellen Mitwirkungsmöglichkeiten („eParticipation"), sowie informellen Partizipationsformen und –kanälen ist auch weiterhin etwa die Hälfte der Bevölkerung mit ihren politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten unzufrieden. Zudem ist die Skepsis gegenüber der öffentlich immer wieder stark diskutierten Möglichkeit des E-Voting weiterhin groß. Frühe, optimistische Erwartungen an das Netz als Online-Agora haben sich daher bislang nicht bewahrheitet.

Insgesamt 60% geben an, politische Mitsprache über das Internet für „sehr" oder „ziemlich" wichtig zu halten. 33% finden dies 2017 „weniger" oder „gar nicht wichtig". Eine knappe Mehrheit (52%) der Befragten ist „weniger" oder „gar nicht" zufrieden mit ihren Mitbestimmungsmöglichkeiten. 42% sind „sehr" oder „ziemlich" zufrieden. „Sehr" oder „eher" große Bedenken gegenüber E-Voting werden von 45% der Befragten geäußert.

Abbildung 11: Einstellungen zur politischen Partizipation



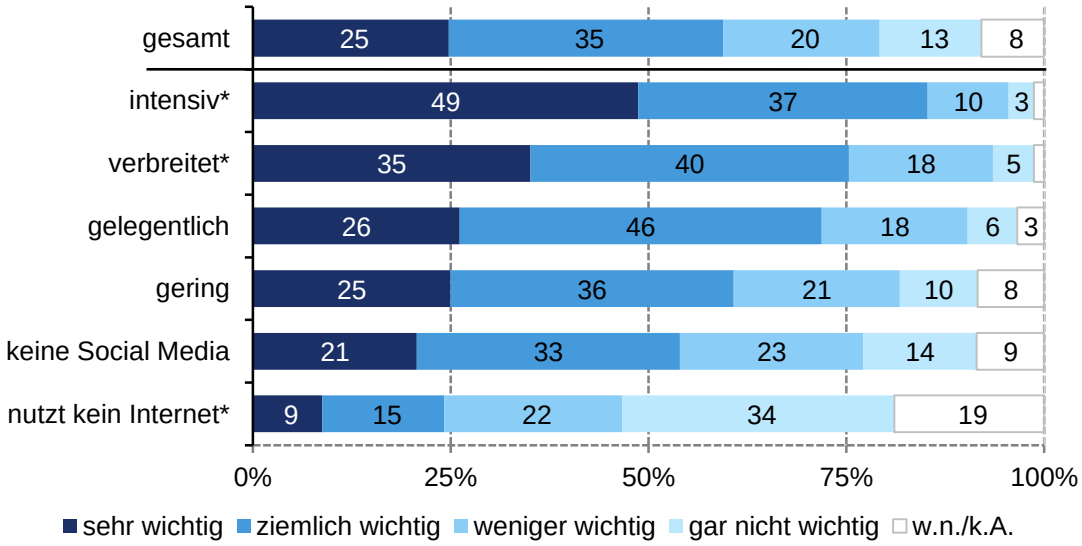
Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaute im Fragebogen: „Halten Sie es für sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig, dass politische Mitsprache auch über das Internet möglich ist?“ „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren derzeitigen Möglichkeiten, das politische Geschehen in Österreich mitzubestimmen: sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“ „Hätten Sie sehr große, eher große, eher geringe oder gar keine Bedenken, Ihre Stimme bei Wahlen auch per e-Voting, also über das Internet, abzugeben?“

3.5.1 Wichtigkeit der politischen Mitsprache über das Internet

Der insgesamt hohe Stellenwert von politischen Mitsprachemöglichkeiten über das Netz zeigt einen starken Zusammenhang mit der Nutzungsintensität politischer Informationen im Web:

- Je intensiver politische Informationen über die sozialen Medien bezogen werden, desto eher geben Befragte an, politische Mitsprache über das Internet für wichtig zu halten.
- Unter OfflinerInnen ist der Stellenwert von politischer Mitsprache über das Netz am geringsten ausgeprägt, doch auch der Anteil derer, die hier keine Meinung haben oder äußern wollen, ist mit 19% besonders hoch.

Abbildung 12: Wichtigkeit Online-Mitsprache nach Typologie politischer Informationskonsum im Social Web

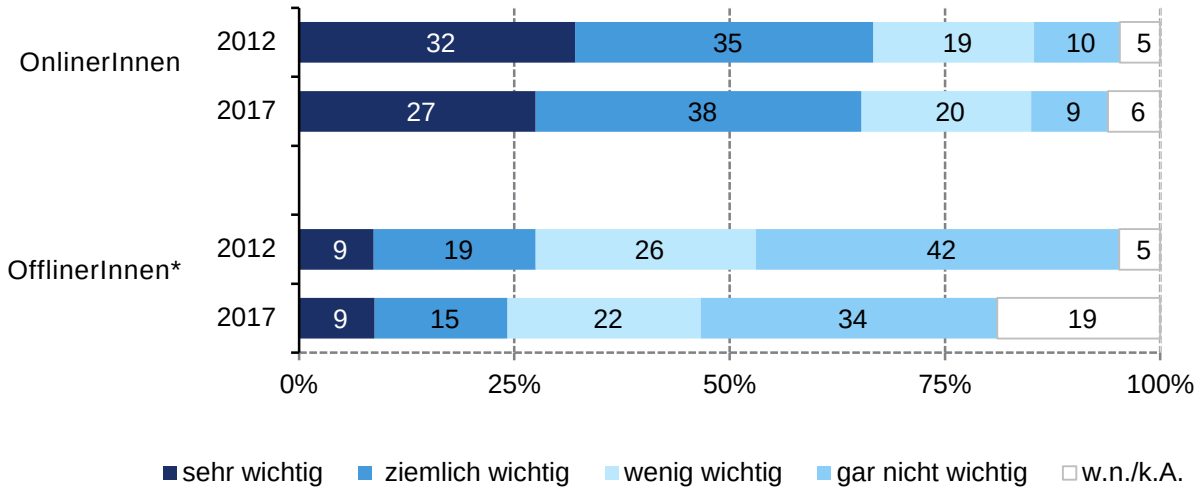


Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Halten Sie es für sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig, dass politische Mitsprache auch über das Internet möglich ist?“

*Kleine Fallzahl! (**Intensiv** n=156, **Verbreitet** n=153)

Die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Stellenwert von Online-Mitsprachemöglichkeiten zeigt, dass dieser auf einem insgesamt hohen Niveau verharrt: Seit 2012 gab es unter den OnlinerInnen einen leichten Rückgang des Anteils von Befragten, die Online-Mitsprache für „sehr“ und „ziemlich“ wichtig halten, während unter den OfflinerInnen der Anteil von Unentschlossenen anstieg, und zwar hauptsächlich auf Kosten jener OfflinerInnen, die Online-Mitsprache für „wenig“ oder „gar nicht“ wichtig halten.

Abbildung 13: Wichtigkeit Politischer Mitsprache via Internet 2012-2017

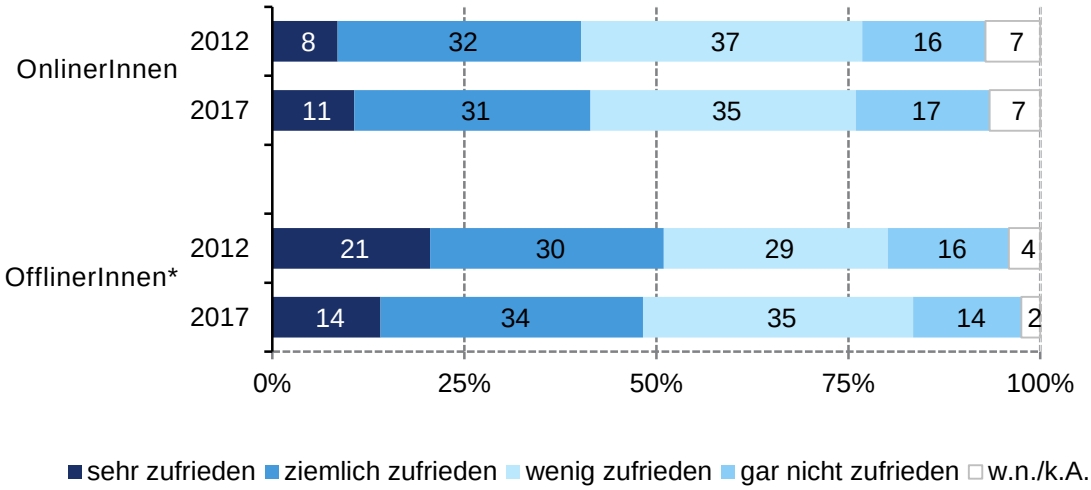


Anm.: Basis 2017: OnlinerInnen (n=1.692), OfflinerInnen (n=285), Basis 2012: OnlinerInnen (n=1.628) OfflinerInnen (n=392), Wortlaut im Fragebogen 2017 und 2012: „Halten Sie es für sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig, dass politische Mitsprache auch über das Internet möglich ist?“
*Kleine Fallzahl!

3.5.1 Zufriedenheit mit politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Österreich

Die Zufriedenheit der österreichischen Bevölkerung mit ihren Möglichkeiten, das politische Geschehen im Land mitbestimmen zu können, hat sich seit der Vorgängerstudie 2012 nicht stark verändert, weder unter OnlinerInnen noch OfflinerInnen.

Abbildung 14: Zufriedenheit mit Mitbestimmung 2012-2017



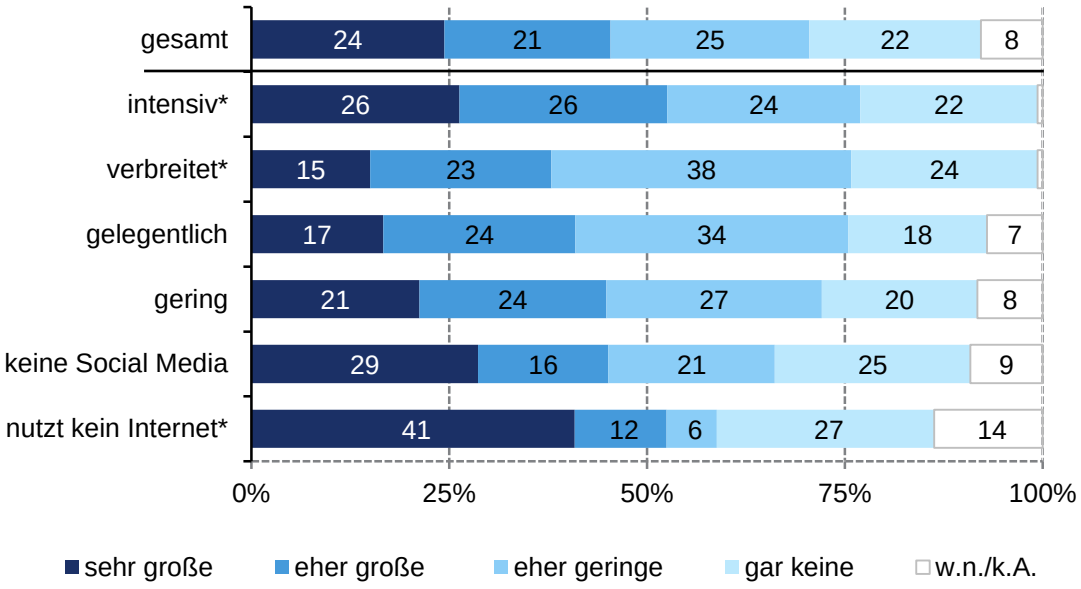
Anm.: Basis 2017: OnlinerInnen (n=1.692), OfflinerInnen (n=285), Basis 2012: OnlinerInnen (n=1.628) OfflinerInnen (n=392), Wortlaut im Fragebogen 2017 und 2012: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren derzeitigen Möglichkeiten, das politische Geschehen in Österreich mitzubestimmen: sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“
*Kleine Fallzahl!

3.5.1 Bedenken gegenüber E-Voting

Die insgesamt starken Bedenken gegenüber E-Voting sind besonders ausgeprägt unter den intensivsten KonsumentInnen politischer Informationen über Soziale Medien: Hier haben 52% „sehr“ oder „eher“ große Bedenken. Weniger intensive BeobachterInnen des politischen Diskurses via Social Web teilen diese Bedenken, jedoch in einem geringeren Maß. Interessant ist, dass Personen, die auf der Typologie des Informationskonsums „verbreitet“ eingestuft sind, im Vergleich den geringsten Anteil von skeptischen Befragten aufweisen, und dass dieser Anteil bei niedriger eingestuften Befragten höher ist.

Sehr weit verbreitet sind starke Bedenken auch in der Gruppe derer, die kein Internet nutzen: Hier haben insgesamt 53% „sehr“ oder „eher“ große Bedenken.

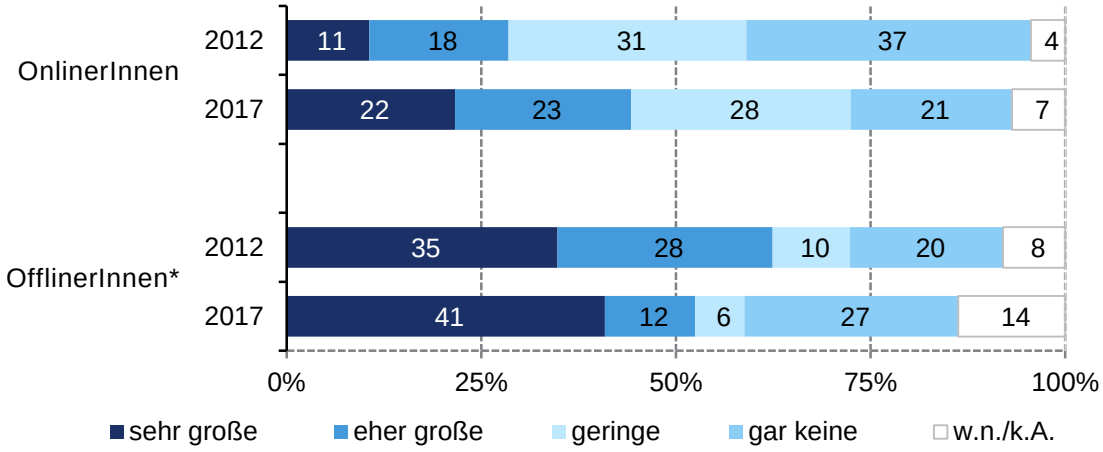
Abbildung 15: Bedenken bei E-Voting nach Typologie politischer Informationskonsum im Social Web



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Hätten Sie sehr große, eher große, eher geringe oder gar keine Bedenken, Ihre Stimme bei Wahlen auch per e-Voting, also über das Internet, abzugeben?“
*Kleine Fallzahl! (**Intensiv** n=156, **Verbreitet** n=153)

Im Zeitvergleich ergibt sich für die OnlinerInnen ein Anstieg der Bedenken von insgesamt 29% mit „sehr“ und „eher“ großen Bedenken im Jahr 2012 auf insgesamt 48% im Jahr 2017.

Abbildung 16: Bedenken bei E-Voting 2012-2017



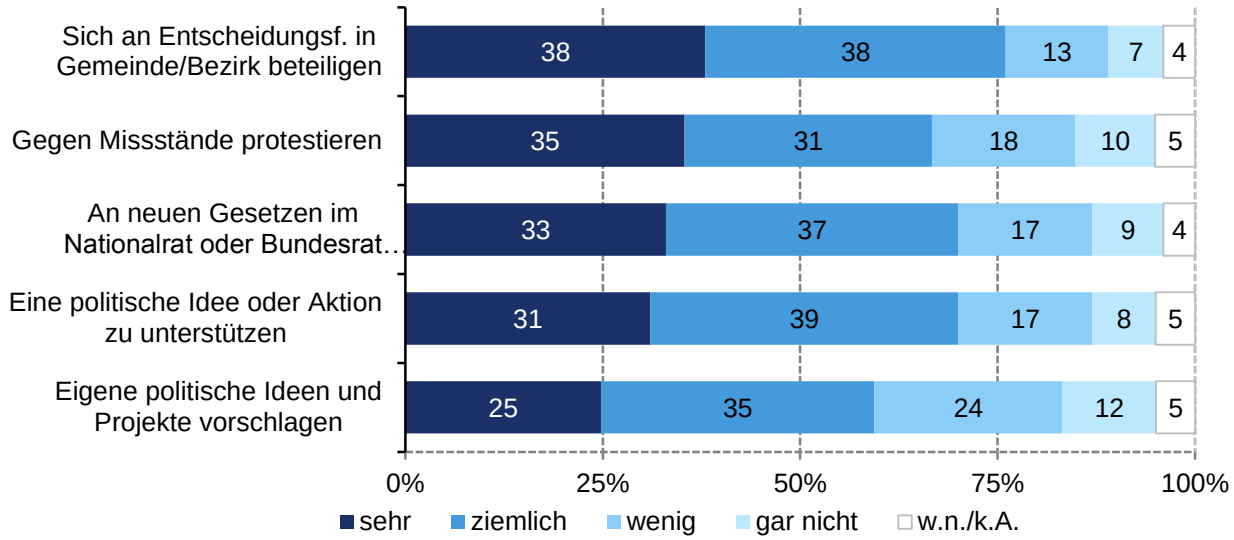
Anm.: Basis 2017: OnlinerInnen (n=1.692), OfflinerInnen (n=285), Basis 2012: OnlinerInnen (n=1.628) OfflinerInnen (n=392), Wortlaut im Fragebogen 2017 und 2012: „Hätten Sie sehr große, eher große, eher geringe oder gar keine Bedenken, Ihre Stimme bei Wahlen auch per e-Voting, also über das Internet, abzugeben?“
*Kleine Fallzahl! (n = 284)

3.5.2 Direktdemokratische Beteiligung

Im Zuge dieser Studie wurde auch das Interesse der Befragten an verschiedenen Möglichkeiten von direktdemokratischer Beteiligung abgefragt. Die abgefragten direktdemokratischen Beteiligungsformen stoßen mehrheitlich auf Interesse:

- Das größte Interesse bekunden die Befragten an der Beteiligung an Entscheidungen auf Ebene der eigenen Gemeinde oder des eigenen Wohnbezirks (76% finden dies „sehr“ oder „ziemlich“ interessant).
- Von insgesamt 70% „sehr“ und „ziemlich“ interessant eingeschätzt werden die Mitwirkung an der Formulierung neuer Gesetze in Nationalrat oder Bundesrat und die Unterstützung politischer Ideen und Aktionen.
- Eine direktdemokratische Beteiligung in Form des Protests gegen Missstände ist noch für 67% „sehr“ oder „ziemlich“ interessant. Immerhin noch 60% finden die Möglichkeit, eigene politische Ideen und Projekte vorschlagen zu können, „sehr“ und „ziemlich“ interessant.

Abbildung 17: Interesse an direkter Demokratie



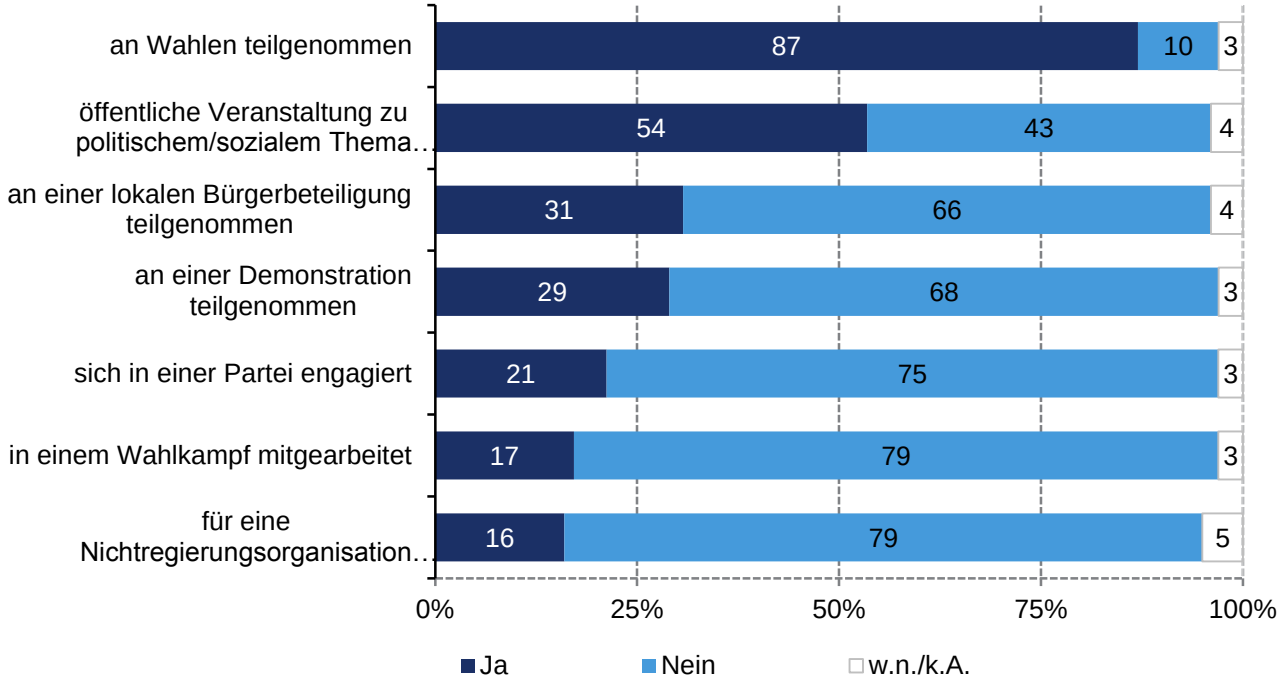
Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Sind die folgenden Möglichkeiten der direkten Demokratie für Sie persönlich sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht interessant?“

Eigene Beteiligung am politischen Leben

Wenn es um die persönliche Teilnahme der Befragten am politischen Leben des Landes geht, steht die Teilnahme an Wahlen mit Abstand an erster Stelle:

- 87% der Befragten geben an, schon einmal gewählt zu haben.
- Der Besuch öffentlicher Veranstaltungen zu einem politischen oder sozialen Thema rangiert mit 54% an zweiter Stelle, gefolgt von der Teilnahme an einer lokalen Maßnahme zur Bürgerbeteiligung (31%).
- Immerhin 29% geben an, schon einmal an einer Demonstration teilgenommen zu haben.
- Stärker organisatorisch geprägte Formen der politischen Betätigung (Engagement an einer Partei, Mitarbeit bei einem Wahlkampf und Arbeit für eine NGO) sind seltener: Zwischen 21% und 16% der Befragten haben so etwas schon einmal getan.

Abbildung 18: Politische Beteiligung



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Es gibt verschiedene Wege, politisch aktiv zu sein. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon einmal getan?“

3.5.3 Beteiligung am politischen Diskurs

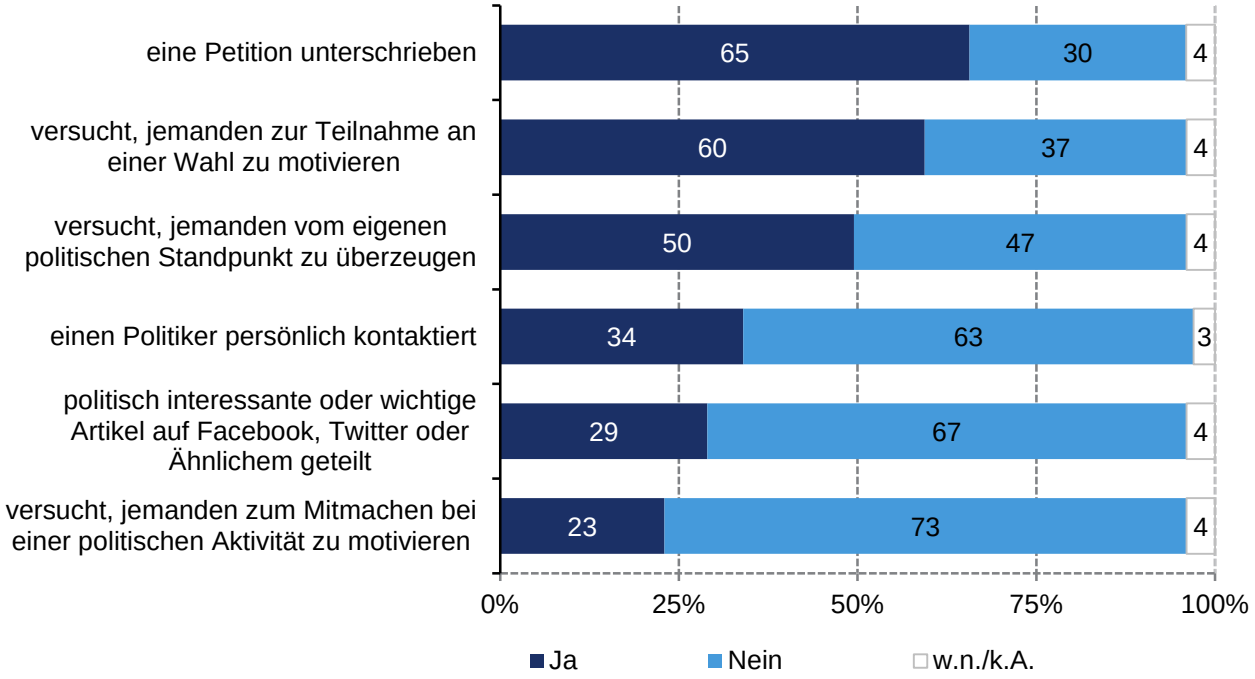
Ein weiterer Teil der Befragung war der Teilnahme am (tages-)politischen Diskurs gewidmet. Im ersten Schritt wurde gefragt, ob die Befragten eine bestimmte Form der Beteiligung schon einmal ausgeübt hatten. Im zweiten Schritt wurden sie danach gefragt, wie dies geschah: ausschließlich offline, sowohl online und offline oder ausschließlich online.

- Die am weitesten verbreitete Beteiligungsform ist das Unterschreiben einer Petition: 65% aller Befragten haben das schon einmal getan.
- Etwas weniger weit verbreitet (60%) ist es, andere Personen zur Teilnahme an einer Wahl zu motivieren.
- Immerhin jeder/jede Zweite (50%) hat schon einmal versucht, jemand anderen vom eigenen politischen Standpunkt zu überzeugen.
- Weniger häufige Formen der politischen Beteiligung sind der persönliche Kontakt mit PolitikerInnen, z.B. via Email (34%), das Teilen politisch interessanter oder wichtiger Artikel (29%) und die Motivation anderer Menschen zum Mitmachen bei einer politischen Aktivität (23%).

Wertet man alle sechs abgefragten Beteiligungsmöglichkeiten gesamt aus zeigt sich, dass 84% der Befragten (Wohnbevölkerung 15+) mindestens eine

der Möglichkeiten genutzt haben. Etwa die Hälfte (52%) ist politisch aktiver und hat bereits drei oder mehr der abgefragten Möglichkeiten genutzt.

Abbildung 19: Beteiligung am politischen Diskurs



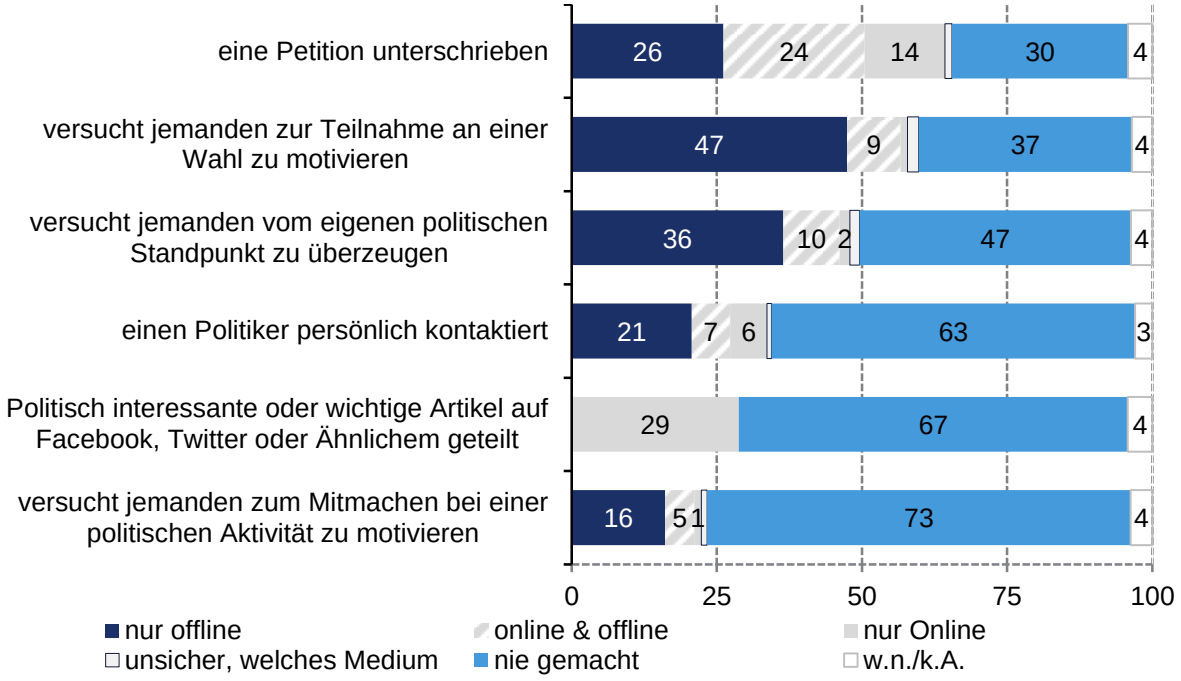
Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Es gibt verschiedene Wege, seine politische Meinung zu vertreten. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon einmal getan?“

Diese Anteile der Beteiligungsformen werden im Folgenden danach aufgeschlüsselt, ob sie online, offline, oder sowohl als auch geschahen. Dabei wird deutlich, dass nicht alle Beteiligungsformen gleichermaßen stark online erfolgen:

- Sieht man vom Teilen und Weiterleiten von politischen Artikeln in den Sozialen Medien ab, was ausschließlich online passiert, ist das weitverbreitete Unterschreiben von Petitionen auch die am stärksten digitalisierte Beteiligungsform: 38% der österreichischen Bevölkerung haben Petitionen entweder ausschließlich online oder sowohl online als auch offline unterzeichnet. 26% haben Petitionen nur offline, sprich in Papierform, unterzeichnet
- Bei allen anderen Beteiligungsformen wird deutlich, dass sie weiterhin stark im Bereich der Offline-Partizipation angesiedelt sind: Bei den weiteren abgefragten Partizipationsformen liegt der Anteil von Online- bzw. gemischter Online- und Offline-Beteiligung zwischen insgesamt 6% (Ver-

such jmd. zur Teilnahme an einer politischen Aktivität zu motivieren) und 13% (persönlicher Kontakt zu Politikern). Besonders die häufige Partizipationsform, andere Personen zur Teilnahme an einer Wahl zu motivieren, geschieht in den allermeisten Fällen ausschließlich offline.

Abbildung 20: Politische Beteiligung on/offline in der Gesamtbevölkerung



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaute im Fragebogen: „Es gibt verschiedene Wege, seine politische Meinung zu vertreten. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon einmal getan?“ Und: „Und haben Sie das nur offline, d.h. nicht im Internet, sowohl online als auch offline oder nur online, also im Internet, getan?“

3.6 Einstellungen zur Demokratie

Das Demokratieverständnis der Befragten wurde mit Hilfe einer Faktorenanalyse in sechs übergeordnete Dimensionen eingeteilt:

- Unterstützung der demokratischen Staatsordnung
- Autoritarismus
- Interesse an direkter Demokratie
- Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung („Politikverdrossenheit“)
- Einstellung zu sozialer und kultureller Diversität
- Einstellung zu staatlicher Überwachung

Für jede Dimension wurden Indizes auf einer Skala von 0-10 Punkten erstellt. Dies ist einerseits notwendig, weil die zugrundeliegenden Fragen zum Teil verschiedene Antwortskalen haben. Andererseits ermöglicht dieses Vorgehen einen unmittelbaren inhaltlichen Vergleich der Indizes untereinander.

Generell wird die demokratische Staatsordnung auf breiter Basis unterstützt (Indexwert 7,7 auf einer Skala von 0-10). Nur ein kleiner Teil der Befragten äußert autoritäre Einstellungen (Indexwert 2,5). Das Interesse an direktdemokratischer Beteiligung ist ebenfalls hoch (Indexwert 6,5), auf der anderen Seite zeigt aber auch rund die Hälfte der Befragten manifeste Merkmale der Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung („Politikverdrossenheit“) bzw. des politischen Protests (Indexwert 6,1). Hinsichtlich der sozialen/kulturellen Diversität zeigt sich das Meinungsbild unter den Befragten polarisiert (Indexwert 5,2). Einstellungen zu Überwachungsmaßnahmen spiegeln das Bedürfnis nach Sicherheit auf der einen und nach Privatheit auf der anderen Seite (Indexwert 4,5).

Die genaue Zusammensetzung der Indizes wird im Folgenden beschrieben. In den Abschnitten 3.6.1 und folgenden wird deren Ausprägung in unterschiedlichen sozidemographischen Gruppen untersucht.

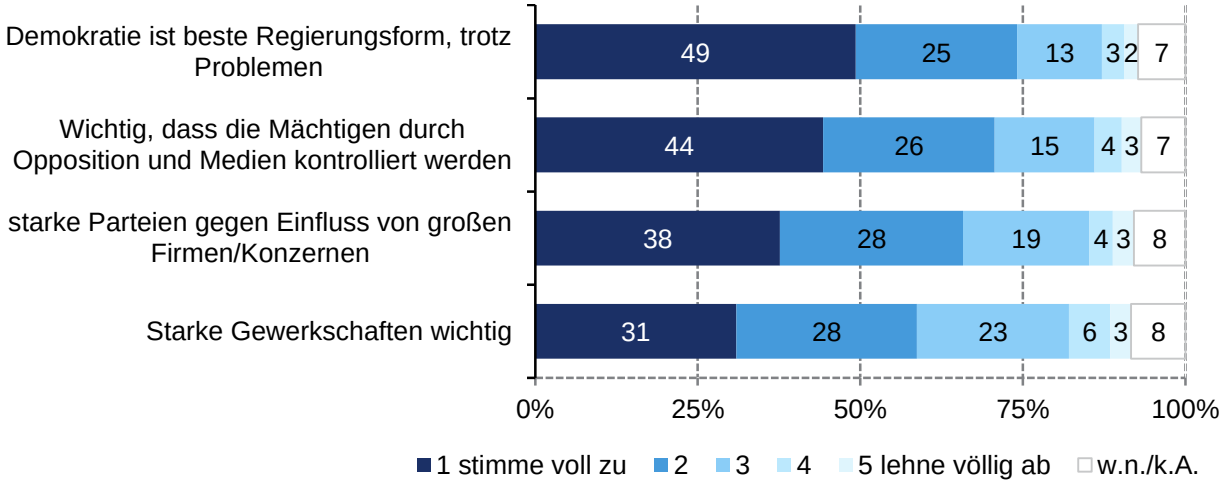
Unterstützung der demokratischen Staatsordnung

Diese Dimension spiegelt die Unterstützung für einen Teil der demokratischen Grundprinzipien wieder, wie sie in der österreichischen Bundesverfassung festgeschrieben sind, insbesondere dass neben einer demokratischen Legitimierung der Regierung auch die Rechte von Minderheiten bzw. von politischer Opposition gewahrt bleiben müssen.

- Mit 74% findet das Item „Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Problem mit sich bringen mag“ starke Zustimmung. Auf der 5-teiligen Skala stimmen dieser Frage 49% voll und 25% eher zu. Auf der anderen Seite lehnen 2% die Aussage völlig ab und 3% lehnen sie eher ab.
- Insgesamt 70% zeigen Zustimmung zum Grundsatz, dass die Mächtigen durch Opposition und Medien kontrolliert werden sollen.
- Zwei Drittel (66%) stimmen zu, dass starke Parteien wichtig sind, um den Einfluss von großen Firmen bzw. Konzernen zu minimieren.
- Einen hohen Stellenwert starker Gewerkschaften sehen noch 59% der Befragten.

Aufgrund ihrer Antworten zu diesen vier Items wurde jeder Befragte auf einem Index „Unterstützung der demokratischen Staatsordnung“ eingestuft. Je höher der Indexwert einer oder eines Befragten bzw. einer Gruppe von Befragten ist, umso stärker ist deren Unterstützung für eine demokratische Staatsordnung (Werte zwischen 0 und 10 sind möglich). Der Durchschnitt der Indexwerte aller Befragten liegt bei 7,7 Punkten.

Abbildung 21: Unterstützung einer demokratischen Staatsordnung



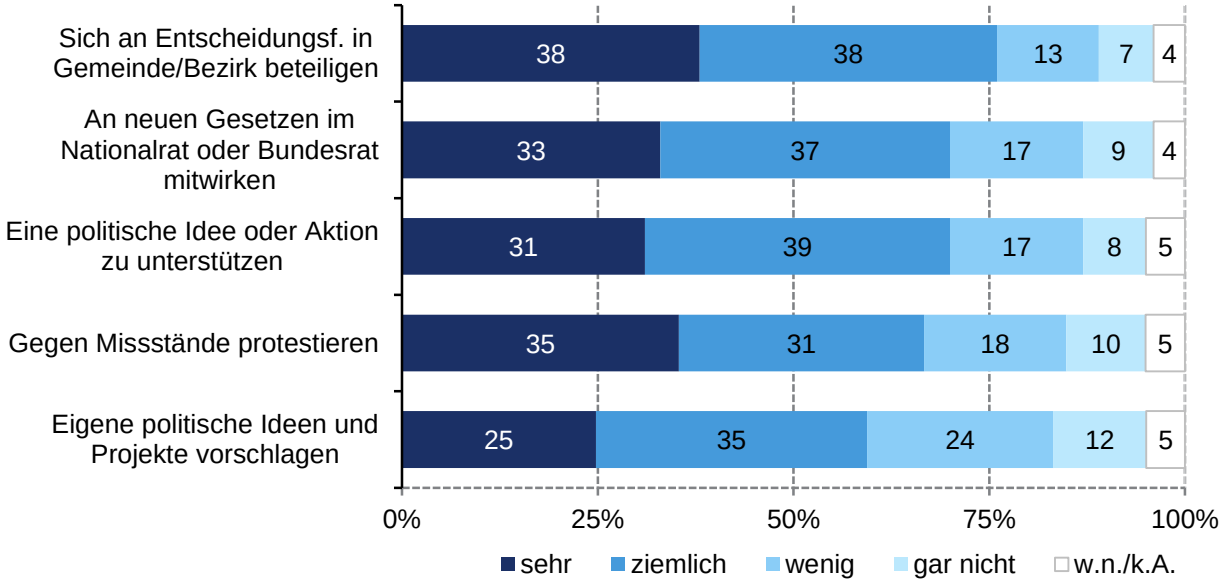
Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 5, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen. 1 bedeutet ‚stimme voll zu' und 5 bedeutet ‚lehne völlig ab'. Mit den Zahlen dazwischen können Sie abstufen."

Stellenwert direkter Demokratie

Die Basis für den Index „Stellenwert direkter Demokratie“ bilden die bereits in Abschnitt 3.5.1 beschriebenen Fragen nach dem Interesse der Befragten an direktdemokratischer Mitbestimmung auf unterschiedlichen Ebenen. Dieser Index spiegelt einen weiteren Teil der demokratischen Prinzipien der Republik Österreich wieder: Die Ergänzung der repräsentativen Vertretung im Parlament durch direktdemokratische Maßnahmen. Insgesamt ist das Interesse der Befragten an allen abgefragten direktdemokratischen Beteiligungsformen ähnlich groß (s. Abbildung 22).

Je höher der Indexwert einer oder eines Befragten bzw. einer Gruppe von Befragten ist, umso stärker ist deren Interesse an direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten. Der Durchschnitt der Indexwerte aller Befragten liegt bei 6,5 Punkten.

Abbildung 22: Interesse an direkter Demokratie



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Sind die folgenden Möglichkeiten der direkten Demokratie für Sie persönlich sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht interessant?“

Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung („Politikverdrossenheit“)

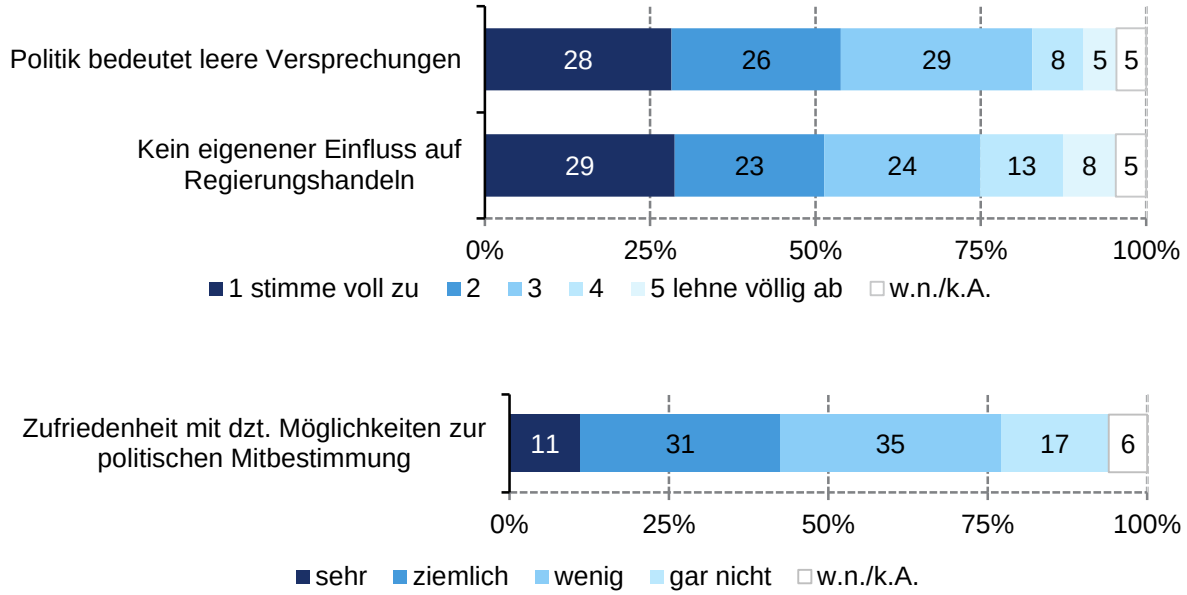
Dieser Index misst das Ausmaß der Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung in der österreichischen Gesellschaft, wobei ein hohes Ausmaß an Enttäuschung mit der österreichischen Politik nicht automatisch bedeuten muss, dass demokratische Grundwerte abgelehnt oder autoritäre Gesellschaftsformen unterstützt werden.

Die Basis für diesen Index bilden Fragen, die unterschiedliche Aspekte des Vertrauens in die Qualität der demokratischen Willensbildung messen:

- Hinsichtlich des Outputs des demokratischen Systems äußern insgesamt 54% der Befragten starke Zustimmung zu der Aussage „Politik bedeutet leere Versprechungen“.
- Hinsichtlich der Inputseite des politischen Systems stimmen ebenfalls über die Hälfte (52%) der Aussage zu, „Menschen wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“.
- Das dritte Item fasst beide Dimensionen zusammen und spiegelt das erhebliche Ausmaß an Enttäuschung, welches in den vorangegangenen Fragen deutlich wurde: 42% der Befragten sind „sehr“ oder „ziemlich“ zufrieden mit Ihren politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, 52% sind dagegen „wenig“ oder „gar nicht“ zufrieden.

Je höher der Indexwert einer oder eines Befragten oder einer Gruppe ist, umso stärker ist deren Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung („Politikverdrossenheit“). Der Durchschnitt der Indexwerte aller Befragten liegt bei 6,1 Punkten.

Abbildung 23: Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaute im Fragebogen: „Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 5, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen. 1 bedeutet ‚stimme voll zu' und 5 bedeutet ‚lehne völlig ab'. Mit den Zahlen dazwischen können Sie abstufen" Und: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren derzeitigen Möglichkeiten, das politische Geschehen in Österreich mitzubestimmen: sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?"

Einstellung zu Diversität

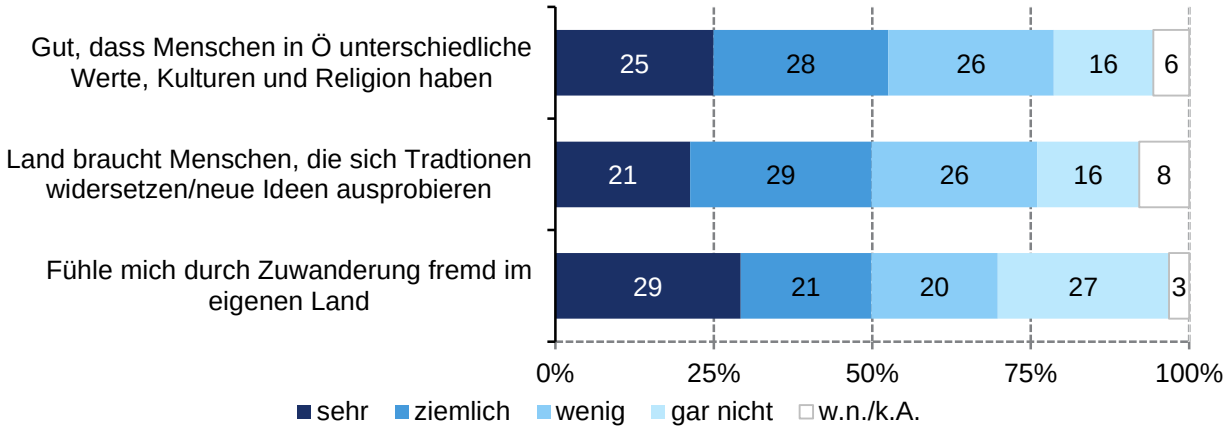
Dieser Index misst gesellschaftspolitisch liberale Einstellungen, also die Akzeptanz von kultureller Vielfalt, von Zuwanderung und der Infragestellung gesellschaftlicher Traditionen.

Die Verteilung der Antworten auf die einzelnen Items spiegelt die Polarisierung der österreichischen Gesellschaft auf dieser Dimension wieder, d.h. die Zustimmung bzw. Ablehnung der abgefragten Aussagen liegt jeweils bei etwa 50%:

- Insgesamt 52% stimmen „sehr“ oder „ziemlich“ zu, dass es gut sei, dass Menschen in Österreich unterschiedliche Werte, Kulturen und Religionen haben.
- Insgesamt 50% stimmen zu, dass es im Land Menschen braucht, die sich Traditionen widersetzen und neue Ideen ausprobieren.
- Die Zustimmung zur Aussage „Durch die Zuwanderung fühle ich mich wie ein Fremder im eigenen Land“ zeigt mit 50% stimme „sehr“ bzw. „ziemlich“ zu und 47% stimme „wenig“ bzw. „gar nicht“ zu ebenfalls eine starke Polarisierung.

Je höher der Indexwert einer oder eines Befragten bzw. einer Gruppe von Befragten ist, umso ausgeprägter ist deren Unterstützung für Diversität. Der Durchschnitt der Indexwerte aller Befragten liegt bei 5,2 Punkten.

Abbildung 24: Einstellung zu Diversität



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Unterstützung staatlicher Überwachungsmaßnahmen

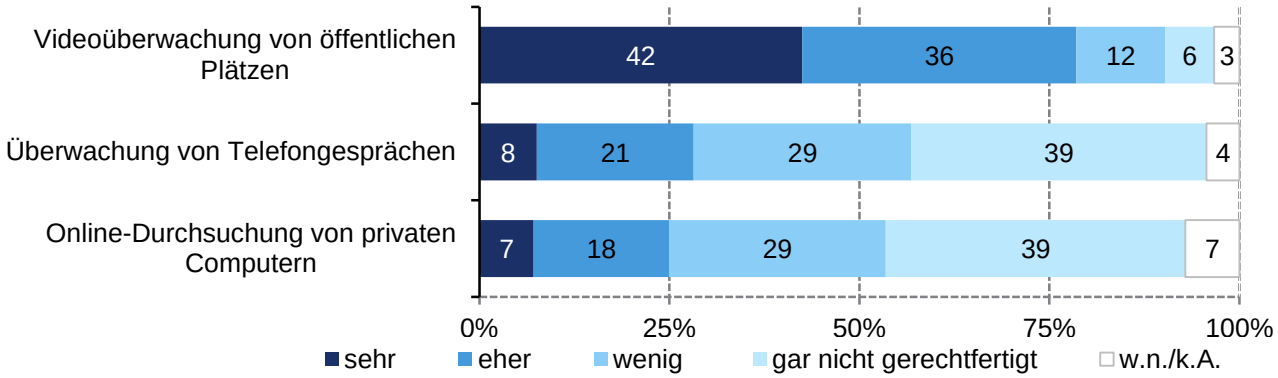
In der Debatte um staatliche Überwachung steht der Wunsch nach Schutz vor Kriminalität oder Terrorismus auf der einen Seite dem Recht auf Privatsphäre auf der anderen Seite gegenüber.

Im Rahmen der Studie wurde untersucht, für wie gerechtfertigt die Befragten eine Reihe von Überwachungsmaßnahmen halten.

- Einzig die Überwachung von öffentlichen Plätzen stößt auf breite Akzeptanz: Insgesamt 78% der Befragten halten diese für „sehr“ oder „ziemlich“ gerechtfertigt. Hier überwiegt offenbar der Wunsch nach „Sicherheit“.
- Auf deutliche geringere Zustimmung von nur 29% bzw. 25% der Befragten stoßen hingegen die Überwachung von Telefongesprächen und die Online-Durchsuchung von privaten Computern.

Je höher der Indexwert einer oder eines Befragten bzw. einer Gruppe von Befragten ist, umso ausgeprägter ist deren Unterstützung für staatliche Überwachungsmaßnahmen. Der Durchschnitt der Indexwerte aller Befragten liegt bei 4,5 Punkten.

Abbildung 25: Unterstützung staatlicher Überwachungsmaßnahmen



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaut im Fragebogen: „Welche der folgenden Maßnahmen seitens der Regierung halten Sie für gerechtfertigt? Sagen Sie mir bitte jeweils ob sie diese Maßnahmen für sehr, eher, wenig oder gar nicht gerechtfertigt halten.“

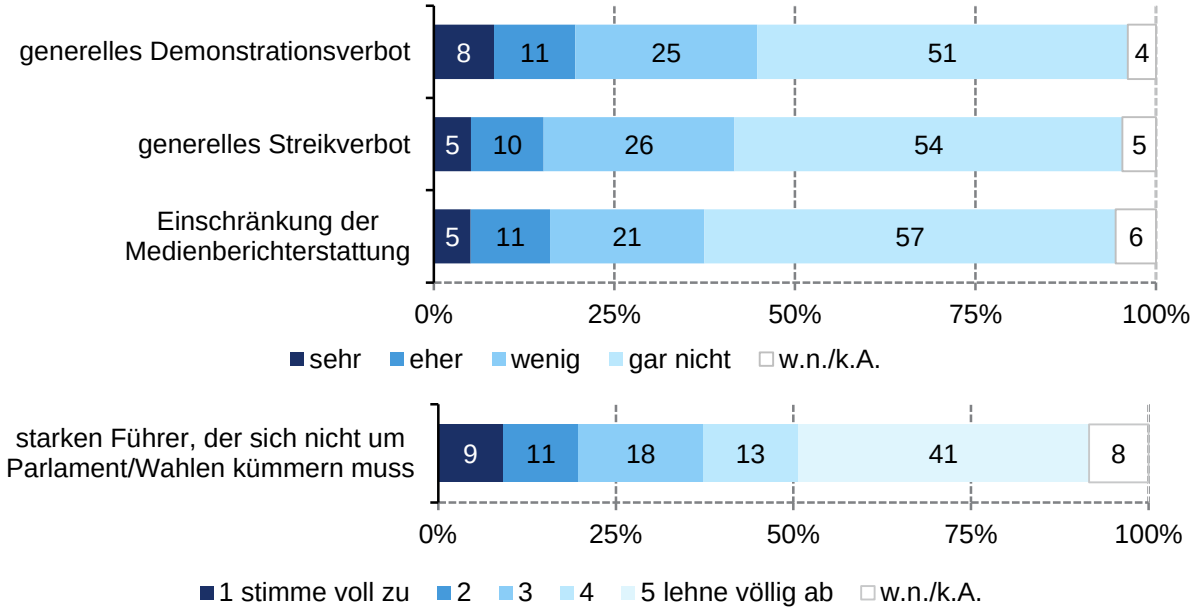
Unterstützung autoritärer Maßnahmen

Autoritäre Systeme zeichnen sich grundsätzlich durch die Einschränkung von demokratischer Partizipation sowie durch charismatische Personen bzw. dominante Parteien aus, die für sich in Anspruch nehmen, den Willen der Bevölkerung umzusetzen. Der folgende Index misst die Zustimmung zu Maßnahmen, die einer autoritären Staatsform entsprechen bzw. den Wunsch nach einer Führerfigur.

- Die Unterstützung für autoritäre Maßnahmen wie dem generellen Verbot von Demonstrationen oder Streiks bzw. der Einschränkung der Medienberichterstattung fällt sehr gering aus: Lediglich zwischen 15% und 19% der Befragten halten solche Maßnahmen für „sehr“ oder „eher“ gerechtfertigt. Der Anteil von Befragten, die solche Maßnahmen für „gar nicht“ gerechtfertigt halten, liegt bei mindestens 51% (generelles Demonstrationsverbot) und maximal 57% (Einschränkung der Medienberichterstattung).
- Dem Konzept eines starken Führers, der sich nicht um Parlament oder Wahlen kümmern muss, stimmen insgesamt 20% der Befragten stark zu (9% „stimme voll zu“ und 11% „stimme eher zu“).

Je höher der Indexwert einer oder eines Befragten bzw. einer Gruppe von Befragten ist, umso ausgeprägter ist deren Autoritarismus. Der Durchschnitt der Indexwerte aller Befragten liegt bei 2,5 Punkten.

Abbildung 26: Unterstützung autoritärer Maßnahmen bzw. Staatsform



Anm.: Basis: Alle Befragten (n=1.977), Wortlaute im Fragebogen: „Welche der folgenden Maßnahmen seitens der Regierung halten Sie für gerechtfertigt? Sagen Sie mir bitte jeweils ob sie diese Maßnahmen für sehr, eher, wenig oder gar nicht gerechtfertigt halten.“ Und: „Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 5, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen. 1 bedeutet ‚stimme voll zu‘ und 5 bedeutet ‚lehne völlig ab‘. Mit den Zahlen dazwischen können Sie abstufen.“

3.6.1 Demokratieverständnis nach Altersgruppen

Das Alter der Befragten spielt für das Demokratieverständnis in den hier untersuchten sechs Dimensionen nur eine geringe Rolle, d.h. die Ausprägung der Indizes in unterschiedlichen Altersgruppen zeigt nur wenig ausgeprägte Unterschiede:

Das Ausmaß der **Unterstützung einer demokratischen Staatsordnung** ist insgesamt sehr hoch. Unter Befragten über 55 Jahren liegt sie leicht über dem Durchschnitt, während sie bei Befragten unter 35 Jahren leicht unter dem Durchschnitt liegt.

Unter Befragten über 65 Jahren hat **direkte Demokratie** tendenziell einen etwas geringeren Stellenwert, während er besonders bei Befragten zwischen 35 und 44 Jahren und bei jenen zwischen 15 und 24 Jahren etwas über dem Durchschnitt liegt.

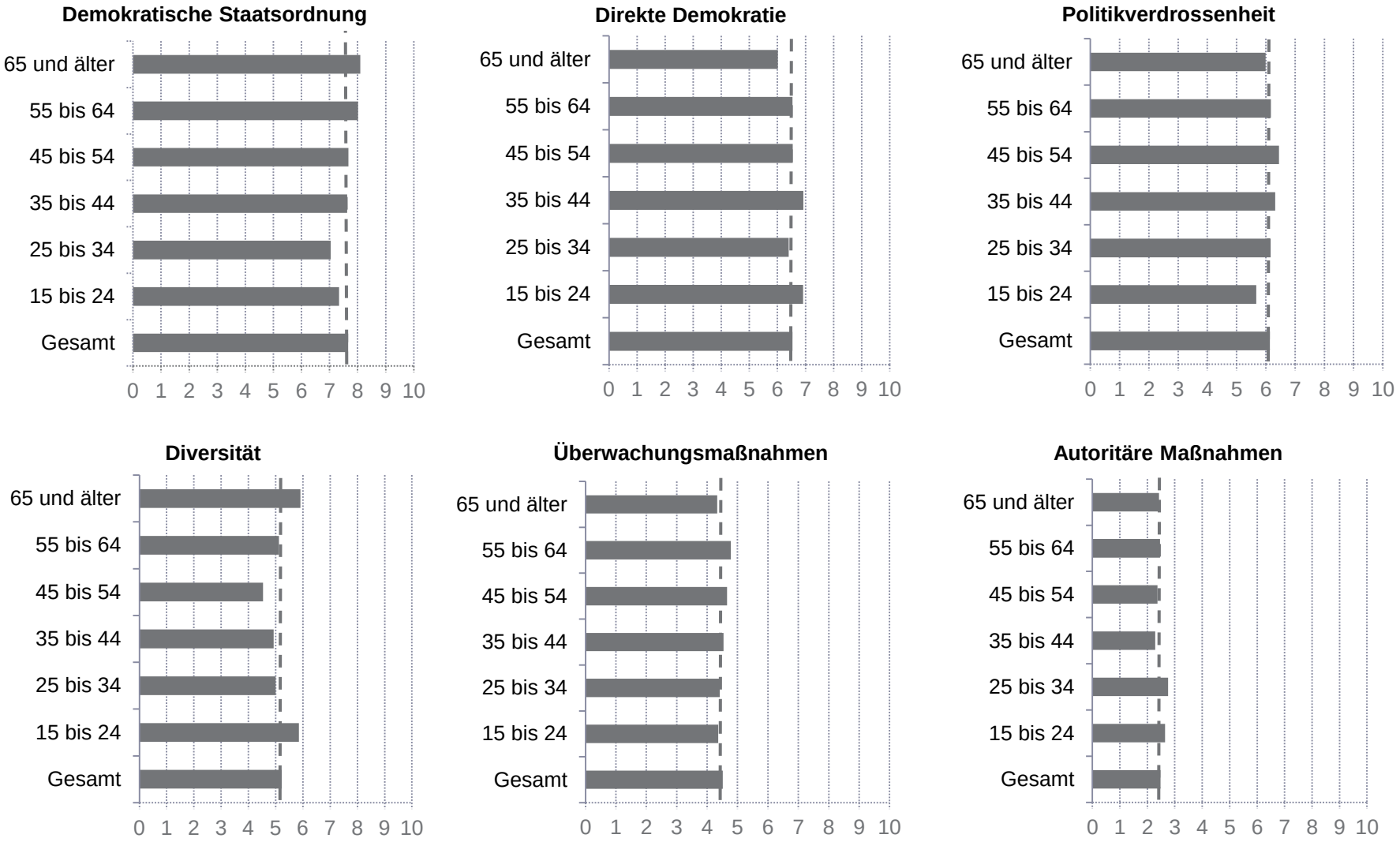
Die bei rund der Hälfte der Bevölkerung ausgeprägte **Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung** bzw. Politikverdrossenheit ist unter Befragten zwischen 35 und 54 Jahren etwas stärker und unter den Jüngsten (15 bis 24 Jahre) unterdurchschnittlich verbreitet.

Die **Unterstützung für Diversität**, jenes Thema, bei dem das Meinungsbild am stärksten polarisiert ist, variiert deutlich nach dem Alter der Befragten: Besonders ältere Befragte (65 Jahre und älter) und besonders junge Befragte (zwischen 15 und 24 Jahren) äußern hier die größte Unterstützung für Diversität, während Befragte zwischen 45 und 54 Jahren die geringste Unterstützung für Diversität äußern.

Die **Unterstützung staatlicher Überwachungsmaßnahmen** ist, sieht man von der Videoüberwachung öffentlicher Plätze ab, nicht sehr stark ausgeprägt und variiert auch kaum nach Altersgruppen.

Es gibt unter den Befragten kaum **Unterstützung für autoritäre Maßnahmen** bzw. eine autoritäre Staatsform und auch die Altersunterschiede sind hier nur gering.

Abbildung 27: Indizes zum Demokratieverständnis nach Altersgruppen



3.6.2 Demokratieverständnis nach formaler Bildung

Formale Bildung (höchster Abschluss) ist zum einen unmittelbar Ausdruck von kulturellem Kapitel, zum anderen hängt Bildung mittelbar auch mit sozialem Status und der Ausstattung mit Ressourcen zusammen. Dementsprechend zeigen sich bei der Ausprägung folgender Indizes nach Bildung teils deutliche Unterschiede:

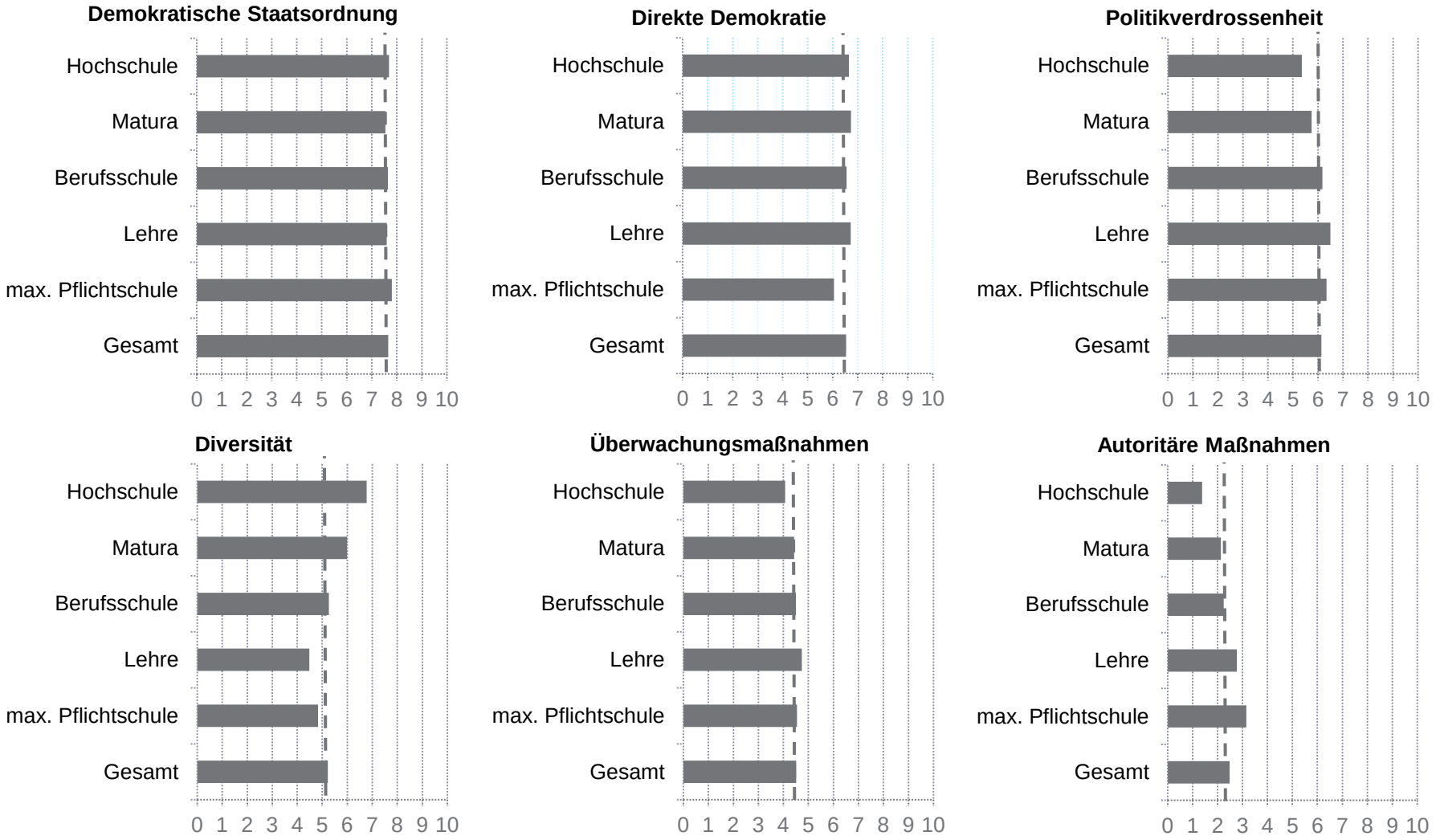
Insgesamt hat **direkte Demokratie** für Befragte aller Bildungsgrade einen hohen Stellenwert, wobei Befragte mit Pflichtschulabschluss geringfügig unter dem Durchschnitt liegen.

Das Ausmaß der **Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung** bzw. Politikverdrossenheit ist bei Befragten mit Lehrabschluss stärker und bei Befragten mit Hochschulabschluss oder Matura unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Hinsichtlich der **Unterstützung von Diversität** gibt es einen deutlichen Zusammenhang mit dem Bildungsgrad: Je gebildeter die Befragten sind, umso mehr Unterstützung für Diversität äußern sie.

Ein ähnlicher Zusammenhang ist bei der **Unterstützung für autoritäre Maßnahmen** festzustellen, d.h. der Autoritarismus nimmt mit höherem Bildungsgrad ab.

Abbildung 28: Indizes zum Demokratieverständnis nach Bildung



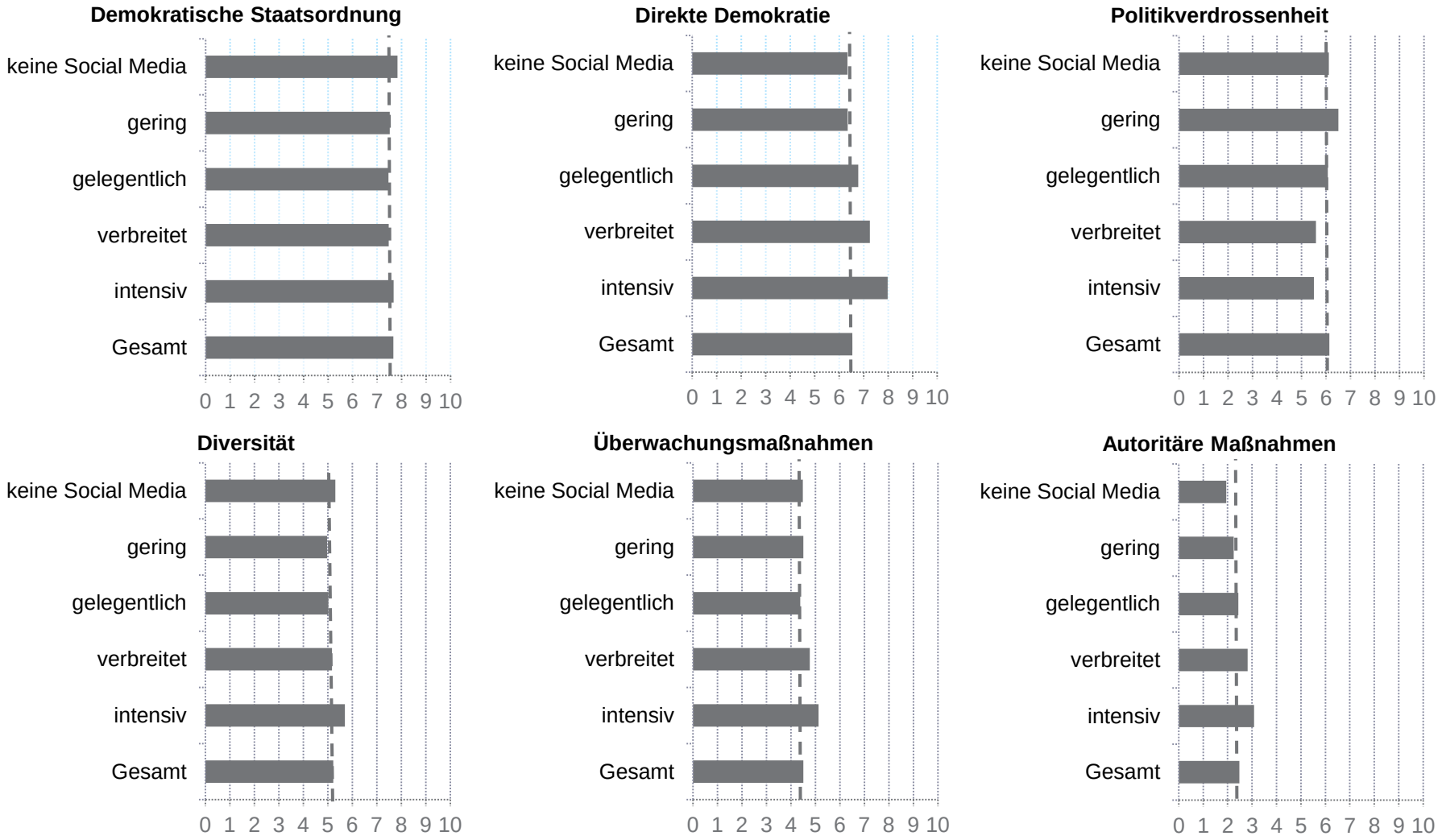
3.6.3 Demokratieverständnis nach politischem Informationskonsum im Social Web

Der Einfluss der Digitalisierung auf das Politik- und Demokratieverständnis der Bevölkerung ist nach den vorliegenden Daten als gering einzustufen:

- Das hohe Ausmaß an Unterstützung für eine demokratische Staatsordnung ist von der Internetnutzung unabhängig, d.h. gleich groß sowohl unter intensiven als auch geringen NutzerInnen des Internet bzw. von politischen Informationen im Social Web.[51]
- Allenfalls geht mit einem höheren politischen Informationskonsum online ein höheres Interesse an direktdemokratischer Beteiligung (und ein höheres politisches Interesse) einher. D.h. direkte demokratische Mitsprache hat bei den kleinen Gruppen der Befragten, die politische Informationen im Social Web intensiv bzw. verbreitet nutzen, einen höheren Stellenwert als bei der Mehrheit der weniger aktiven Befragten.
- Auch die Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung ist bei Befragten, die viele politische Informationen über Social Media konsumieren, weniger ausgeprägt als bei jenen, die Politik über diesen Kanal nur wenig oder gar nicht mitverfolgen.
- Hochwertige und verlässliche öffentliche Informationsangebote sowie Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten online erreichen also insbesondere politik- und online-affine NutzerInnen und können deren Vertrauen in das politische System und die eigenen Beteiligungsmöglichkeiten stärken.

[51] Die Unterstützung für Überwachungsmaßnahmen und für autoritäre Maßnahmen ist bei jenen Gruppen, die politische Informationen über Social Media intensiver konsumieren, geringfügig stärker als im Durchschnitt der Befragten.

Abbildung 29: Indizes zum Demokratieverständnis nach politischem Informationskonsum im Social Web



4 Ergebnisse der qualitativen Interviews

Die bisher dargestellten Ergebnisse werden in diesem Kapitel durch eine Auswertung von 15 qualitativen Interviews mit onlineaffinen Personen aus Österreich ergänzt. Durch diese ausführlichen, dialogischen Interviews wird ein tiefer gehender Blick auf die Zusammenhänge zwischen Demokratieverständnis, Internetnutzung und politischem Informationskonsum erzielt.

4.1 Methodische Vorgangsweise

Die InterviewpartnerInnen wurden aus dem Datensatz der Online-Befragung rekrutiert. Die ausgewählten TeilnehmerInnen gaben am Ende der Online-Befragung ihre Zustimmung, an einem vertiefenden Interview zum Thema Internet und Demokratie teilzunehmen. Für die Auswahl der InterviewpartnerInnen wurde wie bei qualitativer Forschung üblich ein Sampling Plan erstellt, um eine hohe Varianz relevanter Merkmale sicherzustellen (s. Tabelle 7).

Tabelle 7: Merkmale der InterviewpartnerInnen

Geschlecht		**Bildung**	
Frauen	7	PS/Lehre	7
Männer	8	BMS	3
		Matura/Universität	5
Alter		**Social Media Nutzung**	
unter 45 Jahre	7	Ja	9
Ab 45 Jahre	8	Nein	6
Berufsstatus		**Auskommen mit dem Einkommen**	
Berufstätig	10	kann gut dann von leben	5
in Pension	3	reicht einigermaßen	6
Sonstiges	2	reicht knapp bzw. nicht aus	4
Gesamt	15	***Gesamt***	15

Quelle: SORA

Die Interviews wurden telefonisch im November 2017 durchgeführt und dauerten im Durchschnitt 45 Minuten. Sie wurden mit dem Einverständnis der InterviewpartnerInnen als Audiodatei aufgezeichnet und in der Folge vollständig transkribiert.

Als Erhebungsinstrument wurde ein Interviewleitfaden eingesetzt, d.h. im Vergleich zu rein narrativen Interviews wurde auf bestimmte, von den ForscherInnen vorgegebene Themen und Fragestellungen fokussiert. Durch diese Vorstrukturierung der Interviews mittels eines einheitlichen Leitfadens wird in den Interviews ein ähnliches Themenspektrum angesprochen und damit eine stärkere Vergleichbarkeit der Aussagen gewährleistet. Dieser

Leitfaden wurde auf der anderen Seite aber durchaus flexibel gehandhabt, um Themen und Erzählungen der InterviewpartnerInnen Raum zu geben bzw. ein freies Erzählen anzuregen. Dies wird durch eine Haltung der InterviewerInnen gefördert, die durch Vermeiden von intervenierenden Fragen, aufmerksames Zuhören und sensibles Nachfragen bzw. „aktives Zuhören“ den Befragten Raum zur eigenen Entfaltung ihrer Geschichten geben sollen.

Konkret gliederte sich der Leitfaden in folgende Abschnitte:

- politische Alltagserfahrungen,
- Nutzung und Nutzungsverhalten von politischen Informationsquellen,
- Aktivität und Beurteilung von Social Media,
- Nutzung von öffentlichen Seiten und Informationen
- Politik- und Demokratieverständnis

Die Auswertung der Interviews erfolgte zunächst themenanalytisch, in der Folge wurden die einzelnen Themen zusätzlich systemanalytisch ausgewertet (Forschauer & Lueger 2003). Dieses Auswertungsverfahren für qualitative Interviews eignet sich zur Analyse von Sinnstrukturen, Handlungsmustern und Prozessen. Die Grundlage für die Auswertung bildete ein Kategorienschema, das anhand der zentralen Themen der Interviews entwickelt wurde. Die einzelnen Erzählpassagen jedes Interviews wurden dementsprechend thematisch gegliedert und kodiert.

4.2 Wie Politik unterschiedlich erlebt wird: Politik-Affine versus Politik-Distante

Im Zuge der Auswertung zeigten sich deutliche und systematische Unterschiede in den Wahrnehmungen und Einstellungen der Befragten zur Politik, ihrem Informationsverhalten und ihrem Demokratieverständnis. Für die Auswertung wurden daher zwei grundlegende Typen unterschieden – Politik-Affine und Politik-Distante –, deren differenzierte Einstellungs- und Verhaltensweisen den roten Faden für die Darstellung der Ergebnisse im diesem Berichtsteil liefern. – Tabelle 6 bietet eine Übersicht zu beiden Typen nach sozio-demographischen Merkmalen.

Tabelle 8: Politik-Affine vs. Politik-Distante nach Soziodemographie

	Politik-Affine	Politik-Distante
Geschlecht		
Männer	4	4
Frauen	4	3
Alter		
unter 45 Jahre	3	4
Ab 45 Jahre	5	3
Berufsstatus		
Berufstätig	4	6
in Pension	3	-
Sonstiges	1	1
Auskommen mit dem Einkommen		
Gut bis einigermaßen	7	4
Knapp bis gar nicht	1	3
Bildung		
Ohne Matura	3	7
Mit Matura	5	-
Politisches Interesse		
sehr interessiert	3	1
ziemlich interessiert	5	4
wenig interessiert	-	2
Gesamt	**8**	**7**

Quelle: SORA

4.2.1 Politik-Affine: positives Politikverständnis und politisch aktiv

Charakteristisch für diese Gruppe ist ein ausgeprägtes politisches Interesse. Dieses zeigt sich beispielsweise durch das persönliche politische Engagement, das Bedürfnis Politik zu leben und weiterzugeben sowie das aktive Verfolgen des politischen Geschehens über verschiedene Kanäle. Politik-Affine heben in den Interviews immer wieder die Allgegenwärtigkeit und Wichtigkeit der Politik im Allgemeinen hervor: Politik betreffe alle ÖsterreicherInnen und es sei die Verantwortung jedes Einzelnen, sich zu informieren, zu beteiligen und wählen zu gehen. Häufig bemängeln Politik-Affine daher ein mangelndes politisches Interesse in der Bevölkerung und fordern mehr politische Bildung.

Politik-Affine sprechen sich in der Regel für Weltoffenheit und Toleranz aus und sie weisen einen höheren sozialen Status auf, d.h. sie verfügen über eine höhere formale Bildung und sind finanziell besser abgesichert.

Illustrations-Beispiel 1: weiblich, 61, politikaffin

Diese weibliche Interviewperson ist 61 Jahre alt, wohnt in einer Stadt in Kärnten und ist pensioniert. Sie ist politisch sehr interessiert und betrachtet es als Pflicht der BürgerInnen, sich in einer Demokratie politisch zu informieren, was sich in ihrem Informationsverhalten widerspiegelt. Sie informiert sich umfas-

send und setzt sich auch inhaltlich mit den Parteiprogrammen auseinander. Sie benutzt dabei sowohl klassische Medien als auch Social Media, vertraut den Informationen aus den Medien aber nicht gänzlich, sondern steht ihnen kritisch gegenüber.

Sie gibt an, dass ihr politisches Interesse durch ihre Eltern geprägt wurde, die sich aufgrund ihres Berufs sehr dafür interessierten. Ihre heutige Parteipräferenz sei durch diese Erfahrung stark geprägt. Sie war stolz, als sie das erste Mal an Wahlen teilnehmen durfte, da das Wahlrecht für Frauen für sie keine Selbstverständlichkeit darstellt. Sie selbst engagierte sich politisch ab dem jungen Erwachsenenalter, als sie in ihrem ersten Job der Gewerkschaft beitrat. Auch heute führt sie regelmäßig politische Diskussionen mit Freunden oder Verwandten. An politischen Diskussionen ist ihr wichtig, dass diese auf Augenhöhe geführt werden und sich beidseitig Respekt entgegengebracht wird. Außerdem hält sie es für wichtig, dass es verschiedene Standpunkte und Meinungen gibt.

Demokratie stellt für sie etwas Wesentliches und Grundlegendes dar. Sie hält demokratische Grundwerte hoch, betont ihre Pflicht als Bürgerin und versucht dieses Bewusstsein auch an ihre eigenen Kinder weiterzugeben. Zudem schätzt sie Errungenschaften wie das allgemeine Wahlrecht oder die staatliche soziale Absicherung. Trotzdem wünscht sie sich mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung, etwa durch Volksabstimmungen, wenn auch bestimmte Themen, die die Grundwerte betreffen, davon ausgeschlossen bleiben sollten. Als problematisch empfindet sie falsche Informationen in den Medien, die Angst bei den Menschen auslösen. Trotzdem ist sie froh, Österreicherin zu sein und blickt hoffnungsvoll in die Zukunft.

> „Meine Eltern haben mir das natürlich auch mitgegeben und ich war eigentlich auch sehr stolz, als ich das erste Mal zur Wahl gehen durfte, weil das ja keine Selbstverständlichkeit ist, dass man als Frau ein Wahlrecht hat. Und ich habe das auch versucht meinen zwei Jungs weiterzugeben in der Richtung, also sie interessieren sich sehr für Politik, weil das einfach was ganz Wichtiges und Wesentliches ist und in der Demokratie unumgänglich (…)."

> „(…) dass man das respektiert, also wenn Bekannte oder Freunde…, dass man ihre Meinung genauso respektiert, klarerweise. Also dass man in Augenhöhe eine Diskussion führt, das ist natürlich ganz wichtig, ja, weil es gibt ja zum Glück diverse Standpunkte, das muss man auch sagen. Aber dass man halt dann einfach bereit ist seine Meinung zu vertreten, und dass man da nicht irgendwie bös ist oder sagt, das verstehst Du nicht. Da kann man nur sagen, OK, ich akzeptiere deine Meinung, aber meine Meinung zu dem Thema schaut eben so aus."

4.2.2 Politik-Distante: negatives Politikverständnis und politisch passiv

Das politische Interesse der Politik-Distanten ist weniger stark ausgeprägt und das Ausmaß an verwendeten Informationsquellen zu politischen Themen ist im Vergleich zu den Affinen niedriger. Sie schildern Politik im Alltag eher negativer, als etwas Omnipräsentes, dem sich niemand entziehen kann.

Zusätzlich bringen sie im Vergleich zu den Politik-Affinen ihre politische Unzufriedenheit und Enttäuschung gegenüber dem politischen System und den politischen VertreterInnen stärker zum Ausdruck, z.B. fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten, eine Distanz zu politischen VertreterInnen, Unmut über politische Entscheidungen. – Bei einem Teil dieser Gruppe treten zur Distanz gegenüber der Politik noch die Emotionen der Enttäuschung bis hin zur Wut hinzu (s. Illustrationsbeispiel 3 unten).

Politik-Distante sprechen sich auf der Werteebene eher für Tradition, Ordnung und Disziplin aus. Sie haben eine niedrigere formale Bildung (keine Matura) und sind finanziell schlechter abgesichert.

Illustrations-Beispiel 2: weiblich, 32, politikdistant

Diese weibliche Interviewperson ist 32 Jahre alt, wohnt in einer Stadt in der Steiermark und arbeitet in einer kleinen Firma im Büro. Sie gibt an, mit ihrem Einkommen nur knapp auszukommen. Das Internet nutzt sie jeden Tag und online Informationen zu finden fällt ihr grundsätzlich leicht.

Politik spielte während ihrer Jugend bis ins frühe Erwachsenenalter keine große Rolle. So informiert sie sich auch heute nicht gezielt, sondern eher nebenbei über Politik, etwa in der Arbeit, wenn sie die aufliegenden Zeitungen durchblättert. Politische Gespräche und Diskussionen führt sie eher selten und wenn, dann nimmt sie daran passiv als Zuhörerin teil. Sie beteiligt sich politisch zwar öfter in Form von Online-Petitionen, kümmert sich allerdings nicht aktiv darum, sondern reagiert darauf wenn sie gefragt wird. Ihr politisches Interesse setzte im frühen Erwachsenenalter ein, aufgrund des Zeitunglesens und mit Bezug auf aktuelle Themen, nämlich die Kritik an einer „Überfremdung“ im eigenen Land und die mangelnde Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Grundsätzlich zeigt sie sich zufrieden mit der politischen Situation und findet es positiv, dass die Parteienlandschaft so bunt gemischt ist. Darüber hinaus empfindet sie keine eindeutige politische Zugehörigkeit, sondern nimmt bei allen Parteien Punkte wahr, die sie für interessant und gut hält. Trotzdem empfindet sie Politik insgesamt als anstrengend und mühsam. So gibt sie an, dass sie einen Stillstand in der Politik bemerke, da eine geringe Kompromissbereitschaft bestehe und sich die Parteien fortwährend gegenseitig blockieren.

Darüber hinaus schätzt sie ihre eigene Einflussmöglichkeit auf politische Entscheidungen als verschwinden gering ein.

> „Zuerst hat Politik für mich überhaupt kein Interesse gehabt. Bis ich jetzt, ja, 25 geworden bin, hat mich das überhaupt nicht interessiert das Politische, gar nicht. Und jetzt erst langsam interessiert mich das Ganze wirklich, weil ich da einfach sehe, einfach so viele Migranten, die so schlecht Deutsch sprechen, die Kinder allgemein, wenn ich mit der Straßenbahn fahre, oder durch die Stadt gehe, ich meine, ich arbeite in der Innenstadt, es ist furchtbar, die Bildung. Also mir kommt vor, die lernen auch nichts mehr in der Schule“

> „Ich finde dass die einfach zu viel streiten, sie streiten, sie kommen sich nicht näher, sie wollen einfach keine Kompromisse eingehen. Der eine bockt, der andere bockt mehr, blöd gesagt (…). Und irgendein neues Destaster kommt dann wieder auf und dann geht wieder nichts weiter“

Illustrations-Beispiel 3: männlich, 40, politikdistant und wütend

Diese männliche Interviewperson ist 40 Jahre alt, wohnt am Land in der Region Mühlviertel und befindet sich momentan auf Arbeitssuche. Er gibt an, mit seinem Einkommen nur knapp auszukommen. Er informiert sich eher passiv, vorwiegend über TV Sendungen oder über Tageszeitungen, wenn sie ihm „in die Hände fallen“. Zudem spielt Politik auch auf Facebook eine Rolle, wenn er sich darüber auch eher negativ äußert.

Für ihn war Politik lange Zeit kein zentrales Thema. Sein Interesse setzte mit etwa 30 Jahren ein und ging einher mit lebensphasenspezifischen Themen wie Hausbau, der Gründung einer Familie und den finanziellen Fragen in diesem Zusammenhang. Darüber hinaus beschäftigen ihn Arbeitsmarkt bezogene Themen, die Flüchtlingspolitik, die fehlende Infrastruktur in der Region sowie die vergangenen Wahlkämpfe, die sehr zu seiner Ermüdung von politischen Themen beigetragen haben.

In Bezug auf die Politik überwiegt bei ihm tiefe Enttäuschung und Wut, was konkret vor allem die oben genannten Themen betrifft. So empört er sich etwa über die Reduzierung des Kindergartengelds, die hohen Lohnnebenkosten für Unternehmen, die Gehälter der Politiker oder die Kosten der Wahlkämpfe. Zudem betont er, dass diese Verdrossenheit nicht nur auf ihn selbst, sondern auf seinen gesamten Bekanntenkreis in der Region zutreffe.

Die Politik ist für ihn gänzlich entkoppelt vom Willen und von den Bedürfnissen der Bevölkerung, da sie sich in keiner Weise um die Region kümmert. Demnach zeigt er sich auch mehr als unzufrieden mit den derzeitigen Möglichkeiten der Mitbestimmung, da die eigenen Interessen unberücksichtigt bleiben. Zudem sieht er eine Demokratie in Österreich faktisch nicht mehr ge-

geben. Für ihn überwiegt vielmehr der Eindruck, von der Politik und der EU fremdbestimmt zu werden, da der „kleine Mensch“ keine Einflussmöglichkeit besitze und Politiker nur nach ihren eigenen Interessen entscheiden, ohne die Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen. Als „die Politik“ definiert er eine unerreichbare Sphäre, die gänzlich außerhalb seiner Lebenswelt stattfindet. Politik auf Regional- und Gemeindeebene fallen bei ihm nicht unter diesen Begriff.

> „Ah, ja, was spielt das für eine Rolle? Da bin ich momentan ein bisschen enttäuscht von der ganzen Politik, sagen wir mal so. Spielt eigentlich schon eine große Rolle, weil‘s natürlich als Häuselbauer, das betrifft uns in dem Sektor. Also jetzt momentan zum Beispiel, wir haben zwei Kinder, und da geht es jetzt wieder um die Streichung von dem Kindergartengeld und so. Ja, und das ist ja auch die Aufgabe von der Politik praktisch, ja, also das kommt ja von der Politik.“

> „Ja, also hat schon einen sehr großen Einfluss auf’s Leben, die Politik. Aber leider, der kleine Mensch kann ja nicht wirklich was verändern, das ist das Traurige daran.“

> „[Ich bin] schlicht und einfach enttäuscht und wie gesagt, ich erwarte mir nicht mehr recht viel von der Politik, was momentan lauft.“

4.3 Erfahrungen im Jugendalter prägen das politische Interesse

Im Zuge der qualitativen Interviews wurde den Befragten eingangs Gelegenheit gegeben, über ihre persönlichen und biographischen Erfahrungen mit Politik zu sprechen.

Die meisten politikaffinen InterviewpartnerInnen mit hohem politischem Interesse erzählen von positiven Erfahrungen aus der Kindheit, dem eigenen Elternhaus oder der Schulzeit, welche ihr heutiges Interesse zu politischen Themen positiv beeinflussten. Dazu zählen Erfahrungen wie die aktive politische Partizipation der Eltern (z.B. die wöchentliche Teilnahme am autofreien Tag), Teilnahme an Diskussionen zwischen und mit den Eltern, kritische Diskussionen mit Freunden und Bekannten sowie die Teilnahme und Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen und Vereinen. Der Fokus der politischen Themen lag im Jugendalter noch stärker auf regionaler Ebene, erst später wurden nationale und internationale Themen wichtig.

> „Ich kann mich erinnern, das war die erste Ölkrise, also Anfang der 70er Jahre, da werde ich wahrscheinlich so in die Volksschule gegangen sein. Da war dann dieser berühmte autofreie Tag. An das erinnere ich mich schon, ja (…), dass wir einfach gesagt haben, OK, einen Tag in der Woche fahren wir nicht mit dem Auto, weil das notwendig ist aus, im Prinzip, wenn man so will, energiepolitischen Gründen.“ (Int. 6, männlich, 50, politikaffin)

So wie für sie selbst Politik bereits in jungen Jahren in ihrem Leben integriert war, möchten sie es auch an ihre Kinder bzw. die nachfolgenden Generationen weitergeben und fordern auch vom jetzigen Schulsystem mehr politische Bildung im Unterricht, die über das reine kognitive Wissen hinausgehen soll.

> „Also meine Kinder wissen, dass ich sehr sauer werde, sehr sauer werde, wenn ich von jemandem wüsste, dass er ungültig wählt oder dass er nicht zu Wahl geht." (Int. 4, männlich, 68, politikaffin)

Im Gegensatz dazu, schildern die politikdistanten InterviewpartnerInnen, die ein geringes Interesse für das politische Geschehen aufweisen, keine oder aber negative politischen Erfahrungen aus der Kindheit und Jugend, wodurch sie sich von Politik eher distanzierten. Ein Teil kann sich an keine besonderen Ereignisse erinnern, während der andere Teil von Familienmitgliedern erzählt, v.a. den Vätern und Großvätern, die besonders extreme Einstellungen und Ansichten vertraten, sodass politische Diskussionen meist mit Konflikten innerhalb der Familie und im Bekanntenkreis verbunden waren. Zusätzlich war für diese Gruppe Politik auch in der Schule kein Thema.

> „Sehr, sehr, sehr, sehr, sogar unser Vater auch, ja. Der hat nicht aufgehört zu politisieren, aber immer das Gleiche, halt nur von einer Seite." (Int. 1, weiblich, 64, politikdistant)

Diese Gruppe möchte auch ihre Kinder und die nächste Generation eher nicht mit Politik belasten und sie auch nicht beeinflussen. Jeder und jede solle sich selber ein Bild machen.

> „Ich möchte sie nicht zu viel beeinflussen, sie sollen eine eigene Meinung haben." (Int. 7, männlich, 39, politikdistant)

Bemerkenswerte PolitikerInnen oder politische Vorbilder können politisches Interesse stärken

PolitikerInnen, die als authentisch und ehrlich wahrgenommen werden, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, werden von den Befragten als förderlich für das politische Interesse wahrgenommen, ebenso Personen aus dem näheren Bekanntenkreis. Im Gegensatz dazu stärken Streitereien, Lügen, etc. von einzelnen PolitikerInnen und Parteien die Politikverdrossenheit.

> „Natürlich, der Kreisky, der hat mich schon…, nämlich als er als Österreicher doch sehr offensiv in die Außenpolitik gegangen ist, und dass Österreich durchaus international auch einen Ruf [hat …], das hat mich schon fasziniert und auch interessiert." (Int. 6, männlich, 50, politikaffin)

4.4 Informationsquellen zum politischen Geschehen

Hinsichtlich ihres politischen Informationskonsums unterscheiden sich die beiden untersuchten Typen in einigen Aspekten:

Während die Politik-Affinen Tageszeitungen wie die Kleine Zeitung und den Standard lesen, bevorzugen die Politik-Distanten eher die Kronen Zeitung (s. Abbildung 30). Beide Gruppen nutzen im selben Ausmaß Online-Zeitungen, um sich über das politische Tagesgeschehen zu informieren, wobei die Affinen eher ergänzende Zeitungen zu ihren Printmedien suchen, während die Distanten das präferierte Printmedium auch online nutzen.

Fernsehsendungen als politische Informationsquelle werden von rund der Hälfte der InterviewpartnerInnen genutzt, unabhängig davon, welchem Typ sie angehören. Auffällig ist, dass die Gruppe der Distanten ein größeres Vertrauen in private Sender als dem ORF äußern, während Affine wesentlich häufiger die ORF-TV-Thek nutzen (s. Abbildung 30).

Abbildung 30: Nutzung von politischen Informationsquellen

Politik-Affine



Politik-Distante



Quelle: SORA, thematische Codierung der Transkripte

Medienkompetenz: aktive Suche versus Berieselung

Das Suchverhalten der Politik-Affinen zu politischen Informationen weist auf eine höhere Medienkompetenz dieser Gruppe hin: Sie informieren sich zu bestimmten politischen Themen über verschiedene Quellen und Seiten, lesen Kommentare, schauen verschiedene Videos und machen sich auf diese Weise ein differenziertes Bild zu dem Thema, über die Berichterstattung und die Vertrauenswürdigkeit der verwendeten Quellen. Politik-Distante hingegen bemängeln zwar eine geringe Vertrauenswürdigkeit der Berichterstattung der

Medien im Allgemeinen, nutzen dennoch seltener weitere Informationsquellen und nehmen die vermuteten Unwahrheiten in Kauf. Diese Ergebnisse gehen mit den Befunden von Neuberger einher, der die Probleme des Internets nicht mehr als Zugangsklüfte, sondern als Nutzungsklüfte beschreibt. Die Privilegierten eignen sich die Möglichkeiten des Internets schneller an (vgl. Neuberger 2013, 25-26).

4.5 Social Media als politische Informationsquelle

Skepsis gegenüber Social Media als politisches Medium

Die große Mehrheit der österreichischen InternetnutzerInnen nutzt auch Social Media Kanäle, trotzdem werden diese mit Vorsicht betrachtet. Besonders skeptisch scheinen die im Rahmen der qualitativen Interviews befragten Personen zu sein, was die Verbreitung von politischen Informationen auf diesen Medien betrifft.

Zum einen wird eine **mangelnde Vertrauenswürdigkeit** der Berichte hervorgehoben: Den Politik-Affinen fehlen die häufig entsprechenden Quellenangaben der Berichte. Die Politik-Distanten bemängeln grundsätzlich die Vertrauenswürdigkeit der Berichterstattung in Social Media Kanälen und haben teilweise Schwierigkeiten damit, vertrauenswürdige von nicht vertrauenswürdigen Inhalten zu unterscheiden. Zum anderen empfinden alle die rasante Verbreitung von **Falschmeldungen und Fake-News** als problematisch sowie die zunehmende **Manipulation der Bevölkerung bei politischen Wahlkämpfen** (z.B. US Wahlkampf): „der einen besseren PR-Berater hat, der hat gewonnen." (Int. 11, weiblich, 50, politikaffin).

> „Na ja, die Möglichkeit besteht natürlich, dass diese Meldungen alle gefakt und getürkt sein könnten." (Int. 2, weiblich, 41, politikaffin)
>
> „Man kann sehr schnell Informationen verbreiten, ohne Rücksicht darauf ob sie einen wahren Kern haben oder nicht." (Int. 11, weiblich, 50, politikaffin)
>
> „Wie kann man das beurteilen, ob das vertrauenswürdig ist? Na ja, das weiß ich auch jetzt nicht." (Int. 3, männlich, 33, politikdistant)

Die InterviewpartnerInnen nehmen die Präsentation von politischen VertreterInnen, Parteien, aber auch sonstigen Gruppen häufig als reine **Selbstinszenierung und Vermarktung** wahr, aus diesem Grund sollte der Umgang mit politischen Inhalten aus diesen Medien besonders achtsam erfolgen.

> „Jeder lobt sich selber und er ist der Beste und der Tollste. Ich meine, es ist eh klar, er will ja werben für sich, nicht, aber ob's wirklich so ist, ist eine andere Frage." (Int. 10, weiblich, 52, politikaffin)

> „Sie versuchen einfach im Endeffekt mit solchen Beiträgen ihr …, bei der Wahl gehen sie auf Stimmenfang." (Int. 15, männlich, 40, politikdistant)

Persönliche, politische Einstellung nicht für die Öffentlichkeit gedacht

Es herrscht also unter den Befragten ein großes Misstrauen gegenüber politischen Informationen in Social Media Kanälen; zudem wird von diesen auch vorsichtig mit der Offenlegung und Bekanntmachung der eigenen politischen Meinung umgegangen. Die Mehrheit empfindet die eigene politische Einstellung als etwas Privates. Während die Politik-Affinen eher die fehlende Anonymität, den mangelnden Datenschutz, das fehlende Vertrauen in Social Media Kanäle sowie mögliche negative Folgen (z.B. Shitstorms) als Gründe dafür bringen, sich nicht an politischen Diskussionen in solchen Medien zu beteiligen, sind es bei den Distanten eher die Sorge vor beruflichen Auswirkungen, da ArbeitgeberInnen oder Geschäftspartner ebenfalls in denselben Kanälen vertreten sind und möglicherweise andere politische Einstellungen haben.

> „Weil ich in der Öffentlichkeit mein politisches Denken nicht Preis gebe." (Int. 10, weiblich, 52, politikaffin)

> „Drum, ich kommentiere auch zum Beispiel bei Beiträgen von Freunden nicht, die was das auch öffentlich teilen, weil ich tu das immer privat mit meinen Freunden teilen, da weiß ich, wer's sehen kann und da weiß ich, wer es sieht, aber wenn ein Anderer das öffentlich hat, ja…. Weil Andere geht nichts an, was ich für eine Meinung habe, nicht." (Int. 14, männlich, 41, politikaffin)

Gesprächskultur in Social Media Kanälen: Medienkompetenz vs. Reglementierung

Die Gesprächskultur und der Umgang in Social Media Kanälen wird zwar von beiden Gruppen als negativ und belastend hervorgehoben, aber unterschiedlich interpretiert. Die Politik-Affinen problematisieren die damit verbundene Löschung von Beiträgen und Kommentaren, die das Bild der öffentlichen Meinung verzerren. Weiters sehen Sie durch den respektlosen Umgang im Netz einen steigenden Wunsch in der Bevölkerung nach Reglementierung des Internet, wodurch sie die notwendige Netzfreiheit als gefährdet sehen. Sie wünschen sich mehr Medienkompetenz der Internetuser und ein stärkeres Bewusstsein dafür, wie wichtig die Freiheit des Netzes für die Demokratie ist.

Die Politik-Distanten wünschen sich hingegen stärkere Reglementierungen und mehr Zensur von sozialen Medien, die sie vor Hetze und Hass im Internet schützen sollen.

Beide Typen heben den unreflektierten Umgang von Jugendlichen in sozialen Medien als besorgniserregend hervor. Sie fordern einerseits mehr Aufklärung der Jugendlichen im Umgang und gleichzeitig stärkeren Schutz für Jugendliche im Netz durch Zugangsbeschränkung.

Persönliche politische Diskussionen werden präferiert

Beide Gruppen ziehen persönlichen politischen Austausch im Bekanntenkreis gegenüber Online-Diskussionen vor. Als Gründe gegen den digitalen Austausch nennen beide Gruppen die schlechte Diskussionskultur, die einerseits durch die Anonymität im Netz und andererseits durch die fehlende Interpretation des Gegenübers verstärkt wird.

> „Nein, also wenn's wirklich zu Diskussionen kommt, dann ist es mir dann fast wieder von Auge zu Auge lieber, also wirklich von Person zu Person. Weil man sich dann doch vom Gegenüber ein Bild machen kann und online geht das dann irgendwie nicht." (Int. 12, weiblich, 32, politikdistant)

Die Politik-Affinen diskutieren noch eher online mit Bekannten, dabei geht es dann verstärkt um inhaltlichen Informationsaustausch. Dennoch präferieren sie politischen Austausch in Form von persönlichen Gesprächen unter Bekannten und politisch Gleichgesinnten. Diese Diskussionen verlaufen eher emotionslos auf Augenhöhen und basieren stärker auf Inhalten als auf Personen und Emotionen.

> „Also da gibt's jetzt keinen Streit darüber, sondern man muss [das] akzeptieren […]. Wir diskutieren am Stammtisch jetzt nicht so wie die Rabauken, sondern zum Teil sind die Leute ganz gut belesen oder sie haben irgendwie einen guten Bildungsstand und so weiter. Mit jedem diskutiert man da nicht, weil das bringt ja nichts." (Int. 4, männlich, 68, politikaffin)

Auch die befragten Politik-Distanten diskutieren lieber persönlich. Politische Diskussionen werden von einigen Befragten als z.T. sehr emotionsgeladen beschrieben, wo es darum gehe, gemeinsam der politischen Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.

> „Ja, ein Beispiel, wenn wir am Stammtisch diskutieren, dann diskutieren wir über Gott und die Welt und sind lustig dabei, aber wenn das Thema dann politisch wird, dann ist es auf einmal nicht mehr so lustig und dann muss man aufpassen, dass es nicht irgendwelche Streitereien gibt, die im Nachhinein noch Folgen haben. Also so weit sind wir

> schon, dass wir dann sagen, OK, bringt nichts, abbrechen, ja.“ (Int. 9, männlich, 48, politikdistant)
>
> „Also das ist auf jeden Fall ein wiederkehrendes Thema, dass man einfach enttäuscht ist von der Politik.“ (Int. 15, männlich, 40, politikdistant)

Vorteile von Social Media: kommunikativ, unterhaltsam, weitreichend

Die InterviewpartnerInnen nennen aber auch Vorteile von Social Media Kanäle, dazu zählen die einfachen, schnellen Kommunikationsmöglichkeiten mit Bekannten und Freunden, die aktuellen und unterhaltsamen Neuigkeiten und Informationen von interessanten Seiten bzw. Gruppen, die weitreichende und schnelle Erreichbarkeit der Bevölkerung für wichtige Informationen, z.B. für Hinweise bei Katastrophen, Aufrufe zu Hilfsaktionen oder die Verbreitung von sinnvollen Online-Petitionen, die bereits von einem großen Teil der Bevölkerung genutzt werden. Diese Gründe werden sowohl von Politik-Affinen als auch -Distanten sowie von NutzerInnen und Nicht-NutzerInnen von Social Media genannt.

Obwohl die Präsenz von politischen Themen in Social Media Kanälen kritisch gesehen wird, sehen die Befragten auch das demokratiefördernde Potential dieser Kanäle.

Genannt werden die schnelle Verbreitung von sinnvollen, relevanten Inhalten (z.B. Online-Petitionen), die gegebene (gefühlte) Nähe zu politischen VertreterInnen und die leichtere Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der PolitikerInnen für die Bevölkerung. Die zunehmenden Möglichkeiten des direkten Dialogs zwischen WählerInnen und politischen VertreterInnen über Social Media Kanäle wird nicht nur von der Bevölkerung als wichtig erachtet, sondern bereits von den politischen VertreterInnen im Wahlkampf genutzt (s. Kapitel 1.2). Die InterviewpartnerInnen erwarten sich von den politischen VertreterInnen mit diesen Medien verantwortungsvoll umzugehen, z.B. durch klare Kennzeichnungen von Quellen und Herkunft der Beiträge.

> „Also ich persönlich glaube, dass es schon sehr viele Vorteile hat, weil in der heutigen Zeit ist es eigentlich unumgänglich, dass man da dabei ist. Aber wie gesagt, man muss aufpassen, dass eben nicht sehr viel Negatives oder Hass-Postings und so weiter dadurch geschürt werden. Und dass [das] eine Verunsicherung natürlich auch bei vielen Leuten dann...“ (Int.13, weiblich, 61, politikaffin)

4.6 Öffentliche Stellen und Informationen im Netz

In Kapitel 1.1 wurde bereits auf den UN-E Participation-Index und den in Österreich besonders ausgeprägten Bereich der E-Information eingegangen.

Dieser Befund einer gut ausgebauten Online-Informationslandschaft spiegelt sich durchaus auch in den persönlichen Äußerungen und Erfahrungen der hier befragten Personen wider:

Der Bekanntheitsgrad öffentlicher Informationsquellen ist in beiden Gruppen (Politik-Affine und Politik-Distante) sehr hoch. Dies gilt für jüngere ebenso wie ältere Befragte. Zudem werden die Angebote der öffentlichen Informationsquellen bei entsprechendem Informationsbedarf durchaus in Anspruch genommen und in das Informationsverhalten integriert. Die Aussagen der interviewten Personen sind dabei durchgängig vorwiegend positiv, d.h. die Zufriedenheit mit den online angebotenen Informationen scheint sehr hoch zu sein.

Allgemeine Aussagen zu öffentlichen Informationsquellen durchwegs positiv

In der Gruppe der Politik-Affinen fielen die allgemeinen Aussagen und Einschätzungen zu öffentlichen Seiten sehr positiv aus. Hervorgehoben wurde dabei insbesondere

- die gute Verständlichkeit,
- der Umfang bzw. die Ausführlichkeit der erhältlichen Informationen,
- die gute Aufbereitung bzw. der gute Aufbau der Websites,
- die Vertrauenswürdigkeit der Informationen.

Vor allem Letzteres scheint für die Befragten geradezu eine Selbstverständlichkeit zu sein.

> Frage: Wie vertrauenswürdig schätzen Sie die Informationen von solchen Seiten ein?
> Antwort: Ja, schon sehr, weil wenn man denen nicht vertrauen kann, wem sonst?) (Int. 14, männlich, 41, politikaffin)

Positiv erwähnt wurden auch die Suchfunktionen auf den jeweiligen Seiten, die zur gezielten Informationssuche eingesetzt werden können. Entsprechende Aussagen sind dabei NutzerInnen zuzuschreiben, die über ihr politisch aktives Informationsverhalten hinaus auch allgemein ein hohes Informationsverhalten aufweisen und sich vorwiegend online informieren – die demnach sehr routiniert im Umgang mit dem Internet sind.

Bei diesen NutzerInnen kommt ein Besuch öffentlicher Seiten oft dadurch zustande, dass sie via Google gezielt nach einer Information suchen. Für NutzerInnen mit einem stark online ausgerichteten Informationsverhalten ist demnach eine entsprechende Präsenz in den Ergebnissen der jeweiligen Internet-Suchmaschinen ein erhebliches Kriterium für den Besuch öffentlicher

Seiten. Darüber hinaus ist für diese NutzerInnen die Auffindbarkeit von Antragsformularen, die sich online ausdrucken und/oder ausfüllen lassen, ein wichtiges Kriterium (spart Zeit und Mühe).

Demgegenüber fallen die Aussagen in der Gruppe der Politik-Distanten deutlich zurückhaltender aus. Zwar betonen auch diese InterviewpartnerInnen, dass öffentliche Seiten hilfreich, gut aufbereitet und sehr vertrauenswürdig seien, doch fanden sich diesbezügliche Bewertungen insgesamt deutlich seltener. Dies ist wohl einerseits auf das allgemein geringer ausgeprägte Informationsverhalten in dieser Gruppe zurückzuführen, andererseits auf die geringeren Erfahrungswerte mit öffentlichen Seiten.

Positive Erfahrungen mit help.gv.at

In beiden Gruppen ist die Bekanntheit von help.gv.at sehr hoch – alle interviewten Personen (bis auf jeweils eine pro Typ) äußerten sich zu dieser Website und gaben an, diese zumindest zu kennen. Die allgemeine Beurteilung fällt in beiden Gruppen wiederum sehr positiv aus und die dort auffindbaren Informationen bzw. die Website selbst werden vor allem als „hilfreich" charakterisiert.

Von beiden Gruppen wird help.gv.at meist anlassbezogen benutzt, also um bestimmte Informationen zu spezifischen Themen einzuholen, wobei die Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Informationssuche dann meist sehr hoch ist.

> „Da hab ich mal was nachlesen müssen. Auf help.gv.at hab ich zuerst geschaut wegen meinem Reisepass und wegen meinem Führerschein, wie das Ganze ablauft, oder wie ich das Ganze halt am schnellsten erledige (…) Also ja, das help.gv.at finde ich schon ganz super, da kann man wirklich viel nachschauen, das ist echt super" (Int. 12, weiblich, 32, politikaffin)

Politik-Affine gingen bei der Beurteilung vor allem auf inhaltliche und gestalterische Kriterien der Website ein. Positiv erwähnt wurde das Informationsangebot an sich, wie informativ und gut aufbereitet die Website sei sowie die gute Auffindbarkeit und Verständlichkeit der Informationen. Außerdem waren in dieser Gruppe mehr Aussagen enthalten, die implizit oder explizit auf eine regelmäßige Nutzung der Website schließen lassen.

Auch unter den befragten Politik-Distanten ist die Website sehr bekannt, wird aber weniger regelmäßig benutzt. Trotzdem fällt das allgemeine Urteil meist sehr positiv aus. Besonders stark wird in dieser Gruppe die Vertrauenswürdigkeit der Informationen hervorgehoben, die etwa damit begründet wird, dass es sich um eine offizielle Seite handelt, oder dass auf der Website auch Verlinkungen zu anderen offiziellen Seiten vorhanden sind, wodurch Vertrauen entstehe. Das Informationsangebot wird vor allem als praktisch empfunden,

da man sich über persönlich relevante Themen informieren kann. Darüber hinaus wurde in dieser Gruppe die gute Gestaltung hervorgehoben sowie die gute Auffindbarkeit der Informationen.

> „Und das Help.gv.at, das hab ich natürlich auch schon paar Mal gebraucht, wenn ich was wissen möchte, das ist auch eine gute Sache" (Int. 7, männlich, 39, politikdistant)

> „Ja, eigentlich schon, ich vertrau da auf die Seiten (…) wo ich mir denke, das ist ein Bundesministerium, oder das help.gv.at, oder so irgendwas, denke ich mir schon, dass das ganz offizielle Seiten sind, wo ich ganz sicher vertrauen kann, eigentlich schon, ja." (Int. 15, männlich, 40, politikdistant)

Einige Aussagen lassen auch auf die Verständlichkeit der Informationen als relevante Bewertungskategorie schließen. Dabei kritisierten einzelne Personen, dass zu viele Fachbegriffe gebraucht werden, die überfordernd seien und besser erklärt werden sollten.

> „(…) und natürlich, manche Sachen kennt man sich nicht aus, wenn was erklärt wird. Aber im Großen und Ganzen ist es super, dass es sie gibt, man muss zufrieden sein (…) Ja, für den Bürger vielleicht, bei den Bezeichnungen halt, dass man einige Begriffe übersetzt, dass sie halt ein jeder versteht" (Int. 7, männlich, 39, politikdistant)

Personen, die Schwierigkeiten mit dem zu komplizierten Sprachgebrauch haben, lassen sich dadurch schnell verunsichern. Vor allem Personen aus der Gruppe der Politik-Distanten greifen dann lieber auf den persönlichen bzw. telefonischen Kontakt zurück (etwa mit der Gemeinde, oder dem jeweiligen Amt) um sich abzusichern, da persönlich vermittelten Informationen mehr Vertrauen entgegengebracht wird.

> „(…) aber es ist oft das Beamtendeutsch. Ich bin jetzt der Typ, der dann oft lieber irgendwo nachruft und es sich noch einmal erklären lässt. Weil man sich nicht ganz sicher ist, ja. Es ist einfach oft so kompliziert geschrieben (…), oft so Fachwerk, wo man dann nicht wirklich durchblickt und was ist da jetzt genau gemeint. (…) und dann fragt man halt kurz nach. Weil man will ja nicht irgendwo einen Blödsinn angeben, weil, wie es halt oft ist bei Förderungen, sonst wird ja gleich wieder gedroht, dass einem etwas gekürzt wird. Da hat man wieder Angst und dann ruft man halt einfach lieber einmal mehr nach" (Int. 15, männlich, 40, politikdistant)

4.7 Politik- und Demokratieverständnis

Die wissenschaftliche Forschung geht davon aus, dass sich das alltägliche Politik- und Demokratieverständnis der BürgerInnen (der Laien) von den ausdifferenzierten theoretischen Konzepten der politischen Theorie und

Wissenschaft unterscheidet, sodass beispielsweise prozedurale und institutionelle Aspekte der Demokratie im populären Verständnis eine deutliche untergeordnete Rolle spielen (vgl. Dalton/Shin/Jou 2007).

Aus diesem Grund wurde im Rahmen der für diese Studie durchgeführten fünfzehn qualitativen Interviews die Befragten sehr offen über Politik befragt, d.h. es wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, von sich aus auf Themen zu sprechen zu kommen, die sie mit Politik assoziieren und die ihnen in diesem Zusammenhang wichtig sind.

Generell zeigt die Auswertung dieser Interviewpassagen:

- Die 15 im Rahmen der qualitativen Interviews befragten Personen gehen im Kontext von Politik weniger auf Institutionen, Verfahren und Prinzipien ein als auf konkrete, politisch umstrittene Themen, auf Akteure und Parteien sowie darauf, ob sie sich in ihren eigenen Anliegen und Interessen von „der Politik“ berücksichtigt sehen, ob sie sich gehört fühlen.
- Eine große Rolle für das alltägliche Politikverständnis spielen aktuelle Themen und damit die Medienagenda.
- Ein negatives Bild von Politik und Demokratie scheint bei den Befragten weniger aus einer grundlegenden Ablehnung bestimmter Aspekte des politischen Systems zu resultieren, sondern aus persönlicher Enttäuschung mit dem „Output“ von Politik bezogen auf die eigene Lebenssituation.
- Vor diesem Hintergrund sind auch die in Kapitel 3.6 präsentierten quantitativen Ergebnisse zum Demokratieverständnis einzuordnen.

Im Detail wurden folgende Aspekte von Politik in den qualitativen Interviews angesprochen:

Wahlen. Wahlen werden von den Befragten durchwegs und unmittelbar mit (demokratischer) Politik verbunden. Es wird deutlich, dass Wahlen oft der Anlass sind, sich persönlich mit Politik zu beschäftigen. Wahlen fördern im eigenen Umfeld Diskussionen, Gespräche und steigern so das politische „Involvement“ der Bevölkerung.

> „Wir haben auch im Rahmen dieser zwei Wahlen einfach sehr viele Mittagspausen wirklich politisiert und diskutiert“ (Int. 6, männlich, 50, politikaffin)

> „Mit Freunden und Bekannten und auch in der Familie, also speziell vor Wahlen, da ist das großes Thema, ja“ (Int. 9, männlich, 48, politikdistant)

Parteipolitik: Parteien und die Konflikte zwischen Parteien stehen für viele der befragten Personen im Vordergrund, wenn sie an Politik denken. Parteien machen Politik konkret sichtbar und erlebbar. Daher sind Parteien, Parteipro-

gramme, einzelne Politiker oder auch anstehende Entscheidungen für die Befragten oft Anlass, Politik zu thematisieren.

> „Also zum Beispiel worüber gesprochen wird, das sind gewisse Aussagen, die in den Medien erscheinen, das sind Parteiprogramme und auch die Parteivertreter und die Auswirkung dann, was für Folgen hätte die oder die Entscheidung, ja“ (Int. 11, weiblich, 50, politikaffin)

Aktuelle Themen: Während abstrakte Prinzipien oder die diversen Institutionen des österreichischen politischen Systems von den Befragten in den qualitativen Interviews kaum thematisiert werden, sind (medial) aktuelle Themen in den Interviews durchwegs präsent. Anhand dieser Themen artikulieren die Befragten einen persönlichen oder emotionalen Bezug zur Politik, darunter u.a. Flüchtlinge und Migration, Kriminalität, Rauchverbot und Bildungspolitik.

Enttäuschung: Insbesondere unter politikdistanten Befragten ist die Enttäuschung hinsichtlich der (aktuellen) Politik ein zentrales Thema in den Interviews. Es wird ein sehr geringes Vertrauen in die Politik betont, die ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung agiere. Auch der wahrgenommene Stillstand und die leeren Versprechungen der Politik werden angeführt. Den Politikern selbst wird vor allem Unehrlichkeit und fehlende Authentizität attestiert.

> „Also vor den Wahlen ist das großes Thema. Und in den Jahren, die ich Wahlkampf jetzt miterlebt habe wird immer versprochen, versprochen, versprochen und im Endeffekt wird nichts oder wenig davon umgesetzt. Die Leute vergessen, dass das vor drei Wahlen schon Thema war und jetzt wieder Thema wird und dass das nicht zustande kommt, dass sie da vielleicht in der Verwaltung einmal einsparen würden, das ist immer Thema, aber passieren tut’s nie und das ärgert mich“ (Int. 9, männlich, 48, politikdistant)

Rolle der Massenmedien. Im Kontext von Politik werden oft die Medien thematisiert. Entweder werden sie implizit als Quelle der Information genannt, oder es werden einzelne, bestimmte Medien hervorgehoben, oder allgemein eine irreführende Darstellung von Politik in den Medien kritisiert.

> „Es kommen von den Medien falsche Informationen, zu wenig richtige Recherchen, zu viele schöne Bilder, nachbearbeitetet, ja.“ (Int. 11, weiblich, 50, politikaffin)

> „Man interessiert sich schon sehr dafür (…) Ja, man verfolgt das Ganze, also sei’s über Internet oder über Fernsehen. Man verfolgt auch, was macht die Gemeinde. Aktiv mitarbeiten, nein, also ich arbeite sicher nicht in der Politik mit, aber man verfolgt das (…)“ (Int. 10, weiblich, 52, politikdistant)

Negative Diskussionskultur: Als Teil der Politik wird von einigen Befragten auch die öffentliche Diskussionskultur bzw. das politische Klima verstanden.

Als besonders abschreckend werden online Hasskommentare und Beleidigungen empfunden. Vermisst werden meist ein respektvoller Tonfall, gegenseitiger Austausch oder eine nüchterne Auseinandersetzung, auch mit politischen Präferenzen, die in der Öffentlichkeit oft verurteilt werden.

> „Ja, weil zum Beispiel, ich meine, es ist ja fast jeder auf Facebook schon, ja, und da ist es halt teilweise arg gewesen, wie sich die Leute dann gegenseitig anfeinden, also die Leute, die sich schon seit zig Jahren kennen, gut befreundet sind, die sich gegenseitig blockieren und rauslöschen und dauernd nur beschimpfen, nur weil einer halt zugibt, also öffentlich preisgibt, dass er halt die Partei wählt“ (Int. 14, männlich, 41, politikaffin)

Politische Bildung. Einige Befragten thematisieren die Wichtigkeit politischer Bildung für die Demokratie bzw. die Pflicht der BürgerInnen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und sich zu informieren.[52]

> „Na jetzt spielt Politik für mich schon eine größere Rolle, weil ich mir denke, ich hab nicht nur das Wahlrecht, sondern auch die Wahlpflicht und ich bin verantwortlich für das was raus kommt“ (Int. 2, weiblich, 41, politikaffin)

Politik als allgegenwärtig: Von einigen Befragten wird schließlich das Gefühl zum Ausdruck gebracht, Politik sei omnipräsent und berühre alle Lebensbereiche, von der eigenen Familie über Gespräche mit Bekannten bis zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Für politikdistante Befragte hat Politik dabei häufig eine negative Konnotation, als könne man ihr nicht entfliehen.

> „Ja, also heute wird ja überall über Politik geredet, und wenn man’s nicht redet, dann liest man’s auf Facebook.“ (Int. 7, männlich, 39, politikdistant)

> „Die Politik wird man nie los, die verfolgt einen ständig.“ (Int. 3, männlich, 33, politikdistant)

4.7.1 Partizipation und direkte Demokratie

Im Sinne der Forschungsfragen der vorliegenden Studie wurden die Befragten im Rahmen der qualitativen Interviews auch spezifisch zu ihrer Sicht auf politische Partizipation und Mitbestimmung befragt.

Hier zeigten sich die Befragten weitgehend unzufrieden mit den derzeitigen Formen zur politischen Mitbestimmung. Auch unter Politik-Affinen wird der Wunsch nach mehr Einflussmöglichkeiten durch die Bevölkerung geäußert

[52] „Na ja, natürlich, die kleine Hausfrau macht das, dass sie sich informiert und schaut, was sie sich für ein Geschirr kauft, und jeder Bursche informiert sich, was er sich für ein Auto kauft, aber wenn’s um die Zukunft in Österreich geht, und um unser aller Leben, dann müssen sie sich nicht informieren, das finde ich ein bissel schwach“ (Int. 2, weiblich, 41, politik-affin).

bzw. nach einer Weiterentwicklung der demokratischen Abstimmungsformen. Kaum ein/e InterviewpartnerIn sieht die eigenen Interessen bzw. die Interessen der Bevölkerung hinreichend repräsentiert. Insbesondere von Politik-Distanten wird häufig der Vorwurf erhoben, die Politik würde die Meinungen der Bevölkerung in ihren Entscheidungen nicht berücksichtigen und hätte zu den Bedürfnissen der Bevölkerung keinerlei Bezug mehr.

> „(…) das wird einfach entschieden über die Köpfe von den Leuten hinweg, ja (…). Bei uns im Bezirk herum ist sowieso das Wirtesterben an der Tagesordnung, es interessiert aber keinen, ja warum, ja weil immer nur Vorschriften, Vorschriften, Vorschriften. Die werden immer nur von der Politik getroffen, aber was die Leute wirklich wollen, im Endeffekt, wird da nicht berücksichtigt, ja“ (Int. 15, männlich, 40, politikdistant)

Diese Unzufriedenheit impliziert häufig die Forderung nach mehr direkter Demokratie. Mit dieser wird die Hoffnung verbunden, dass der Wille der Bevölkerung wieder vermehrt Einfluss erlangen würde, dass politische Entscheidungen im Sinne des Volkes ausfallen und dass auch die eigene Stimme dadurch mehr Einfluss gewinnen würde. Zudem wird damit der Wunsch verbunden, öfter gefragt und vor allem ernst genommen zu werden. Aber auch Bedenken werden in diesem Zusammenhang geäußert hinsichtlich einer erhöhten Verantwortung der Bürger oder den verstärkten Einflussmöglichkeiten politisch gänzlich Uninteressierter.

Literaturverzeichnis

AHIIG - Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (2014): Online Mitmachen und Entscheiden. Partizipationsstudie 2014; Berlin.

Albrecht, Steffen / Kohlrausch, Niels / Kubicek, Herbert / Lippa, Barbara / Märker, Oliver / Trénel, Matthias / Vorwerk, Volker / Westholm, Hilmar / Wiedwald, Christian (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government – Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Ref. IT 1. Institut für Informationsmanagement: Bremen.

Altheide, David L. (1996). Qualitative Media Analysis. In: Qualitative Research Methods Series, Vol. 38, Thousand Oaks: London, New Delhi.

Aström, Joachim / Karlsson, Martin (2016): Will e-Participation Bring Critical Citizens Back In?, S. 83 – 94. In: Tambouris, Efthimios / Panagiotopoulos, Panos / Sæbø, Øystein / Wimmer, Maria A. / Pardo, Theresa A. / Charalabidis, Yannis / Sá Soares, Delfina / Janowski, Tomasz (Hrsg.): Electronic Participation – 2016. 8th IFIP WG 8.5 International Conference, ePart 2016; Guimarães, Portugal, September 5–8, 2016, Proceedings.

Baringhorst, Sigrid (2014): Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires – Ein Überblick, S. 91- 114. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Bräuer, Marco / Biewendt, Thomas (2005): Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005 - Zweites Website-Ranking der Initiative eParticipation. Initiative eParticipation.

Dalton, Russell / Shih, Doh / Jou, Willy (2007): Understanding Democracy: Data from Unlikely Places, S. 142–156. In: Journal of *Democracy*, Vol. 18 (4).

Ertiö, Titiana Petra / Ruoppila, Sampo / Thiel, Sarah-Kristin (2016): Motivations to Use a Mobile Participation Application, S. 138 – 151. In: Tambouris, Efthimios / Panagiotopoulos, Panos / Sæbø, Øystein / Wimmer, Maria A. / Pardo, Theresa A. / Charalabidis, Yannis / Sá Soares, Delfina / Janowski, Tomasz (Hrsgb.): Electronic Participation – 2016. 8th IFIP WG 8.5 International Conference, ePart 2016; Guimarães, Portugal, September 5–8, 2016, Proceedings.

Fairclough, Norman/ Ruth Wodak (1997): Critical Discourse Analysis, S. 258-284. In: van Dijk, Teun A. (Hrsg.): Discourse as Social Interaction, London et al.

Faraon, Montathar / Stenberg, Georg / Kaipainen, Mauri (2014): Political Campaigning 2.0: The Influence of Online News and Social Networking Sites on Attitudes and Behavior, S. 232 – 247. In: eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM), Vol 6 (3).

Ferro, Enrico / Molinari, Francesco (2010): Making Sense of Gov 2.0 Strategies: “No Citizens, No Party”; S. 56-68- In: eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM), Vol 2 (1).

Froschauer, Ulrike / Lueger Manfred (2003): Das qualitative Interview. Facultas: Wien.

Fuchs, Christian / Bernhaupt, Christina / Hartwig, Christiana / Kramer, Mark A. / Maier-Rabler, Ursual (2006): Broadening eParticipation: Rethinking ICTs and Participation. In: ICT&S Center, Research Paper No. 2. ICT&S Center: Advanced Studies and Research in Information and Communication Technologies & Society.

Gilens, Martin / Page , Benjamin (2014): Testing Theories of American Politics: Elites, Interst Groups, and Average Citizens. In: Perspectives on Politics 12(3), 564-581.

Hohmann, Daniela / Faas, Thorste (2014): Politik – gefällt mir?! Soziale Online-Netzwerke als neue Quelle politischer Information, S. 247 – 264. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Kersting, Norbert (2014): Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik, S. 53 – 90. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Kneuer, Marianne / Salzborn, Samuel (2016): Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse, S. 1-14. In: Dies. (Hg.): Web 2.0 – Demokratie 3.0. Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse (= Sonderheft der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft), Wiesbaden.

Kubicek, Herbert (2014): Staatliche Beteiligungsangebote im Internet – Ein Überblick, S. 265 – 298. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Kubicek, Herbert / Lippa, Barbara / Westholm, Hilmar (2007): Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene. Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib).

Kuckartz, Udo (2007): Qualitative Datenanalyse: computergestützt. Methodische Hintergründe und Beispiele aus der Forschungspraxis. 2. Auflage. Wiesbaden.

Lane, Daniel / Kim, Dam Hee / Lee, Sigi S. / Weeks, Brian E. / Kwak, Nojin (2017): From Online Disagreement to Offline Action: How Diverse Motivations for Using Social Media Can Increase Political Information Sharing and Catalyze Offline Political Participation. In: Social Media + Society, Vol. 3 (3).

Märker, Oliver (2009): Studie: E-Partizipation in Deutschland – Stärken – Schwächen – Handlungsempfehlungen, S. 45-54. In: eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM), Vol 1 (1).

Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim.

Molinaro, Francesco (2012): eParticipation that works - Evidence from the old Europe, S. 91-110. In: eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM), Vol 4 (2).

Neuberger, Christoph (2013): Nach der Euphorie: Wie das Internet die politische Kommunikation verändert. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Wie verändern Internet und soziale Medien die Politik? Hanns-Seidel-Stiftung e.V.: München.

Reichert, Daniel / Panek, Eva (2014): Alles ist im Fluss – die fließenden Ebenen einer Liquid Democracy, S. 299 – 310. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Ringler, Paul et al. (2013): Internet und Demokratie in Österreich. Grundlagenstudie. SORA Forschungsbericht.

Rucht, Dieter (2014): Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste, S. 114 -124. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Salzborn, Samuel / Maegerle, Anton (2016): Die dunkle Seite des WWW - Rechtsextremismus und Internet, S. 213 – 231. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Sonderheft 2/2016, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Siedschlag, Alexander (2002): Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie – Ein Kommentar zum Forschungsstand. http://esci.at/eusipo/iup_sota.pdf, zuletzt abgerufen am 5.12.2017, 14:41.

Soo, Young Bae (2013): A trigger or a muffler? Examining the Dynamics of Crosscutting Exposure and Political Expression in Online Social Media, S. 16 – 27. In: eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM), Vol 5 (1).

Statistik Austria (2002-2017): IKT-Einsatz in Haushalten.

United Nations Department of Economic and Social Affairs (2016): United Nations E-Government Survey 2016 - E-Government In Support Of Sustainable Development, UNITED NATIONS - New York.

Voss, Kathrin (2014): Internet & Partizipation – Einleitung, S. 9 – 24. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Vowe, Gerhard (2014): Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie, S. 25 – 52. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation - Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Springer Fachmedien: Wiesbaden.

Wodak, Ruth / Meyer, Michael (2001): Methods of critical discourse analysis. London: Sage.

Zandonella, Martina / Hacker Evelyn (2016): Schadet Ungleichheit der Demokratie? Die Auswirkungen von lokaler Einkommensungleichheit auf das Nichtwählen in Österreich am Beispiel der Nationalratswahl 2013, In: Wirtschaft und Gesellschaft, 42(2), 303-323.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Umfang des Korpus 2011/12 und 2016/17 29
Tabelle 2: Geübte NutzerInnen: Einfluss Eigenschaften auf die Zufriedenheit 50
Tabelle 3: Ungeübte NutzerInnen: Einfluss Eigenschaften auf die Zufriedenheit 52
Tabelle 4: Typologie des politischen Informationskonsums im Social Web 58
Tabelle 5: Merkmale der InterviewpartnerInnen 87
Tabelle 6: Politik-Affine vs. Politik-Distante nach Soziodemographie 89

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ebenen und Formen politischer Partizipation 15
Abbildung 2: Internetnutzung in Österreich 2002-2017 40
Abbildung 3: Die Landschaft der Social Media Plattformen 2016 44
Abbildung 4: Nutzung Services im Internet 45
Abbildung 5: Nutzung öffentlicher Informationsquellen 46
Abbildung 6: Zufriedenheit mit Informationen öffentlicher Stellen im Netz 47
Abbildung 7: Geübte NutzerInnen von öffentlichen Infos: Eigenschaften help.gv.at 48
Abbildung 8: Ungeübte NutzerInnen von öffentlichen Infos: Eigenschaften help.gv.at 51
Abbildung 9: Politisches Informationsverhalten 54
Abbildung 10: Typologie Politischer Informationskonsum im Social Web 55
Abbildung 11: Einstellungen zur politischen Partizipation 60
Abbildung 12: Wichtigkeit Online-Mitsprache nach Typologie politischer Informationskonsum im Social Web 61
Abbildung 13: Wichtigkeit Politischer Mitsprache via Internet 2012-2017 62
Abbildung 14: Zufriedenheit mit Mitbestimmung 2012-2017 63
Abbildung 15: Bedenken bei E-Voting nach Typologie politischer Informationskonsum im Social Web 64
Abbildung 16: Bedenken bei E-Voting 2012-2017 65
Abbildung 17: Interesse an direkter Demokratie 67
Abbildung 18: Politische Beteiligung 68
Abbildung 19: Beteiligung am politischen Diskurs 69
Abbildung 20: Politische Beteiligung on/offline in der Gesamtbevölkerung 70
Abbildung 21: Unterstützung einer demokratischen Staatsordnung 72
Abbildung 22: Interesse an direkter Demokratie 74
Abbildung 23: Unzufriedenheit mit der demokratischen Willensbildung 76
Abbildung 24: Einstellung zu Diversität 77
Abbildung 25: Unterstützung staatlicher Überwachungsmaßnahmen 78
Abbildung 26: Unterstützung autoritärer Maßnahmen bzw. Staatsform 80
Abbildung 27: Indizes zum Demokratieverständnis nach Altersgruppen 82
Abbildung 28: Indizes zum Demokratieverständnis nach Bildung 84
Abbildung 29: Indizes zum Demokratieverständnis nach politischem Informationskonsum im Social Web 86
Abbildung 30: Nutzung von politischen Informationsquellen 95